

Andrea Nahles
SPD spielt
„Bad Cop – Good Cop“

Paul Levi
Zum Geburtstag des
Kommunistischen
Manifestes

Uwe Kremer
Moderner Sozialismus
und Wirtschaftsdemokratie

Jens Martens
MAI – die dritte Säule
weltwirtschaftlicher
(De-) Regulierung

Ausgabe 2 | 98
Heft 100
9,50 DM
März |
April 1998

Sozialistische Politik und Wirtschaft



SPD spielt „Bad Cop – Good Cop“

Medienlegitimation, Führungsfiguration und Schlußfolgerungen der Parteilinken

von Andrea Nahles*



Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

Die Parteidemokratie gegen die Partei und ihre Vorsitzenden retten zu wollen, kann auf Dauer keine aussichtsreiche Strategie der Linken sein.

Die SPD hat einen Kanzlerkandidaten. Rien ne va plus. Der überwältigende Erfolg der Wahl in Niedersachsen sollte aus Sicht der Parteilinken nichtsdestoweniger präzise analysiert werden. Insbesondere im Hinblick auf die Zukunft der Parteidemokratie wird sich leicht feststellen lassen, daß die Omnipräsenz der Medien im Zusammenhang mit der Wahlentscheidung den altbewährten Flügelschlag innerhalb der Parteien angreift und zu einem Strategiewechsel nötigt. So waren weder die in der Satzung neu eingefügte Mitgliederbefragung noch die Parteigremien bei der Entscheidung um die Kanzlerkandidatur relevant. Nicht einmal einen nennenswerten Widerstand hat es gegen diese Verfahrensweise gegeben.

„Volksentscheid“ statt Parteidemokratie

Die Ursache dafür liegt auf der Hand: Der Mix aus Volksentscheid via Landtagswahl und deren Verquickung mit einer immensen Medienresonanz hat in der Öffentlichkeit keineswegs den Eindruck erweckt, diese Entscheidung sei nicht demokratisch legitimiert. Im Gegenteil: Sowohl den in demoskopischen Umfragen ermittelten Mehrheiten für Gerhard Schröder als auch den Wählerinnen und Wähler Niedersachsens wurde de facto und von den Medien systematisch befördert eine Quasi-Volksabstimmung zugesprochen. Die Legitimation leitete sich hier eindeutig aus dem sich von Woche zu Woche selbst aufbauenden Verfahren ab. Die ohnehin im öffentlichen Ansehen unbeliebte Parteidemokratie konnte so flugs ersetzt werden durch eine im hohen Maße medial gesteuerte Polarisierung, in dem die Alternativen ‚Schröder gegen Wulff bzw. Kohl‘ gleichzeitig mit der Alternative ‚Schröder gegen Lafontaine‘ verschmolz. Und das mit Erfolg. Aus Sicht der so in die Macht (bzw. in Sze-

ne) gesetzten Öffentlichkeit läßt sich mit Helge Schneider („Texas“) feststellen: „Alles ist sehr gut gemacht und man meint, dabeizusein!“

Interessant wird für die Zukunft, ob dieses Verfahren eine stabile Legitimationsbasis geschaffen hat. Schröder & Co. haben sich von einer Ressource abhängig gemacht, die sie nicht jederzeit erzeugen und beliebig steuern können. Sie basiert nicht auf gewachsener Anhängerschaft, die sich um ein politisches Projekt versammelt. Aus ihr läßt sich eine beständige und breite Mobilisierung kaum ableiten.

SPD-Linke: Dummer August oder Kampagnenkraft

Aus meiner Sicht gibt es zwei mögliche Konsequenzen aus diesen Entwicklungen: 1: Die Parteilinke kämpft um den Erhalt der Parteidemokratie. Sie setzt auf die Stärkung der Parteigremien als Entscheidungsträger, setzt mit Hilfe der Bundestagsfraktion politische Kontrapunkte und steuert das programmatische Know-how bei, ohne dafür Anerkennung oder Ge-

* Andrea Nahles, 27, Weiler/Bonn, Juso-Bundesvorsitzende, Mitglied im SPD-Parteivorstand

staltungsmacht zu erhalten. Das ist im Kern in den letzten beiden Jahrzehnten mit wechselndem Erfolg so gelaufen, muß in der Summe jedoch als permanentes Verlustgeschäft für die Linken eingestuft werden. Das liegt auch darin begründet, daß der Parteivorsitzende – eigentlich, von seiner Funktion aus betrachtet – ein hohes Interesse daran haben müßte, die Partei und ihre Einflußmöglichkeiten zu stärken. Tatsächlich haben aber alle Parteivorsitzenden nach Hans-Jochen Vogel (einmal abgesehen von dem gescheiterten SPD-2000 Projekt unter Engholm) keine Aktivitäten in dieser Hinsicht entfaltet. Die Parteidemokratie gegen die Partei und ihre Vorsitzenden retten zu wollen, kann auf Dauer keine aussichtsreiche Strategie der Linken sein.

2. Die SPD-Linke befreit sich aus ihrer ‚Babylonischen Gefangenschaft‘ parteiinterner Rücksichtnahmen und reibt sich nicht länger in interner Gremienarbeit auf. Die Rolle des Dummen August bzw. des Gewissens der Partei dürfen andere übernehmen. Statt dessen setzt die Parteilinke auf ihre eigene Stärke. Die Parteilinke reorganisiert sich als eigenständige Kraft in der Partei, die selbstverständlich innerhalb der Strukturen ihren Job macht, wenn sich damit Gestaltungsoptionen verknüpfen. Ihren Schwerpunkt legt sie jedoch auf ausgewählte Politikbereiche, die als Kampagnen im Verbund mit Bündnispartnern außerhalb der eigenen Partei aufgebaut und gefahren werden. Entlang dieser Kampagnen engagiert sie sich im Sinne

einer Revitalisierung regionaler linker Netzwerke. Diese Strategie verspricht auch auf dem Hintergrund einer Regierungsübernahme dadurch zu gewinnen, daß wir in diesem Falle für wesentliche gesellschaftliche Initiativen und Bewegungen interessante Ansprechpartner sein werden.

Entwicklungsprogramm für die SPD-Linke

Ich habe im Rahmen der Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises in Berlin die Einrichtung einer „Entwicklungswerkstatt“ für das kommende Jahr vorgeschlagen. Aufgaben dieser Werkstatt sollten im Sinne der oben genannten zweiten Alternative folgende Punkte sein:

1. Die Linke muß sich im Sinne einer eigenständigen Plattform in der SPD reorganisieren und damit eine Antwort auf die mediale Aushebelung der Parteidemokratie geben.

2. Die Linke muß sich selber einen Entwicklungsplan verordnen, der entlang konkreter politischer Projekte eine neue Vernetzung von Basisgruppen, gesellschaftlichen Bündnispartnern und Vertreterinnen und Vertretern der Linken in der Leitung des Frankfurter Kreises, der Parteivorstandslinken und der Bundestagsfraktion organisiert.

3. Die Linke braucht eine thematische Schwerpunktsetzung, entlang derer eine gezielte programmatische Weiterentwicklung im Dialog mit befreundeten oder nahestehenden Gruppierungen erfolgen kann. Ich schlage drei zentrale Bereiche

dafür vor: 1. Zukunft der Arbeit (Arbeitszeitfrage), 2. Demokratie, 3. Europa.

4. Die Linke braucht Eigenmittel, die eine professionelle und attraktive Umsetzung der o.g. Kampagnen ermöglicht. Es braucht darüber hinaus eine hauptamtliche Betreuung der hier angeführten Entwicklungsvorschläge. Ein gesondertes Fundraisingkonzept ist daher wesentliche Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung der angeregten Reorganisation.

Das sind mittelfristige strategische Überlegungen, die hoffentlich breit diskutiert werden und bald angegangen werden müssen. Kurzfristig werden wir im Wahlkampf nur begrenzte Spielräume für eine Eigenprofilierung linker Politik haben. Lafontaine und Schröder werden weiterhin eine Doppelspitze bilden und ganz der bewährten Methode „Bad Cop/Good Cop“ folgen. Schröder profiliert sich wirtschaftsnah mit hemdsärmeligem Charme, während „Good Cop“ Lafontaine die Partei befriedet. Der Dissens wird nicht aufgehoben, sondern weiterhin geschickt ausgespielt. Ob sozialdemokratische Wirtschaftspolitik eher auf Exportorientierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte oder auf sozialökologische Wachstumspolitik und Arbeitszeitverkürzung setzen wird, entscheidet sich im günstigsten Fall in der Regierungsverantwortung an den konkreten Gesetzesvorhaben. Die neoliberale Grundlogik läßt sich nur drehen, wenn sich das gesellschaftliche und politische Klima in eine andere Richtung wendet. Dies anzustoßen, ist Aufgabe der Linken.

Schröder & Co. haben sich von einer Ressource abhängig gemacht, die sie nicht jederzeit erzeugen und beliebig steuern können. Sie basiert nicht auf gewachsener Anhängerschaft, die sich um ein politisches Projekt versammelt. Aus ihr läßt sich eine beständige und breite Mobilisierung kaum ableiten.

spw



Gerhard Schröder Kanzlerkandidat der SPD! Sind die Sozialdemokraten damit wieder auf Erfolgskurs? Gibt es gar ein »sozialdemokratisches« Zukunftsmodell? Die Autoren untersuchen anhand der jüngsten Entwicklungen in Deutschland, Großbritannien und den USA, welche Inhalte und Strategien der sogenannten Linken »neu« sind und welche sie dem politischen Gegner näher bringen als je zuvor.

Unger / Wehr / Schönwälder
**New Democrats – New Labour –
 Neue Sozialdemokraten**
 192 S. · Pb · DM 29,90
 ISBN 3-88520-702-8

... überall im Buchhandel
 oder Postfach 910230, 12414 Berlin

ELEFANTEN PRESS

INHALT

MAGAZIN

Andrea Nahles

SPD spielt „Bad Cop – Good Cop“ 2

Benny Mikfeld

„Das marktwirtschaftlichste Programm, das die SPD je hatte.“ 5

Ralf Krämer

Aufstehen für eine andere Politik

Bochumer Ratschlag beschließt Großdemo am 20.06.98 in Berlin 7

Burkhard Winsemann

Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises 9

Reinhard Hahn

Wer, wenn nicht Wir

Jugendbündnis für eine zukunftsfähige Politik 10

Ralf Krämer

Endlich auf der Straße: Die neue A-Klasse 13

Detlef Bimboes

Zeitreise und Neubeginn materialistischer Theoriebildung 14

spw-intern 15

BONN APART

Burkhard Winsemann

Künstliche Aufregung 16

SOZIALISTISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT

Ralf Krämer

Sozialistische Politik und Wirtschaft

Einleitung zum Heftschwerpunkt 17

Paul Levi

80 Jahre

Zum Geburtstag des Kommunistischen Manifestes 18

Uwe Kremer

Moderner Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie 20

Wolfgang Gehrcke

Sozialismus im 21. Jahrhundert 27

Frigga Haug

Kampf gegen den Neoliberalismus 29

Michael R. Krätke

Paul Levi (1883 – 1930): Der letzte Ritter 31

JUGEND – INTELLEKTUELLE – SPD

Marcel Schaller

Tilman Fichters politische Sackgasse 39

Achim Dahlheimer, Lothar Fröhlich, Barbara Underberg

Das Elend der linken Sozialdemokratie an den Hochschulen 41

STAAT UND DEMOKRATIE

Ralf Hansen

Das Nachtgesicht des Neoliberalismus

Konturen einer neuen „Sicherheitsgesellschaft“ 44

GLOBALISIERUNG UND POLITIK

Jens Martens

MAI – die dritte Säule weltwirtschaftlicher (De-) Regulierung 48

GENDER

Interview mit Ilse Ridder-Melchers und Kristina Augst

10 Jahre Quote 54

EUROPA UND DIE LINKE

Joachim Schuster

Konturen eines grünen Europas 57

Jürgen Hirsch, Thomas Mann

Österreich 1998 – europäisch oder „anders“ 58

Aufruf zur Großdemo am 20.06.98 Heft-

spw-LeserInnenbefragung 1998 mitte

Herausgeber/Herausgeberinnen:
Heinz Albrecht (Berlin)
Edelgard Bulmahn (Hannover)
Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
Diether Dehm (Großentafel)
Katrin Fuchs (Verl.)
Christel Hanewinkel (Halle/S.)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Susie Möbbeck (Magdeburg)
Peter von Öertzen (Hannover)
Horst Peter (Kassel)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
Andreas Wehr (Berlin)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Uta Biermann
Mirja Düwel
Ralf Krämer
Christoph Meyer
Reinhold Rünker
Georg Schulze
Joachim Schuster
Claudia Walther
Frank Wilhelmy
Rainer Zugehör

Redaktionssekretär
Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
spw-Verlag/Redaktion GmbH
Fresienstraße 26, 44289 Dortmund
Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)
Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)
Telefax 02 31/40 24 16
E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de
Internet: <http://www.koeln-online.de/spw/>

Geschäftsführung:

Olaf Schade
Hans-Peter Schulz
Joachim Schuster
Alfred Voges

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
(bei Bankeinzug DM 60,-)
ermäßigtes Jahresabonnement
für SchülerInnen, StudentInnen,
Erwerbslose DM 55,-
(bei Bankeinzug DM 52,-)
Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Wenn möglich, sollen
Manuskripte auf Diskette mit einem
Ausdruck geliefert werden
(MS-DOS-Textverarbeitungssystem).

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1998.
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
vorbehalten.

Titelfoto:

AdsD FES
Paul Levi, Hermann Müller, Franz Künstler,
Paul Löbe, Rudolf Breitscheid,
Arthur Crispian (vor 1933)

Satz und Gestaltung:
Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
Nolte-Druck, Iserlohn
1-3 Tausend, April 1998



„Das marktwirtschaftlichste Programm, das die SPD je hatte.“

Knappe Anmerkungen zum Wahlprogramm-entwurf der SPD

von Benny Mikfeld*

Schröder hat Recht: in der Tat ist das nun als Antrag für den am 17. April bevorstehenden Bundesparteitag in Leipzig vorliegende SPD-Wahlprogramm eines, das in hohem Maße auf die dynamischen Kräfte des Marktes setzt. Anderes war auch gar nicht zu erwarten, nachdem die SPD mit ihrem Hannoveraner Parteitag und dem sogenannten „Innovationsantrag“ bereits die wesentlichen Orientierungen vorgenommen hatte.¹

Schröder wählen tut nicht weh: die „Neue Mitte“

Die strategische Orientierung des Wahlkampfes lautet: wir machen einiges anders als die Konservativen, aber vor allem vieles besser und moderner. Die „Leistungsträger“ und „Leistungswilligen“ werden zu einer dubiosen gesellschaftlichen „neuen Mitte“ erklärt, zu der die SPD sich selber hinzuzählt. Auf eine Polarisierung gegen den politischen Gegner wird ebenso verzichtet, wie auf eine Darstellung der gesellschaftlichen Spaltungslinien, die sich durch eineinhalb Jahrzehnte konservativer Politik in der Bundesrepublik ergeben haben. Statt dessen sollen die erwähnten Gruppen für die neue innovative Standortgemeinschaft gewonnen werden. Der Slogan von der „neuen Mitte“ ist der Versuch, verunsicherten Teilen der gesellschaftlichen Mittelschichten die Angst vor einem Regierungswechsel zu nehmen. Gleichzeitig sollen sozialdemokratische StammwählerInnen vor allem über die persönliche Autorität des „charismatischen Führers“ Schröder eingebunden und links-

orientierte WählerInnen wohl an die Grünen preisgegeben werden.² Entsprechend unverbindlich und in der Kernphilosophie problematisch sind die inhaltlichen Teile des Programms.

Arbeit und Wohlstand für alle – aber wie?

Das zentrale Anliegen des mit „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“ überschriebenen Programms ist die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Dies soll zum einen durch ein ebenso betitelt neues Bündnis von Gewerkschaften, Unternehmen, Politik und Kirchen gewährleistet werden – wobei allerdings der staatliche Beitrag zur einer solchen konzertierten Aktion nebulös bleibt. Zum anderen wird vor allem auf Innovation und Wachstum gesetzt. „Einen reinen Kostenwettbewerb gegen alle Billiglöhnländer kann Deutschland nicht gewinnen. Wenn wir im internationalen Standortwettbewerb gewinnen wollen, dann müssen wir einfach produktiver und besser sein als unsere Konkurrenten“³ [7]. Angestrebt wird die Führerschaft auf dem Weltmarkt in etlichen Feldern: „die besten Autos der Welt“, „wirksamsten Medikamente“, „die leistungsfähigsten Solarzellen“ [8].

Die aggressive Exportorientierung soll befördert werden durch die Ausweitung von Technologie- und Forschungspolitik, die Senkung der Lohnnebenkosten, Existenzgründungshilfen, die Senkung der Unternehmenssteuersätze und den Abbau von Bürokratie – also das klassische Arsenal angebotsorientierter Wirt-

schaftspolitik. Zwar wird treffend konstatiert, daß Export allein nicht ausreicht und daher auch eine Stärkung des Binnenmarktes erforderlich ist. Allerdings wird der Ausweitung öffentlicher Investitionspolitik eine klare Absage erteilt. „Für neue kreditfinanzierte Konjunkturprogramme gibt es keinerlei Spielraum.“ [14].

Gleichzeitig wird für eine Flexibilisierung der Tarifverträge und der Arbeitszeiten plädiert. „Flexible Lösungen in der Lohnpolitik wie auch in der Arbeitszeitpolitik eröffnen neue Chancen für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.“ [9] Der Akzent liegt also deutlich auf der Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen, wohingegen erforderliche tarifpolitische Schritte wie die Durchsetzung von Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen allenfalls am Rande erwähnt werden. Immerhin wird die Stärkung der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit durch die Rücknahme des Sozialabbaus beim Schlechtwettergeld, der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und dem Kündigungsschutz sowie eine Neufassung des §146 Sozialgesetzbuch III (ehemals §116 Arbeitsförderungs-gesetz) versprochen. Ziel ist auch die Verhinderung von Scheinselbständigkeit und des „Mißbrauchs“ von geringfügiger Beschäftigung. Es bleibt allerdings offen, wann nach Auffassung der AutorInnen Mißbrauch vorliegt und wann nicht.⁴

Gestärkt werden soll unter dem Motto „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ auch die aktive Arbeitsmarktpolitik. Wie im Entwurf der SPD-Bundestagsfraktion für ein Arbeits- und Struktur-

Die strategische Orientierung des Wahlkampfes lautet: wir machen einiges anders als die Konservativen, aber vor allem vieles besser und moderner. Die „Leistungsträger“ und „Leistungswilligen“ werden zu einer dubiosen gesellschaftlichen „neuen Mitte“ erklärt, zu der die SPD sich selber hinzuzählt.

* Benny Mikfeld, Bochum, Mitglied des SPD-Parteivorstands und Jusoz-Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen



förderungsgesetz vorgesehen, wird für Langzeitarbeitslose ein individueller Eingliederungsplan in den Arbeitsmarkt versprochen und eine bessere Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und regionaler Strukturpolitik angestrebt. Wie bereits im Hannoveraner Leitvertrag findet sich im Wahlprogramm auch die Forderung nach Kombi-Löhnen in Verbindung mit einer Leistungskürzung für SozialhilfeempfängerInnen im Falle der Nicht-Annahme derartiger subventionierter Jobs.⁵

Allen wohl und kaum jemand wehe: die Verteilungspolitik

Das gesamte Programm steht unter einem „strikten Finanzierungsvorbehalt“ [14]. Dies zu betonen, ist nicht prinzipiell problematisch, sondern kann ein Beitrag zur Sicherung der politischen Seriosität im Wahlkampf sein. Allerdings stellt sich die Frage, ob denn überhaupt die durchaus vorhandenen verteilungspolitischen Spielräume zur Ausweitung der öffentlichen Handlungsmöglichkeiten genutzt werden.

Positiv hervorzuheben sind die steuerpolitischen Vorschläge zur Erhöhung des Existenzminimums, der Senkung des Eingangssteuersatzes (schrittweise auf 15%), der Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer, der Einführung einer Mindestbesteuerung sowie der Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage. Gleichzeitig sollen jedoch auch die Spitzensteuersätze (auch für gewerbliche Einkommen) und die Kör-

perschaftssteuern gesenkt werden. Seit längerem angekündigt ist das Bestreben, ökologische Komponenten in das Steuersystem einzubauen und die Einnahmen zur Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten zu verwenden. Zwar wird im Programm die ökonomische Notwendigkeit einer Erhöhung der Binnenkaufkraft mehrfach betont, eine klare Aussage zur Veränderung der gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse findet sich allerdings nicht. Eher soll der Eindruck erweckt werden, daß eine sozialdemokratische Steuerreform allen zugute kommt. Eine Vergrößerung der reformpolitischen Spielräume ist daher zunächst wohl kaum zu erwarten.

Gleichstellung und Sozialpolitik

Immerhin formuliert der Entwurf die selten klare Aussage, die „Gleichstellung von Mann und Frau wieder zu einem großen gesellschaftlichen Reformprojekt“ [23] zu machen. Auf der Suche nach konkreten Projekten zur Verwirklichung dieses Anspruchs geht das Papier dann aber über ein „Aktionsprogramm Frau und Beruf“ und die hälftige Beteiligung von jungen Frauen an allen Ausbildungsplätzen kaum hinaus.

In der Rentenversicherung soll die Kürzung des Rentenniveaus auf 64% zurückgenommen werden. Positiv zu werten ist sicherlich auch das Bekenntnis zur Versicherungspflicht für alle Erwerbstätigen. Gleichzeitig wird allerdings dem Bestreben nachgegeben, die gesetzliche Rentenversicherung nur

noch als eine Säule neben der betrieblichen Vorsorge, der privaten Vorsorge und der zusätzlichen Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivkapital zu begreifen.

Im Bereich Gesundheitspolitik stößt der Entwurf auf erhebliche Kritik der ExpertInnen in der Partei. Vermißt werden klare Aussagen zur Wiederherstellung der sozialen Grundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung. So wird zu den umstrittenen Zuzahlungsregelungen (v.a. Kopplung von Beitrags- und Zuzahlungserhöhung) lapidar ausgesagt: „Die bestehenden Zuzahlungsregelungen werden wir überprüfen“ [20]. Auch fehlen Aussagen beispielsweise zur Rücknahme der Kürzung des Krankengeldes oder zur Notwendigkeit, den Versichertenkreis zu erweitern und die Beitragsbemessungsgrenze zu erhöhen und damit die gesetzliche Krankenversicherung zu stärken.

Was sonst noch?

Auch im Bereich der BürgerInnenrechtspolitik – sicherlich nicht das Lieblingsthema des Kanzlerkandidaten – wird alles andere als eine Kehrtwende gegenüber der bisherigen Regierungspolitik beschrieben. Die Forderung nach der Ermöglichung einer doppelten StaatsbürgerInnenenschaft wird vermieden. Geschaffen werden soll statt dessen ein „modernes Staatsangehörigkeitsrecht“. Die innenpolitischen Vorstellungen konzentrieren sich in erster Linie auf die Kriminalitätsbekämpfung, wobei auf progressive Ansätze, wie die Legalisierung weicher Drogen, verzichtet wird.

Begrüßenswert sind die Passagen zur weiteren Ausgestaltung Europas. „Arbeit und Gerechtigkeit müssen auf Platz Eins der europäischen Tagesordnung gesetzt werden.“ [36]. Im Rahmen eines europäischen Beschäftigungspaktes werden die Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken, verbindliche Regelungen gegen Sozialdumping, eine Mindestbesteuerung für Unternehmen und die Ausweitung von Zukunftsinvestitionen eingefordert.

Innere Widersprüche und Aufgaben für die Linke

Deutlich wird, daß im Programm der Versuch unternommen wird, die unterschiedlichen Logiken sozialdemokratischer Politik miteinander zu versöhnen. Die Konsequenz sind zahlreiche Unverbindlichkeiten und Wider-

Entscheidend ist, daß sich die Linke auf die Zeit nach der Bundestagswahl vorbereitet. Zu erwarten ist, daß es zu einer Repolitisierung der kritischen Öffentlichkeit und der Diskussion über weitergehende Alternativen kommt.

sprüche. Während nationalstaatliche Investitionsprogramme abgelehnt werden, sollen diese auf Europa-Ebene in Anlehnung an das Weißbuch möglich sein. Während die Gleichstellung von Frau und Mann als wichtiges Ziel hervorgehoben wird, sollen Arbeitszeiten flexibilisiert, aber nicht kollektiv verkürzt werden. Wesentliche Widersprüche des Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts bleiben ausgeblendet.

Es schält sich eine Grundlogik heraus, die in erster Linie auf eine Verbesserung der Angebotsbedingungen für Unternehmen, aggressive Exportorientierung, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Betonung der Eigenverantwortung gegenüber kollektiver Absicherung setzt. Darüber können auch Teilerfolge der Linken wie die Durchsetzung der gesetzlichen Umlagefinanzierung, der Verankerung des Vollbeschäftigungsziels oder eines 100.000-Dächer-Programms zur Förderung der Solarenergie nicht hinwegtäuschen.

Sicherlich wird es auf der "Krönungsmesse" in Leipzig kaum mög-

lich sein, eine vertiefende Diskussion über die Perspektiven sozialdemokratischer Politik zu führen. Dennoch wird die Notwendigkeit bestehen, an ausgewählten Punkten zu intervenieren und Änderungen durchzusetzen. Zentrale Forderungen sind die Erhöhung der Investitionsquote durch die Ausweitung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen, die Forderung nach einer öffentlichen Flankierung von Arbeitszeitverkürzung durch die Reform des Arbeitszeitgesetzes⁶ und weitere Maßnahmen sowie eine weitergehende steuerpolitische Umverteilung als bisher vorgesehen. Die Passagen zum Kombi-Lohn müssen ersetzt werden durch die Forderung nach einer Ausweitung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.

Viel entscheidender ist jedoch, daß sich die Linke auf die Zeit nach der Bundestagswahl vorbereitet. Die konkreten Elemente des Programms von Schröder werden nach spätestens einem Jahr verbraucht sein. Zu erwarten ist, daß es zu einer Repolitisierung der kritischen Öffentlichkeit

und der Diskussion über weitergehende Alternativen kommt.⁷ spw

¹ Vgl. Krämer, R./Mikfeld, B./Skarpelis-Sperk, S.: Politikwechsel oder „Innovation“ à la Schröder, in: spw 5/97, S. 4ff.

² Schröders Wahlkampfberater Bodo Hombach spricht davon, daß er lieber mit der CDU um fünf, als mit den Grünen um ein Prozent WählerInnen konkurriere.

³ Die Seitenangaben beziehen sich auf die Antragsfassung zum Bundesparteitag nach Bearbeitung der Antragskommission (v. 21.03.98).

⁴ So hat Schröder sich mehrfach dahingehend geäußert, daß er – ähnlich wie ein Vorschlag des DIW – Betrieben einen zehnprozentigen Anteil geringfügiger Beschäftigung zugestehen will.

⁵ Diese Vorstellungen stehen in Verbindung mit einer grundsätzlich repressiven Haltung gegenüber Arbeitslosen. Vor allem von Wolfgang Clement waren öfter Forderungen nach einer Sanktionierung von Jugendlichen und Arbeitslosen, die ihnen angebotene Ausbildungs- und Arbeitsplätze nicht annehmen, zu hören (vgl. FR v. 26.03.98).

⁶ Dies fordern auch einige Gewerkschaften von der SPD bzw. einem Politikwechsel ein. Vgl. die Broschüre der IG Metall „Deutschland hat die Wahl. Handeln für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“.

⁷ So überlegen die Jusos z.Z., nach der Bundestagswahl ein mit BündnispartnerInnen abgestimmtes „Alternatives 100-Tage-Programm“ vorzulegen.

Am Samstag, 20. Juni 1998, wird in Berlin eine bundesweite Großdemonstration für eine neue, andere Politik stattfinden. Das ist das zentrale Ergebnis des „Bochumer Ratschlags“, den die InitiatorInnen der Erfurter Erklärung für den 7. März in die Ruhr-Universität eingeladen hatten (vgl. zur Vorgeschichte die Artikel in spw 1/97, 2/97 und 6/97). Mehr als 500 UnterstützerInnen der Erfurter Erklärung und VertreterInnen einer Vielzahl von Initiativgruppen und Organisationen folgten dieser Einladung und diskutierten über Aktionsmöglichkeiten, die der Forderung nach einem umfassenden Politikwechsel Nachdruck verleihen und Anstöße geben sollen, aus der „Zuschauerdemokratie“ herauszutreten.

Im Mittelpunkt der Debatte stand dabei die Planung einer großen gemeinsamen Demonstration vor der Bundestagswahl. Die Redebeiträge und die Reaktionen der ZuhörerInnen machten von Beginn an deutlich, daß dabei nicht mehr das ob, sondern nur noch das wie, wo und vor allem wann in Frage stand. Auf dem Treffen der InitiatorInnen am Vorabend war diese Linie bereits vereinbart und ein Aufrufentwurf erstellt worden, und die Diskussion wurde gleich mit der Fra-

gestellung eröffnet, ob ein über den Initiatorenkreis der Erfurter Erklärung hinausgehendes Aktionsbündnis als Trägerin dieser Demonstration nötig sei und wer diesem Aktionsbündnis angehören solle und wolle.

Politische Bedingungen

Dabei wäre die Frage nach der grundsätzlichen Sinnhaftigkeit und den politischen Bedingungen einer solchen Demonstration durchaus berechtigt gewesen, denn die Stimmung der Anwesenden kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bewegung bisher noch auf ziemlich schwachen Füßen steht. Die Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Großorganisationen sowie die SPD und die Grünen blocken weitgehend ab, nur die Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat bisher beschlossen, eine Demonstration mitzutragen. Einige eher linke Gewerkschaften (HBV, Medien ...) stehen dem Anliegen aufgeschlossen gegenüber und werden es in gewissem Rahmen unterstützen, zumindest durch Bezirke und Landesverbände, aber darüber hinaus wird es darauf ankommen, inwieweit von unten Druck gemacht und eine aktive Unterstützung durch örtliche und regionale Gliederungen (etwa der IG

Aufstehen für eine andere Politik

Bochumer Ratschlag beschließt Großdemo am 20.06.98 in Berlin

von Ralf Krämer*

Metall, der ÖTV, des DGB ...) durchgesetzt wird.

Andererseits besteht bei vielen Menschen und Initiativen ein massives Bedürfnis nach einem bundesweiten Orientierungs- und Höhepunkt von Aktionen. Die Zahl der örtlichen Initiativen auf Basis der Erfurter Erklärung wächst ständig, mittlerweile (Ende März) sind in Erfurt 339 Initiativen gemeldet, allein in NRW sind es 45. Die Studierenden-Streiks Ende letzten Jahres haben gezeigt, welches Aktionspotential an den Hochschulen mobilisierbar ist. Auch die Arbeitslosenproteste der letzten Monate (s. S.

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler, spw-Redaktion



Die Aufgabe besteht jetzt darin, an möglichst vielen Orten und in möglichst vielen Gruppen und Organisationen die Demonstration bekannt zu machen und für Unterstützung zu werben. Wo noch keine Initiativen oder Bündnisse bestehen, die die Vorbereitung tragen, müssen sie so schnell wie möglich gegründet werden.

13 in diesem Heft) und die Aktivitäten des Jugendbündnisses (s. S. 10ff. in diesem Heft) zeigen, daß etwas in Bewegung kommt. Sowohl VertreterInnen der Studierenden- wie der Arbeitslosenbewegung waren auch auf dem Bochumer Ratschlag und sind in dem Aktionsbündnis zur Vorbereitung der Demonstration vertreten. In einer Reihe von Orten ist es auch bereits gelungen, etwa DGB-Kreise für Aktionen und die Unterstützung der Demonstration zu gewinnen. Es gibt auf den verschiedenen Ebenen zunehmende Zusammenarbeit mit kirchlichen Gruppen, Sozialverbänden, SchülerInnenvertretungen, Gruppen der Friedensbewegung und der Antirassismusbewegung usw. Und da es ja gerade der Anspruch der Erfurter Erklärung war und ist, BürgerInnenbewegung von unten zu entwickeln, war das Votum für die Demonstration logisch.

Organisation und Mobilisierung

Nach kurzer Debatte gab es auf dem Bochumer Ratschlag eine ganz überwiegende Mehrheit dafür, die Demonstration in Berlin (und nicht in Bonn) durchzuführen. Aufgrund der immer noch stärkeren Verankerung der Bewegung in Ostdeutschland – obwohl gerade im Westen die Zahl der Initiativen stark anwächst – und der extrem hohen Maßlatte, die an die TeilnehmerInnenzahl von Großdemos in Bonn gelegt würde, spricht dafür vieles. Und die (wir) Wessis werden sich daran gewöhnen müs-

sen, daß die neue Hauptstadt künftig der Ort für bundesweite Großdemonstrationen sein wird. Wenn man daran denkt, daß im Januar über hunderttausend Menschen an der jährlichen Manifestation zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin-Friedrichsfelde teilnahmen, kann man davon ausgehen, daß auch am 20. Juni eine sechsstellige TeilnehmerInnenzahl erreicht werden wird – und das muß schon sein, wenn es ein Erfolg sein soll. Hier wird allerdings auch das politische Problem deutlich, das mit Berlin verbunden ist: Hintze & Co. und die westdeutschen Massenmedien werden die Demonstration als PDS-dominiert hinstellen. Um so wichtiger ist es, auch aus dem Westen und aus gesellschaftlichen und politischen Bereichen, die nicht als PDS-orientiert dargestellt werden können, möglichst viele Menschen nach Berlin zu mobilisieren.

Die heftigste Debatte gab es in Bochum um den Termin – 12. September oder 20. Juni. Nach Abwägung der verschiedensten Gesichtspunkte, die ich jetzt nicht alle darstellen will (zum Glück ist an dem Tag kein Spiel der deutschen Mannschaft bei der Fußball-WM), ergab sich letztlich eine deutliche Mehrheit für den 20. Juni. Der 20. Juni 1998 ist auch der 50. Jahrestag der Einführung der DM in den damaligen Westzonen, womit die Spaltung Deutschlands besiegelt wurde, und hat damit auch symbolischen Wert.

Bei aller Skepsis, die nicht wenige vor dem Bochumer Ratschlag hatten und vielleicht noch haben: Jetzt kommt es darauf an, unverzüglich loszulegen mit der Mobilisierung und die Demonstration zu einem möglichst großen Erfolg zu machen. Der Bundeskoordinierungsrat des Aktionsbündnisses hat sich mittlerweile getroffen und den endgültigen Text des Aufrufs beschlossen. Die Demonstration soll mit Auftaktkundgebungen um 13.00 Uhr beginnen und mit einer Abschlußkundgebung um 15.00 Uhr beendet werden. In Frankfurt und Berlin sollen Organisationsbüros eingerichtet werden, bis dahin gibt es weitere Informationen und Kontaktadressen in den Regionen beim Büro der Erfurter Erklärung in Erfurt, c/o Kulturverein Mauernbrechen e.V., Tel. 0361-5961220.

Die Aufgabe besteht jetzt darin, an möglichst vielen Orten und in möglichst vielen Gruppen und Organisationen die Demonstration bekannt zu machen und für Unterstützung zu werben. Wo noch keine Initiativen oder Bündnisse bestehen, die die Vorbereitung tragen, müssen sie so schnell wie möglich gegründet werden. Und dann heißt es: Menschen ansprechen und gewinnen, die Basis verbreitern, Aktionen durchführen, Öffentlichkeitsarbeit, Plakate kleben, die Fahrt nach Berlin organisieren... Die Zeit bis zum 20. Juni ist knapp. Dieser Druck muß in um so mehr Dynamik umgewandelt werden. Auf nach Berlin!

spw

Eine Woche nach der Niedersachsenwahl traf sich der Frankfurter Kreis im Willy-Brandt-Haus zu seiner Frühjahrstagung. Mit unerwartet wenig Wehklagen wurde die Nominierung Gerhard Schröders zum Kanzlerkandidaten der SPD aufgenommen. Die gute Stimmung in der Partei geht auch an der Linken nicht vorüber. So konnte *Heidemarie Wieczorek-Zeul* der Kandidatur Schröders den Vorzug der größeren Reichweite der Doppelspitze abgewinnen. Zwar steht Schröder (zumindest der Schröder der letzten Jahre) kaum für eine linke Interpretation des Begriffs „Politikwechsel“. Aber die Entscheidung für ihn eröffnet der Linken auch neue Spielräume, die bisher dem Primat des pfleglichen Umgangs mit Oskar Lafontaine geopfert wurden. Problematisch wird es allerdings, wenn das Verhältnis Schröder/Parteilinke dauerhaft so aussieht, daß die Linke den dummen August gibt, der gelegentlich aufmuckt und anschließend abgewatscht und zum Steigbügelhalter der Profilierung Schröders gegen die Partei degradiert wird. Wenn es im Herbst zum Regierungswechsel kommt, werden die Aufgaben der Linken größer; sie wird ihre politische und organisatorische Effizienz erhöhen müssen, um dem gerecht zu werden. Auf diese Anforderungen wies insbesondere die Juso-Bundesvorsitzende *Andrea Nahles* in ihrem Beitrag hin [vgl. auch ihren Artikel in diesem Heft, die Red.].

Nachdem die Kandidatenfrage (anders als bei der Festlegung des Termins absehbar) bereits erledigt war, konzentrierte sich die Diskussion auf das Regierungsprogramm der SPD und insbesondere auf einen Punkt, der im dem dem Präsidium vorgelegten Programmtext völlig fehlte: Die Umverteilung von Arbeit und die Möglichkeiten einer staatlichen Flankierung entsprechender Initiativen der Tarifparteien. Hierzu stellten der IG-Medien-Vorsitzende *Detlef Hensche*, von dem die Initiative zu dieser Diskussion ausging, und *Klaus Lang* vom IG-Metall-Hauptvorstand die Positionen ihrer Gewerkschaften dar.

Arbeitszeitverkürzung politisch stützen

Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird nach Auffassung von *Detlef*

Hensche nicht ohne politische Gestaltung, allein durch die Erschließung von Wachstumsreserven zu erreichen sein, die im privatwirtschaftlichen Dienstleistungsbereich und in den Informations- und Kommunikationstechnologien vermutet werden. Im Gegenteil sind ja gerade letztere auch ein Instrument der Produktivitätssteigerung.

Rein tarifpolitische Lösungen für die Umverteilung von Arbeit stießen jedoch zunehmend auf Grenzen. So scheiterten Bemühungen um mehr Teilzeitarbeit an der fehlenden sozialrechtlichen Flankierung, und die verschlechterte Einkommenssituation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verursache in den Gewerkschaften viele Zweifel an einer weiteren allgemeinen Arbeitszeitverkürzung. Neuer Schub für die Tarifpolitik müsse deshalb durch eine breite gesellschaftliche Arbeitszeit-Debatte organisiert werden, die auch die Möglichkeiten einer staatlichen Flankierung ins Visier nimmt.

Klaus Lang verwies darauf, daß im Vordergrund der gewerkschaftlichen Arbeitszeit-Debatte zwar immer die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen (die mit den bisherigen Schritten auch erreicht worden sei) gestanden habe. Stärker betont werden müsse aber, daß es nicht um die Verwaltung eines Mangels an Arbeitsplätzen, sondern um die Verteilung von Reichtum gehe, um die Möglichkeit, anders zu arbeiten und zu leben, und um eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit.

In der anschließenden Diskussion wurden neben den bisher diskutierten Möglichkeiten einer staatlichen Flankierung von Arbeitszeitverkürzung durch eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes und eine Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit am Lohnausgleich eine Reihe weiterer Möglichkeiten aufgezeigt, die Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften politisch zu unterstützen. Als wichtiger als die Ausgestaltung im Detail wurde aber eingeschätzt, daß die SPD eine Antwort auf das DGB-Projekt Arbeitsumverteilung findet und die gesellschaftliche Debatte in Schwung kommt.

Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises

von Burkhard Winsemann*

Druck für das Regierungsprogramm

In Arbeitsgruppen wurden Änderungsvorschläge zum Regierungsprogrammtext formuliert, wobei es vorrangig darum ging, in wesentlichen Punkten die in Hannover erreichte Beschluslage in das Programm hinüberzuziehen. So fehlte zunächst im Programmtext jegliche Orientierung auf Arbeitszeitverkürzung. Dies ist inzwischen ansatzweise von Präsidium und Parteivorstand korrigiert worden, ebenso wie die elternunabhängige Studienförderung nach dem 3-Körbe-Modell jetzt wieder im Programm steht. Auf Granit beißt die Linke jedoch mit ihrer Forderung, das Programm dürfe sich nicht gegen kreditfinanzierte Konjunkturprogramme festlegen. Mehr als prägnantere Aussagen zu Zukunftsinvestitionen, die ebenfalls gefordert wurden, wird nicht drin sein.

Mit der weitgehenden Einigkeit über die zur Schaffung von Arbeitsplätzen notwendigen Instrumente kontrastierte ein heftiger Streit über die Formulierung von Zielen. Eine Minderheit beharrte darauf, die SPD müsse sich im Wahlprogramm auf ein quantitatives Ziel, z.B. die Halbierung der Arbeitslosigkeit in einer Legislaturperiode, festlegen, und inszenierte damit ein absurdes Schauspiel, dessen Akteure sich nicht unverdrossen, aber trotzdem mit Ausdauer ausschließlich dieser Frage annahmen.

spw

Die Entscheidung für den Kanzlerkandidaten Schröder eröffnet der Linken auch neue Spielräume, die bisher dem Primat des pfleglichen Umgangs mit Oskar Lafontaine geopfert wurden.

* Burkhard Winsemann ist wiss. Mitarbeiter von Detlev von Larcher MdB.

Wer, wenn nicht Wir

Jugendbündnis für eine zukunftsfähige Politik

von Reinhard Hahn*

Suggeriert wird ein Generationenkonflikt. Insofern verstehen es die gegnerischen Ideologen wieder einmal sehr gut, ihre Interessenlage der ungerechten Umverteilungspolitik als Sachzwang darzustellen.

Bei seinem Regierungsantritt vor über 15 Jahren verkündete Kohl als Kanzler lauthals: "Unser Staat braucht die zupackende Mitarbeit der jungen Generation: Das Tor zur Zukunft steht offen". Die Bilanz der Kohl-Regierung ist jedoch verheerend. Von 100 Jugendlichen sind heute 10 als arbeitslos gemeldet, 7 leben von der Sozialhilfe, 20 "parken" nach erfolgloser Ausbildungsplatzsuche im Schulbereich und 5 suchen immer noch eine Lehrstelle. Jetzt hat sich ein Jugendbündnis gegründet, in dem auf zentraler Ebene die Gewerkschaftsjugend im DGB und in der DAG, BUNDjugend und Naturfreundejugend, freier Zusammenschluß von studentInnenschaften, BundeschülerInnenvertretung, die Landesjugendringe Hessens, Berlins und Hamburgs, die Katholische Landjugendbewegung sowie Künstler in Aktion zusammenarbeiten, um gemeinsam für eine andere Politik aktiv zu werden und zu mobilisieren.

Probleme der Jugend heute

Von der Massenarbeitslosigkeit sind junge Menschen in besonderer Weise betroffen. Die offizielle Statistik weist aus, daß mittlerweile über eine halbe Millionen junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet sind. Wenn überhaupt, sind oftmals nur noch befristete Jobs drin, mit der Folge, daß für immer mehr junge Menschen in dieser Gesellschaft nur noch eine "zerstückelte" Lebensplanung möglich ist. Die Ausbildungsplatzkrise verschärft sich von Jahr zu Jahr. In nur 6 von 146 Arbeitsamtbezirken lag das Angebot im vergangenen Jahr über der Nachfrage. Warteschleifen und Parkmaßnahmen sind oftmals der letzte Notnagel. Hunderttausendfache Schicksale, deren Biographie ebenso wie die der ganzen "Altbewerber" der vergangenen Jahre lebenslang vorgezeichnet ist. Ein solides Fundament beim Berufseinstieg wurde Ihnen verbaut.

An den Schulen und Universitäten regiert der Rotstift aufgrund fiskalpolitischer Probleme unaufhaltsam. Hochschulveranstaltungen gleichen oftmals Massenkundgebungen. In Schulen und Berufsschulen kann wegen Lehrermangel, Unterrichtsausfall, mangelnder Ausstattung und vielem mehr nicht qualifiziert unterrichtet werden. Durch die Beschneidung der Lehrmittelfreiheit und der Einführung von Studiengebühren etc. wird mehr und mehr versucht, die Kosten wieder einmal auf die Jugendlichen und ihre Eltern abzuwälzen. Die Zahl der öffentlich geförderten StudentInnen (BAFöG) ist 1997 mit 15% auf einen historischen Tiefstand gesunken (1972 = 45%).

Bereits mehr als eine Million Kinder und Jugendliche müssen von den Leistungen der Sozialhilfe leben. Die Zahl jugendlicher Obdachloser steigt ebenfalls. Gleichzeitig wird überall dort gespart, wo versucht wird, die Betroffenen zu unterstützen bzw. in einem Mindestmaß in die Gesellschaft zu integrieren. Ein Focus-Titel vor einigen Monaten "Die Jagd der Jungen auf die Alten ..." suggeriert einen Generationenkonflikt. Insofern verstehen es die gegnerischen Ideologen wieder einmal sehr gut, ihre Interessenlage der ungerechten Umverteilungspolitik als Sachzwang darzustellen. Es gibt genügend wissenschaftlich solide Untersuchungen, die belegen, daß der Generationenvertrag funktionieren kann. Wir haben es jedoch mit einer falschen Politik zu tun, die nur an die Gegenwart denkt und die Lasten in die Zukunft verschiebt. Die Finanzierung der Arbeitslosigkeit kostete im letzten Jahr allein 160 Milliarden DM.

Der Generationenvertrag betrifft aber mehr als nur die Rente. Erstmals in der Geschichte der Menschheit ist das Recht zukünftiger Generationen, ihr Leben auf einem ökologisch gesunden, biologisch vielfältigen Planeten zu verbringen, ernsthaft gefährdet. Jedem ist mittlerweile eigentlich klar, daß das Marktmodell mit seinem Egoismus zwar ungeahnte Produktivkräfte entfesselt, aber auch im Hinblick auf den Naturverbrauch an seine Grenzen geraten ist. Trotz hoffnungsvoller Ansätze, wie z. B. dem Klimagipfel in Rio vor 5 Jahren, wird die Umweltpolitik Zug um Zug den Wirtschaftsinteressen einer immer fragwürdigeren Standortlogik geopfert. Die Kohlendioxidemissionen liegen in Deutschland bei durchschnittlich 12 Tonnen pro Kopf im Jahr. Der welt-

weite Durchschnitt liegt bei etwa 5 Tonnen, wobei 2,3 Tonnen die absolute Obergrenze wären, um den Treibhauseffekt zu begrenzen (Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" des Bundestages).

Politische Krise und Widerstand

Die demokratischen Grundlagen der Gesellschaft werden mehr und mehr ausgehöhlt. Politische Rhetorik und Zweckoptimismus sind an die Stelle von politischer Gestaltung im Interesse der Menschen und gerade auch junger Menschen getreten. Die herrschende Politik ist auf die unternehmerische Sachzwanglogik reduziert. Unermüdlich werden die Unternehmerforderung der Deregulierungen und Einschnitte in das soziale Netz, so z. B. beim Jugendarbeitsschutzgesetz, zur Richtschnur der herrschenden Politik (auch mancher SPD-Propagandisten) gemacht. Die Politik hat versagt, der Markt allein scheint die Bedingungen für die Lebensplanung zu bestimmen. Damit wird aus Sicht Jugendlicher (wie es auch die jüngste Shell-Jugendstudie zeigte) den politischen Parteien in Gänze immer weniger zugetraut, die heutigen Problemstellungen in dieser Gesellschaft ernsthaft anzugehen. Insofern fühlt sich die Jugend von den Erwachsenen verraten und verkauft. Insbesondere der Widerspruch zwischen postulierten Werten und den erfahrenen Realitäten hinterläßt bei immer mehr jungen Menschen seine Spuren und führt zu einer Vertrauenskrise in gesellschaftliche Institutionen und damit auch insgesamt in das Politikgefüge. Folgen sind die Flucht in Drogen oder Sekten bis hin zur Jugendkriminalität oder aber auch die Akzeptanz von rechtsextremem Populismus.

Die Wahlbeteiligung bei den Jungwählern ist mittlerweile auf 30 bis 40% abgesackt. Warum auch wählen? In der Politik wird kein Sinn und Nutzen gesehen, bis hin zu der zentralen Feststellung der Shell-Studie, daß "nicht die Jugend politikverdrossen, sondern die Politik jugendverdrossen ist". Und wieder einmal muß kurzsichtiges politisches Handeln festgestellt werden, indem die Probleme an Polizei oder Sozialarbeit delegiert werden, obwohl sich die Probleme nicht einfach wegschließen oder wegtherapieren lassen. Die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit in dieser Gesellschaft, ja in dieser ganzen Welt, wird jedoch von vielen Jugendlichen sehr bewußt zur Kenntnis genommen. Die Kluft zwischen stei-

* Reinhard Hahn, Abteilung Jugend beim Vorstand der IG Metall

Wer, wenn nicht Wir

Jugendbündnis für eine zukunftsfähige Politik

Jugendbündnisse - Politische Initiative zur Wahlherausforderung 1998



gendem Wohlstand für immer weniger, bei gleichzeitiger sozialer Ausgrenzung von immer mehr Menschen, ist für Jugendliche deutlich sichtbar. So besitzen 358 Milliarden soviel wie die Hälfte der Weltbevölkerung oder rechnerisch müßte jeder Haushalt auf seinem Konto über 135.000 DM verfügen. Das Spekulantentum, das Hochschnellen der Aktienkurse, das Roulettespiel des Casinokapitalismus mit ganzen Völkern bezogen auf die Standortdebatte sind Kehrseiten ein und der selben Medaille, der kapitalistischen Verwertungslogik, die mehr und mehr auf soziale Gerechtigkeit und Gestaltung durch die Politik verzichtet.

Aber auch die andere Jugend ist existent. Jene, die erfahrenes Leid und

Hoffnung auf dessen Überwindung miteinander verbinden und politische Angebote einfordern. Jugendlicher Idealismus, der das Bedürfnis nach einem radikalen Wandel und Aufgehören artikuliert. Die "Bereitschaft zum zivilen Ungehorsam" wächst gerade auch bei Jugendlichen, so eine Berliner Studie. Überhaupt zeigen übereinstimmend alle Jugendforschungsergebnisse dieses Jahrzehnts, daß Initiativen und Gruppierungen, bei denen Worte und Taten sich in hoher Übereinstimmung befinden (Glaubwürdigkeitsfrage), ein hohes Maß an Zustimmung genießen. Ebenso zeigen die großen Themen der heutigen Zeit, im Sinne der Zukunftsängste, aber auch der Engagementbereitschaft, Anknüpfungs-

punkte für das Handeln. Der verbreitete Alltagsprotest Jugendlicher ist jedoch oft nicht sichtbar, da die Aufmerksamkeit der Medien auf die Darstellung von Action und Steinewerfen verengt ist. Nicht zuletzt der Kampf der Gewerkschaftsjugend (erinnert sei an die Aktion "Deine Einstellung zählt" der IG Metall-Jugend) für eine gesetzliche Finanzierungsregelung der Berufsausbildung bestätigte die Engagementbereitschaft junger Menschen. Als weiteres Indiz seien die Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung in den Betrieben mit einer Wahlbeteiligung von über 80% genannt. Damit wird deutlich, daß Demokratie und Teilhabe von der Jugend und für die Jugend machbar ist.

Zielsetzung "Jugend für eine andere Politik"

Nach wie vor ist die Mobilisierungsfähigkeit rechtsextremer politischer Zusammenhänge nicht zu unterschätzen. Gerade in Krisenzeiten vermengen sich individuelle Entwurzelung und Alltagsrassismus sehr leicht mit vorhandenen rechtsextremen Angeboten. Dies hat nicht zuletzt die Ham-

Die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit in dieser Gesellschaft, ja in dieser ganzen Welt, wird jedoch von vielen Jugendlichen sehr bewußt zur Kenntnis genommen.



Kurt Pätzold/
Manfred Weißbecker
Geschichte der NSDAP
584 Seiten; 68,-DM
ISBN 3-89438-134-5

Das umfassende Standardwerk über die ideologische, politische und organisatorische Entwicklung der NSDAP von der Gründungsphase 1919/20 bis zur deutschen Kapitulation 1945.

Karl Georg Zinn
Wie Reichtum Armut schafft
180 Seiten; 28,- DM
ISBN 3-89438-150-7

In seiner harschen Kritik am wirtschaftspolitischen Mainstream liefert Zinn eine lebendige und gut lesbare Einführung in die politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts.



Verschwendung,
Arbeitslosigkeit
und Mangel

PapyRossa



Fritz Bilz/Klaus Schmidt
Das war 'ne heiße Märzzeit
Revolution im Rheinland 1848/49
196 Seiten; DM 26,-
ISBN 3-89438-153-1

Aus der Perspektive einer "Geschichte von unten" stellt das Buch wichtige Personen und Ereignisse des Vormärz und der Revolution im Rheinland dar.

Herbert Beckmann
Abenteuer Vaterschaft
Die ersten zwei Jahre
154 Seiten; DM 19,80
ISBN 3-89438-147-7

Herbert Beckmann schildert anschaulich und amüsant die Stationen seines Vaterwerdens und Vaterseins. Sein Buch ist eine praxisorientierte und zugleich vergnügliche Arbeitsplatzbeschreibung für junge Väter.



PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 50939 Köln, Tel.: 0221/44 85 45, Fax 0221/ 44 43 05



Lothar Hack
**Technologietransfer und
 Wissenstransformation –**
 Zur Globalisierung der Forschungs-
 organisation von Siemens
 1997 – 864 Seiten – DM 88,00
 ISBN 3-89691-423-5



Bernd Röttger
**Neoliberale Globalisierung und
 eurokapitalistische Regulation**
 Die politische Konstitution des Marktes
 1997 – 252 Seiten – DM 39,80
 ISBN 3-89691-420-0

Ulrich Billerbeck
Dreckarbeit und Männerstolz
 Müllmänner im Kampf um Anerkennung
 (Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung)
 1998 – 212 Seiten – DM 39,80
 ISBN 3-89691-435-9

**WESTFÄLISCHES
 DAMPFBOOT**



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
 Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
 e-mail: dampfboot@login1.com
 http://www.login1.com/dampfboot

burger Bürgerschaftswahl deutlich gemacht. Insofern muß für eine eindeutige Absage an rechtsextreme Parteien insbesondere bei jungen Menschen geworben werden. Die Verharmlosung sogenannter "Protestwähler" ist außerordentlich problematisch.

Es gilt zu verdeutlichen, daß Politik durchaus im Interesse der Menschen sein kann, wie z. B. die Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung. Es geht darum, deutlich zu machen, daß die Verwirklichung von realistischen Alternativen machbar ist, eben im Sinne einer "anderen Politik". Wer hier erfolgreich und "hegemoniefähig" sein will, muß als glaubwürdig und offen für ausdifferenzierte Lösungen bei Jugendlichen wahrgenommen werden. Ein einfaches "Knopfdrücken" einer "Großorganisation" wird diesen Anspruch nicht erfüllen können. "Fertige" und vollständige Handlungs- und Problemlösungsstrategien, die nur noch übernommen werden sollen, sind hierzu ungeeignet. Gerade deshalb ist es zwingend geboten, konzeptionell das Gewicht auf die Selbsterfahrung und -deutung zu legen.

Der Generationenvertrag betrifft zudem die Verabredungen, wie wir künftig miteinander leben wollen. Ältere und Jüngere sind gleichermaßen den gesellschaftlichen Bedingungen und einer verfehlten Politik ausgesetzt. Es ist nicht einsehbar, daß die Älteren bis zur Altershöchstgrenze im Betrieb ihre Gesundheit ruinieren müssen und die Jugendlichen gleichzeitig auf die Straße gesetzt werden. Wir brauchen also Arbeitszeitverkürzung, die Altersteilzeit, also solidarische Beschäftigungskonzepte, von denen Jung und Alt profitieren. In dieser Hinsicht, aber auch in finanzieller und ökologischer Hinsicht, muß der Generationenvertrag im Sinne einer anderen Politik neu definiert werden. Auch hier muß das Prinzip der Nachhaltigkeit bzw. Zukunftsfähigkeit Maßstab sein.

Die andere Zukunft, die zukunfts-fähige Politik muß definiert werden. Politik muß wieder Ideen wagen. Grundlagen bilden hierzu Modelle wie das "Zukunftsfähige Deutschland" im Sinne eines alternativen Wohlstandsmodells. Im Kern geht es darum, zu den scheinbaren wirtschaftspolitischen Sachzwängen gesamtgesellschaftliche Alternativen sichtbar zu machen. Auf die derzeitigen politischen Sackgassen müssen glaubwürdige Antworten gegeben werden.

Perspektive „Jugendbewegung“

Dem „Jugendbündnis“ geht es darum, die Anforderungen an Politik für ein zukunftsfähiges Deutschland in Verbindung mit der konkreten Interessenlage Jugendlicher zu bringen. Hierzu sollen Foren selbstformulierter Politik initiiert werden, um damit Beteiligungsangebote zum Mitmachen zu ermöglichen und die Klarheit von Politik einzufordern. Ziel ist es, an allen gesellschaftlich relevanten Orten, in denen Jugend "zu Hause" ist, Impulse für die Selbstformulierung von Perspektiven und die Förderung des Engagements zu bieten. Im Kern sind das:

- Schulen- und Berufsschulen,
- Fach- und Hochschulen,
- Lehrwerkstätten und Betriebe sowie Verwaltungen,
- Kirchengemeinden und Sportverbände,
- freizeitbezogene Einrichtungen einschließlich kommunaler Jugendprojekte,
- Umwelt- und Menschenrechtsgruppen.

Strategisch soll bezogen auf die Zielgruppe Jugend dazu beigetragen werden, daß andere Mehrheiten organisiert werden. Dies ist nicht erreichbar, wenn diese Initiative sich auf eine rot/grüne Wahlkampfkolonne reduzieren läßt oder einfach zum "Wählen gehen" aufruft. Vielmehr ist auf einen Politikwechsel insgesamt in der Weise hinzuwirken, daß der Machtwechsel in Bonn die Voraussetzung für eine andere Politik ist. Im Vordergrund steht der Kampf für eine Reformperspektive, die der Jugend eine Zukunft gibt, die die Ausbildungsverpflichtung und den Beschäftigungsaufbau sowie neue Leitbilder und Werte, aber auch mehr Demokratie und insbesondere globale Gerechtigkeit zum unwiderruflichen Inhalt hat.

Voraussetzungen für das Entfachen einer "Jugendbewegung" sind vor allem die Vernetzung und das Organisieren einer gemeinsamen Handlungsperspektive, in der die Aktivitäten auf den unterschiedlichen Ebenen bzw. der einzelnen Bündnispartner als auch innerhalb der Gewerkschaftsjugend verknüpft mit dem Alltagsprotest Jugendlicher im Sinne eines dynamischen Handlungsprozesses zusammenfließen. Dafür ist eine arbeitsfähige Bündnisstruktur, ein beteiligtenorientiertes Vorgehen bzw. offenes Aktionskonzept und das Herunterbrechen der Aktivitätenplanung in die Regionen bzw. vor Ort notwendig.

Aktivitätenplanung

Im Rahmen der Aktionskonferenz des Jugendbündnisses, die am 24./25. Januar 1998 mit rund 300 TeilnehmerInnen stattfand, wurden folgende Aktionselemente verabredet:

- Eine mobilisierende *Abstimmung* während des Monats Mai zu den Anforderungen junger Erwachsener an eine zukunftsfähige Politik in den Lebens- und Arbeitsbereichen Jugendlicher (Betriebe, Berufsschulen, Unis, Schulen etc.).
- Eine öffentlichwirksame koordinierte *Stafetten-Aktion* in den Regionen, zur Verdeutlichung des breiten,

bundesweiten Charakters der Aktivitäten für eine andere Politik von Mitte Mai bis Ende Juni. Als Vernetzungselement dient ein Forderungstransparent, daß von Aktion zu Aktion weitergereicht und damit immer länger wird.

- Am 19. September ein großes *Aktionsfestival* in Frankfurt am Main (Waldstadion) als abschließender Höhepunkt mit stadtteilbezogenen Aktivitäten, ähnlich dem Panzerknacker-Aktionstag am 21.9.1996, und verbunden mit einem Konzert (in Kooperation mit Künstler in Aktion). Einige namhafte Bands haben bereits Interesse zur Unterstützung bekundet.

Zur Koordinierung und Umsetzung der Aktivitäten wurde ein Jugendbündnisbüro in Frankfurt am Main eingerichtet. Ebenfalls haben sich im Nachgang zu der Aktionskonferenz auch regionale Bündnisstrukturen entwickelt. Eine ganze Reihe von unterstützenden Materialien, so insbesondere auch ein Aktionshandbuch und Materialien wie Videoclip, Transparente, Plakate etc. stehen zur Verfügung (Koordinationsbüro Jugendbündnis, 60519 Frankfurt am Main, Tel.: 069/6693-2554, Fax.: 069/6660-0610, e-mail: Wir@jugendbueundnis.de, internet: http://www.jugendbueundnis.de). spw

Die Arbeitslosenproteste in Frankreich waren ein Signal. In Deutschland wurden für Januar 5 Millionen registrierte Arbeitslose erwartet; in fast allen Bereichen ist weiterer Stellenabbau angekündigt; statt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, verstärkte die Bundesregierung den Druck auf die Arbeitslosen, kürzte Leistungen, verschärfte die Zumutbarkeitsregelungen, schikanierete sie mit verschärfter Meldepflicht und Bewerbungszwang. Das alles ließ den Funken überspringen, als am 20. Januar 1998 die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen gemeinsam mit der Gewerkschaft ÖTV und den Zusammenschlüssen der Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen zu monatli-

chen Protesttagen der Arbeitslosen aufrief.

Das Medienecho und die Resonanz bei Initiativen und Gewerkschaften waren groß. Innerhalb kürzester Zeit wurden örtliche Aktionen auf die Beine gestellt, an denen sich oft auch kirchliche Gruppen, Sozialinitiativen und StudentInnen beteiligten. Die mehr als 50.000 TeilnehmerInnen in über 200 Städten am ersten Aktionstag vor den Arbeitsämtern am 5. Februar übertrafen die Erwartungen bei weitem und bedeuteten eine drei mal so hohe Beteiligung wie bei früheren Aktionen. „Die neue A-Klasse“ hatte ihren „Elch-Test“ bestanden. Am zweiten Aktionstag am 5. März waren es ca. 50.000 – 60.000 TeilnehmerInnen in 280 Städten. Das bedeutet v.a. eine Verbreiterung in der Fläche, während in einigen großen Städten die hohen Zahlen des Februar nicht wieder erreicht wurden. Insgesamt ist die Beteiligung an den Protesten in Ostdeutschland stärker als im Westen.

Eine neue Erwerbslosenbewegung?

Französische Verhältnisse sind das zwar noch nicht, aber die hat auch keiner ernsthaft erwartet. Dennoch zeigt sich eine neue Qualität von Arbeitslosenprotesten. Laut einer Forsa-Umfrage halten 73% der befragten Arbeitslosen die Proteste für wichtig, 65% würden sich an Aktionen in ihrer Stadt beteiligen. Viele Betroffene waren das erste Mal auf der Straße, es wächst die Bereitschaft, sich zur Arbeitslosigkeit zu bekennen und aktiv gegen Ausgrenzung und Diskriminierung anzugehen. In den Medien wurden die Proteste breit wahrgenommen und transportiert, die Arbeitslosen sind erstmals zu einem ei-

Endlich auf der Strasse: Die neue A-Klasse

von Ralf Krämer*

genen Faktor in den sozial-politischen Auseinandersetzungen geworden. Sollte sich diese Tendenz fortsetzen und verstärken, wäre das ein wichtiger Beitrag zur Veränderung des gesellschaftlichen Klimas.

Die Proteste sollen in den kommenden Monaten fortgesetzt werden, und zwar immer am Tag der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen: 7.4, 8.5, 9.6, 7.7., 6.8. Neben Aktionen vor den Arbeitsämtern, die bisher im Mittelpunkt standen, soll verstärkt auch bei denen demonstriert werden, die für die Massenarbeitslosigkeit und den Sozialabbau wesentliche Verantwortung tragen: Unternehmerverbände, CDU und FDP, Börsen und Banken, Betriebe und Verwaltungen, die Stellen abbauen oder wo die Belegschaften in Tarifauseinandersetzungen stehen: Für den 11. September ist dann als Höhepunkt eine zentrale Veranstaltung in Berlin geplant. spw

Französische Verhältnisse sind das zwar noch nicht, aber die hat auch keiner ernsthaft erwartet. Dennoch zeigt sich eine neue Qualität von Arbeitslosenprotesten. Die Arbeitslosen sind erstmals zu einem eigenen Faktor in den sozial-politischen Auseinandersetzungen geworden.

Hauptforderungen:

- Kein vierteljährliches Stempeln, sondern Beratung und Qualifizierung;
- Wiederherstellung des Berufsschutzes;
- kein Arbeits- und Bewerbungszwang in miese Jobs, sondern Arbeitsplätze, von denen wir leben können;
- keine verlängerten Arbeitszeiten, sondern radikaler Abbau von Überstunden, sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche in allen Branchen, weitere tägliche Arbeitszeitverkürzung auf 25 Stunden bei vollem Lohnausgleich für die unteren Tarifgruppen in den nächsten 5 Jahren;
- existenzielle Absicherung für alle durch ein Einkommen, das dem gesellschaftlichen Reichtum angemessen ist.

Quelle: Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Info-Rundbrief Nr. 39, Februar 1998

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler, spw-Redaktion. Der Artikel beruht in weiten Teilen auf Mitteilungen der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen.

Zeitreise und Neubeginn materialistischer Theoriebildung

von Detlef Bimboes*

Buchbesprechung zu Lars Lambrrecht, K.H. Tjaden und M. Tjaden-Steinhauer: Gesellschaft von Olduvai bis Uruk – Soziologische Exkursionen, Verlag Jenior und Pressler, Kassel 1998, 280 Seiten, 34,- DM.

Mit dem vorliegenden Buch wird ein Essay über die Geschichte menschlicher Gesellschaften vorgelegt, konkretisiert durch historische Beispiele früher Gesellschaften seit den Anfängen der Steinzeit: in Ostafrika, auf der iberischen Halbinsel, am östlichen Mittelmeer und im Zweistromland. Dabei handelt es sich um jene Zeitspanne, die von der "Menschwerdung des Affen" bis zur Entstehung wirtschaftlicher Verfügungsmacht, staatlicher Gewalt und patriarchalischer Familie in einer "Frühen Hochkultur" reicht. Zu diesen Entwicklungsprozessen wird gefragt, wobei ein wesentlicher Aspekt der Arbeit die Entstehung gesellschaftlicher Ungleichheit ist.

Beim Lesen drängt sich unwillkürlich der Vergleich zur grundlegenden Arbeit Friedrich Engels "zum Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" auf. Dieser Eindruck täuscht nicht. Theoriebildung setzt an der Wurzel an. Die nachhaltige Beschädigung sozialistischer Theorie und Praxis hat die Autoren deshalb dazu bewegt, noch einmal zu den Quellgründen menschlicher Gesellschaften und den Grundlagen unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Weltanschauungen zurückzukehren. Von dort aus wagen sie einen neuen Anfang – destillieren gleichsam das Neue heraus – unter vorsichtig abwägender Aus-

wertung des wissenschaftlichen Kenntnisstandes über frühe Gesellschaften. Zugleich werden unterschiedliche, alte und neue weltanschauliche Positionen einer vergleichenden und wertenden Betrachtung unterzogen. Dabei werden sowohl die bürgerlichen als auch die an Marx und Engels anknüpfenden Gesellschaftslehren kräftig gegen den Strich gebürstet. Selbst Marx und Engels bleiben nicht verschont.

Gesellschaft und Politik

Bereits in der Einleitung wird ein weiter Bogen geschlagen. Eine ganze Reihe von Kernpunkten sind Gegenstand der kritischen Auseinandersetzung. Ihr kommt gerade angesichts des um sich greifenden Werteverfalls, sozialdarwinistischer und biologistischer Argumentationsmuster hohe Aktualität zu. Eingangs wird der Stoffwechsel, der Stoff- und Energieaustausch zwischen Mensch und Natur als Grundlage allen menschlichen Seins in das Zentrum der Betrachtung gerückt. Dies ermöglicht eine weite und sinnvolle Auslegung des Begriffs "Gesellschaft", der hier konsequent als "Mittel der Selbsterhaltung menschlicher Lebewesen in natürlichen Umwelten" auf den Punkt gebracht wird. Hier knüpfen die Autoren auch an Engels Vorwort aus 1884 zur Ersten Auflage eingangs genannter Arbeit an, in der es heißt: "Nach der materialistischen Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens". Mithin werden die Gewinnung des Lebensunterhalts (Subsistenz), die Sorge für die Nachkommenschaft (Familie) sowie die Erhaltung und Gestaltung des Lebensraumes (Politik) als Dimensionen gesellschaftlicher Reproduktion ausführlich behandelt. Dabei wird auf Fragen zur "Natur des Menschen" (der "Wolf in uns") eingegangen und inwieweit "Familie in der Natur des Menschen" begründet (Stichworte: Promiskuität, Patriarchat) ist.

Abschließend wird den Schwierigkeiten nachgegangen, Politik zu begreifen. Es wird herausgearbeitet, daß das "Politische weder von der Natur des Menschen her, noch vom Staat her, noch als Spiegelung gesellschaftlicher Gewalt begriffen wird, sondern in erster Linie als eine Sphäre der menschlichen Autonomie; genauer: des Bemühens um die Erhal-

tung und immerwährende Wiederherstellung allgemeiner Daseinsbedingungen der Menschen einer Gesellschaft in ihrer gemeinsamen Welt". Diese Sicht knüpft an Hegel und Max Weber an und greift Positionen von Hannah Arendt auf. Wesentlich ist den Autoren, daß das Politische aus seiner Staatsfixiertheit gelöst und wird wieder in den Schoß der Gesellschaft zurückkehrt. Erst dann kann das politische Handeln zur Angelegenheit aller Menschen werden. Das ist Vorbedingung, damit im Laufe der Entwicklung eines fernen Tages "an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen eine Assoziation" treten kann, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" (Marx).

Kritik traditioneller marxistischer Auffassungen

Bei der Bearbeitung dieser Themen werden immer wieder traditionelle marxistische Positionen kritisch ausgeleuchtet. So wird die Vorstellung der Entwicklung menschlicher Gesellschaften als gerichteter Gesamtentwicklung zurückgewiesen. Grundlage für diese Position bzw. Gegenstand der Kritik bilden u.a. die Beschränkung der Marxschen Konzeption auf den Begriff einer durch Produkte vermittelten menschlichen Subsistenz, die Abstraktion von bio/geogenen Lebensbedingungen sowie die Verengung des Blickwinkels auf den eurasischen Entwicklungspfad. Des weiteren erfährt die Ableitung des geschichtlichen Wandels von Familienformen bei Engels Kritik. So haben die verschiedenen Hypothesen zur Entstehung von Familie als Instrument gegen Promiskuität offenbar mit der geschichtlichen Wirklichkeit nicht viel zu tun. Eine ganze Reihe von begründeten Hinweisen werden hierfür gegeben. Gegenstand der Auseinandersetzung ist auch die traditionelle marxistische Staatsbestimmung (die das Politische nur in Bezug auf den Staat denkt) sowie die Kritik am verkürzten Begriff des Arbeitsprozesses ("der Prozeß erlischt im Produkt") bei Marx. Letzteres hat bei Marx und Engels wie bei bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern zu einer Fetischisierung der Instrumente der Produktion geführt. Den Autoren ist hier nachdrücklich zuzustimmen. Mit dem Produkt endet eben gerade nicht

Eingangs wird der Stoffwechsel, der Stoff- und Energieaustausch zwischen Mensch und Natur als Grundlage allen menschlichen Seins in das Zentrum der Betrachtung gerückt. "Gesellschaft" wird hier konsequent als "Mittel der Selbsterhaltung menschlicher Lebewesen in natürlichen Umwelten" auf den Punkt gebracht.

* Dr. Detlef Bimboes, Diplombiologe, Wiesbaden

der Prozeß, sondern er setzt sich nach dem Ableben des Produkts z.B. in Gestalt von Entsorgungsarbeiten fort.

Ausgehend vom Allgemeinen der Einleitung werden dann so konkret – wie es die vorliegenden Erkenntnisse erlauben – historische Beispiele früher Gesellschaften von den Anfängen bis zu den Reichen an Euphrat und Tigris vorgestellt und im Sinne der eingangs genannten Fragestellungen bearbeitet. Die Autoren wissen um den schwankenden Grund archäologischer Forschungen und die Schwierigkeiten der Interpretation darauf aufbauender Ergebnisse. Sie kleiden deshalb ihre Deutungen

und Schlußfolgerungen vorsichtig in Annahmen, Hypothesen und Vermutungen ein. Dabei wird bewußt und konzentriert immer wieder kritisch auf frühgesellschaftliche Forschungen in der ehemaligen DDR und deren Schlußfolgerungen eingegangen. Vieles läßt sich danach nicht mehr halten. Lange Zeit von dort verkündete Gewißheiten geraten aufgrund der Ausführungen ins Wanken.

Insgesamt ein wichtiges und anregendes Buch, dem eine weite Verbreitung und ein dafür noch "reißerischer" Titel zu wünschen ist. Es lädt zur differenzierten Auseinandersetzung ein. Gerade auch diejenigen

die mit den Autoren nicht einer Meinung sein werden. Wichtig übrigens, daß der Essay auch für alle, die sich erstmals mit dem Thema beschäftigen wollen, durchaus verständlich geschrieben worden ist.

Das hier vorgestellte Buch ist als Teil eines seit 1990 betriebenen Programms zu Studien von Subsistenz, Familie und Politik entstanden. Vorerarbeiten dazu sind bereits in der Zeitschrift "Z" Nr. 22 (1995) anlässlich des 100. Todestages von F. Engels erschienen. Die folgenden Bände werden sich mit neueren Entwicklungen der gesellschaftlichen Ungleichheit in den genannten Bereichen beschäftigen. spw

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

- spw hat in diesem Jahr doppelten Grund zum Feiern: Zunächst mal ist dies *Heft 100* unserer Zeitschrift, was wir mit einem entsprechenden Schwerpunkt und der Erinnerung an die Zeitschrift „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ in der Weimarer Republik und ihren Herausgeber Paul Levi würdigen. Im Oktober dieses Jahres können wir dann das *20-jährige Bestehen der spw* feiern, deren erste Ausgabe im Oktober 1978 in Berlin erschien. Aus diesem Anlaß werden wir uns auch ausführlicher mit der eigenen Geschichte beschäftigen und über die zukünftige Aufgabenstellung und Positionierung der spw diskutieren. Der Ort dafür wird – neben der Zeitschrift – die *spw-Jahrestagung vom 31.10. bis 1.11.1998* sein, die diesmal in Berlin stattfinden wird. Höhepunkt wird am Samstag abend eine Feier im Atrium des Willi-Brandt-Hauses sein, zu der wir alle alten und neuen Freundinnen und Freunde der spw ganz herzlich einladen. Merkt Euch den Termin schon mal vor!

- Die *Frühjahrstagung der spw* findet wieder in Springe bei Hannover statt, und zwar am 24.-26. April. Das Thema lautet „Auf dem Weg zur neuen Mitte? – Sozialdemokratie

und kapitalistische Strukturkrise“. Wer Interesse an weiteren Informationen hat, um möglicherweise teilzunehmen, kann diese beim spw-Verlag anfordern.

- Einer unserer Herausgeber, der stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD, *Diether Dehm*, ist von Parteiordnungsmaßnahmen betroffen. Diether Dehm ist Mitinitiator eines „Forum für Sozialistische Verständigung“, das Anfang März mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit getreten ist, in der für „Verständigung und Solidarität unter Sozialistinnen und Sozialisten“ plädiert und gefordert wird, „daß die Verdrängung der PDS nicht zum Wahlziel der SPD wird“. Der Bundesgeschäftsführer der SPD forderte daraufhin von den sozialdemokratischen UnterstützerInnen der Erklärung mit der Begründung, „die Unterstützung einer anderen Partei, insbesondere der Einsatz für deren Verbleib im Bundestag neben der SPD und zwangsläufig auch zu Lasten der SPD ist mit der Mitgliedschaft in der SPD nicht vereinbar“, ihre Unterstützung zurückzuziehen – eine gewagte Interpretation des Statuts, denn ginge es z.B. um die Grünen statt um die PDS, hätte wohl kein Hahn danach gekräht. Diether Dehm und etliche an-

dere blieben bei ihrer Unterstützung der Erklärung, woraufhin der Parteivorstand die Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens und als Sofortmaßnahme das Ruhen aller Mitgliedsrechte für drei Monate beschloß. Wir werden über den weiteren Fortgang berichten.

- Am 20. und 21. März fand die gemeinsame Veranstaltung der Zeitschriften *spw* und *Sozialismus* zu „150 Jahre Manifest“ in Frankfurt statt. Mehr als 150 TeilnehmerInnen diskutierten über Entwicklungstendenzen des modernen Kapitalismus, die teils im Manifest bereits beschrieben, teils auch anders als erwartet verlaufen sind. Was diese Tagung von den Besprechungen in „bürgerlichen“ Medien anlässlich des 150-jährigen Jubiläums der Veröffentlichung des Kommunistischen Manifests unterschied, war aber, daß für uns die dort formulierten gesellschaftspolitischen Zielstellungen keineswegs erledigt, sondern eine noch ungelöste Aufgabe sind – wie auch der Schwerpunkt dieser spw-Ausgabe belegt. Eine publizistische Auswertung wird wahrscheinlich später im Jahr zusammen mit weiteren Beiträgen im VSA-Verlag erscheinen. Unser Herausgeber *Peter von Oertzen* konnte seinen angekündigten Beitrag auf der Tagung nicht halten, weil er kürzlich einen – zum Glück relativ leichten – Schlaganfall erlitten hat. Es geht ihm mittlerweile wieder recht gut, vor allem ist er geistig fit, und wir wünschen ihm, daß er die Folgen bald völlig überwunden hat.

Die spw-Redaktion

Künstliche Aufregung

von Burkhard Winsemann*



Knapp drei Wochen vor der Landtagswahl in Niedersachsen passierte es dann doch: Der Burgfriede zwischen Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder schien gebrochen. Die Berliner Zeitung und die Süddeutsche Zeitung (und später alle erdenklichen anderen Medien) berichteten über ein Strategiepapier einiger linker SPD-Abgeordneter und befanden, es sei eindeutig gegen Gerhard Schröder gerichtet.

Einziges Indiz dafür war die Feststellung, daß es „angesichts des weltanschaulichen Querschnitts der Bevölkerung folgerichtig (ist)“, daß „bei der Frage nach dem bevorzugten Kandidaten ein hoher Anteil für einen konservativeren Sozialdemokraten votiert“. Dies sei „aber noch lange keine Unterstützung, geschweige denn Stimme für die SPD“. Eine eigentlich triviale Erkenntnis, für die niemand sieben Seiten zu schreiben braucht. Tatsächlich ging es auch nicht um den Kandidaten, sondern um die Notwendigkeit einer inhaltlichen „Megabotschaft“ für den Bundestagswahlkampf, mit welchem Kopf sie dann auch immer verbunden werde.

In dem Strategiepapier wird argumentiert, Union und Bündnis '90/Grüne stünden nur für je eine Hälfte der Moderne – die Union für die technisch-ökonomische, die Grünen für die kulturelle. Die SPD müsse sich dagegen als die Partei profilieren, die die „Einheit der Moderne“ vertritt und wirtschaftliche, soziale und ökologische Interessen zusammenführt. Dies müsse in einer „Megabotschaft“ gebündelt werden, die Orientierung gebe, programmatische Identität und politische Glaubwürdigkeit vermittele und damit einen entpolitisierten Per-

sonenwahlkampf vermeide. Gegen eine starke konservative Öffentlichkeit¹ brauche die SPD mehr als hohe Sympathiewerte für ihren Spitzenkandidaten. Vorgeschlagen wird, „Nachhaltigkeit als soziales Bündnis mit der Zukunft (zu) definieren“ und so als programmatische Leitidee für die SPD zu reklamieren.

Daß das – nicht zur Veröffentlichung bestimmte – Papier solchen Wirbel verursacht hat, ist rational kaum zu erklären. Über Johannes Rau wird in der Süddeutschen Zeitung vom 27.2.98 berichtet, er begreife nicht, daß in der Partei nicht mehr über Inhalte gesprochen werden könne, ohne unmittelbar auf Personen zu kommen. In der Tat: Die Gelegenheit, dies als Beitrag zur Personaldebatte aufzufassen und sich darüber künstlich aufzuregen, ließen einige sich nicht entgehen. Mit Schimpf und Schande wurde die „Siebenerbande“ deshalb überzogen, allzuoft von Leuten, die nur die in der Presse zitierten Passagen des Textes kannten. In der Fraktion wurden inszenierte Unmutsbekundungen losgelassen, jegliche Gegenrede oder sonstige Möglichkeit zur Klarstellung dagegen systematisch unterbunden.

Hätte die Partei stattdessen mit Leidenschaft über das inhaltliche Anliegen gestritten, wäre sie endlich einmal wieder als interessanter Ort der politischen Willensbildung wahrgenommen worden. Daß sie diese Chance nicht genutzt hat, ist doppelt bedauerlich. Einerseits hätte die Forderung nach einer Megabotschaft eine über die Antwort „Gerhard Schröder“ hinausgehende Debatte verdient, ebenso die Frage, ob „Nachhaltigkeit“ und „Zukunftsfähigkeit“ tatsächlich die Begriffe sind, die die

Megabotschaft der Sozialdemokratie ausmachen. Evident ist dies nicht, und ohnehin muß eine solche, eher abstrakte Botschaft durch eine Debatte mit Leben gefüllt werden. Andererseits haben diejenigen, die die Indiskretion von unbekannter Stelle genutzt haben, um rückwärts in die Personaldebatte einzusteigen, die Partei erneut den Medien unterworfen, aus deren Umklammerung sie sich gerade erst ein wenig befreit hatte.

Wichtiger war großen Teilen der Partei aber, vorsorglich eine Art Dolchstoßlegende für den Fall zu konstruieren, daß das niedersächsische Wahlergebnis hinter den hochgesteckten Erwartungen zurückgeblieben wäre. Vor dem Hintergrund einer solchen Drohung muß man es fast schon als erfreulich werten, daß die Kandidatenfrage in einem völlig unwürdigen Schauspiel, nämlich ohne jegliche innerparteiliche Debatte geklärt wurde. Zugleich ist jedoch die Partei erneut degradiert worden. Vielleicht ist die SPD so dem Ziel näher gekommen, die nächste Bundesregierung zu stellen. Ob sie sie vor dem Hintergrund solcher Selbstentwertungsstrategien auch führen wird in dem Sinne, daß sie einen Politikwechsel gegen absehbare Widerstände durchsetzt, steht auf einem anderen Blatt.

spw

¹ Der Einstieg der Wirtschaftsverbände in den Wahlkampf der Koalition wird an dieser Stelle zutreffend prognostiziert.

Diejenigen, die die Indiskretion von unbekannter Stelle genutzt haben, um rückwärts in die Personaldebatte einzusteigen, haben die Partei erneut den Medien unterworfen, aus deren Umklammerung sie sich gerade erst ein wenig befreit hatte.

* Burkhard Winsemann ist wiss. Mitarbeiter von Detlev von Larcher MdB.

Der Schwerpunkt dieses *spw*-Heftes verbindet Beiträge zur Diskussion um die Neubestimmung einer sozialistischen, über den national und im Weltmaßstab mehr denn je dominierenden Kapitalismus hinausweisenden, Perspektive linker Politik mit Texten zur Tradition unserer Zeitschrift. Das hat natürlich den Anlaß, daß es sich um Ausgabe Nr. 100 der *spw* – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft – handelt.

Im Editorial des ersten Heftes der *spw*, das im Oktober 1978 erschien, wurde ausdrücklich auf die gleichnamige Zeitschrift „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ Bezug genommen, die Paul Levi in den Jahren 1923 bis 1928 herausgab, bis sie mit der Zeitschrift „Klassenkampf“ fusioniert wurde. Diese historische SPW hatte nur wenige Seiten, meist 6 oder 8, dafür erschien sie jede Woche, zu Beginn sogar zweimal pro Woche. Michael Krätke würdigt in seinem Aufsatz ausführlich das Leben und Wirken Paul Levis, der als Politiker, Publizist, Theoretiker und Anwalt ein führender Kopfes der sozialdemokratischen und sozialistischen Linken in der Weimarer Republik war. In einer kaum überschaubaren Menge von Leitartikeln in *spw* und anderen Texten sowie Reden brachte er seine entschieden sozialistische und marxistische Auffassung zu Gehör. Als Beispiel drucken wir als Faksimile seinen Leitartikel in der SPW Nr. 48, 2. Dezember 1927, in dem Levi anläßlich des bevorstehenden 80. Jahrestags die Bedeutung des von Marx und Engels verfaßten Manifests der Kommunistischen Partei von 1848 würdigt. Der Text zeigt auch, wie sehr sich seitdem Inhalt und Stil der Auseinandersetzung von SozialistInnen mit diesem Dokument verändert haben.

Der Heftschwerpunkt ist aber auch und vor allem in der Sache begründet: Während die sozialistische und in hohem Maße marxistisch begründete Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und bürgerlichen Gesellschaft durch die unübersehbaren Krisenerscheinungen der Gegenwart wieder zunehmende Beachtung findet, wird der Kapitalismus auf der anderen Seite doch weitgehend für alternativlos gehalten. Es bleibt dann nur der Versuch, im Rahmen der gegebenen Verhältnisse für sich selbst und die seinen bzw. ihren – im engeren und weiteren Sinne – das Bestmögliche herauszuholen und die größten Katastrophen zu vermeiden oder in Grenzen zu halten. Wir halten dagegen an der noch im Berliner Grundsatzzprogramm der SPD von 1989 formulierten Erkenntnis fest, „daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.“¹ Nötig nicht nur, um endlich sozialer Freiheit und Gleichheit zum Durchbruch zu verhelfen, sondern auch, weil das Kapital seine Krisen nur – partiell und vorübergehend – überwindet, indem es zugleich „allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert“, wie Marx und Engels im Manifest (mit Blick auf die Wirtschaftskrisen) schreiben.

Die Frage ist allerdings, wie eine gesellschaftspolitische Alternative aussehen und wie sie durchsetzbar sein könnte. Die sozialistischen und radikalreformerischen Kräfte, die in *spw* und im Rahmen des „Crossover“-Prozesses über Reformalternativen und Politikwechsel diskutieren, gehen – im Unterschied zu Kräften der „radikalen Linken“ – davon aus, daß eine bloße Kritik und abstrakte Negation der bestehenden Verhältnisse es nicht bringt. Stattdessen muß gezeigt werden, wie ausgehend von den im modernen Kapitalismus entwickelten und sich entwickelnden gesellschaftlichen Strukturen und Kräften ein sozial-ökologischer und international solidarischer Umbau der ökonomischen und sozialen Bedingungen eingeleitet und vorangetrieben werden kann, der die Dominanz kapitalistischer Interessen zurückdrängt und perspektivisch überwindet. Darum ist eine über den jeweils nächsten Wahltermin hinausweisende

Sozialistische Politik und Wirtschaft

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Ralf Krämer*

Diskussion über konzeptionelle und strategische Grundorientierungen sozialistischer Politik und Wirtschaft unumgänglich, um eine links-sozialistische Position zu fundieren und überzeugend begründen zu können.

Uwe Kremers Beitrag geht Elementen bzw. Potentialen „assoziierter Produktionsweise“ nach, die sich noch im Rahmen des modernen Kapitalismus herausbilden und Ausgangspunkte sozialistischer Gestaltung sein können. Die Chance für die Linke bestünde darin, die „Neoindustrialisierung mit dem Projekt des ökologischen und sozialen Umbaus systematisch zu verbinden“. Dafür entscheidend sei eine Ausweitung neuer Formen wirtschaftsdemokratischer Einflüsse und insbesondere demokratische Kontrolle des Finanzwesens und gesellschaftlicher Investitionsfonds. Anknüpfend an diesen Aufsatz sollte m.E. die Diskussion weitergeführt werden, ob und unter welchen Bedingungen die beschriebenen Entwicklungen tatsächlich „sozialistische Elemente und Potentiale“ darstellen und in welcher Weise sozialistische Politik daran ansetzen sollte.

Auch Wolfgang Gehrcke stellt demokratische Eingriffe in die Verfügungsgewalt und einen Umbau des gesellschaftlichen Systems der Arbeit in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Im Unterschied zu Uwe Kremer betrachtet er aber die Frage der Verteilung – von ökonomischen Ressourcen, von Arbeit, von Lebenschancen – als das zentrale Problem. Damit werde auch über die Richtung der Produktivkraftentwicklung entschieden. Strategisch setzt er auf eine Stärkung demokratischer Politik gegenüber Kapitalinteressen und den Versuch, durch einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ die Spielräume für sozialistische Gestaltung zu erweitern.

Frigga Haug betont, daß eine sozialistische Perspektive über die soziale Frage im entwickelten Kapitalismus hinaus auch Antworten auf die internationalen Spaltungen, die ökologische Frage und die Unterdrückung der Frauen geben müsse. Der Globalisierung des Kapitals und der weltweiten neoliberalen Gegenreform müsse eine globale Vernetzung des Widerstands der Unterdrückten aller Länder entgegengesetzt werden. Die neuen Kommunikationsmedien schaffen dazu die objektiven Möglichkeiten.

„Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren“, um noch einmal das Manifest zu zitieren. Wenn es eine Perspektive des Sozialismus im 21. Jahrhundert geben soll, müssen SozialistInnen Antworten auf die neuen Bedingungen und Fragen entwickeln und geben, die sich daraus ergeben. Wir werden die Debatte in folgenden Heften der *spw* fortsetzen.

spw

¹ Vgl. zur Standortbestimmung der *spw* das Editorial der HerausgeberInnen in Heft 75, 1/94, S. 4ff.

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler, *spw*-Redaktion

Sozialistische Politik und Wirtschaft

Einzelpreis 20 Pfg.

Herausgeber: Dr. Paul Levi, Berlin

Monatlicher Mindestbezugspreis für Einzelbezieher RM. 1.—, unter Kreuzband und nach Österreich RM. 1.25, für das Ausland RM. 2.—, für Redaktionen RM. 5.—
Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Fernspr.: Moabit 6818. Postfachkonto: Internationale Verlagsgesellschaft G. m. b. H. Berlin NW 87, Nr. 99512

Nummer 48

2. Dezember 1927

Jahrgang 5

Achtzig Jahre

Zum Geburtstag des Kommunistischen Manifestes.

Von Paul Levi.

Der Vorgang des genialen Schaffens ist in der Literatur vielfach dargestellt worden; Niemand hat eine plastische Darstellung davon gegeben. Niemand aber hat wohl so sinnfällig, klar und vollkommen es geschildert, wie der geniale Gedanke geboren wird, als die alten Griechen in ihrer Sage, daß Pallas Athene, die göttliche Weisheit, dem Haupte des Vaters Zeus entsprungen sei in voller Rüstung, als nicht mehr wachsendes Wesen, sondern als seiendes. Marx hat in seinem Lebenswerk Unendliches und Unvergängliches geleistet, hat das wissenschaftliche Rüstzeug gegeben für die größte soziale Bewegung, die die Weltgeschichte kennt, hat die Arbeiterchaft der Länder der Welt gelehrt, eine Sprache zu sprechen und doch hat keines seiner Werke das erreicht, was das Kommunistische Manifest gab und brachte. Denn alles, was danach, auch von Marx und Engels, geschrieben wurde, war nur detaillierte Ausführung dessen, was das Kommunistische Manifest in großen Umrissen enthielt: das Kommunistische Manifest aber stieg aus dem Dunkel menschlichen Denkens hervor wie die Feueräule bei Nacht.

Marx war kein Erfinder, er war Entdecker: das hat er selbst betont. „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“: dieser Kardinalsatz, den Marx dem Kommunistischen Manifest voranschickte, wollte ja nichts anderes, als ein wirkendes Gesetz im menschlichen Geschehen aufdecken und auf eine Formel bringen. Heute, da das Gesetz so formuliert ist, ist es ein leichtes, sein Wirken nachzuweisen; welsch seltsamen Reiz bietet es aber heute, die Geschichtsschreibung der vergangenen Jahrhunderte und Jahrtausende zu überlesen unter dem Gesichtspunkt des nicht entdeckten Gesetzes. Seit Aristoteles und Thukydides gibt es keinen großen Staatslehrer oder Geschichtsschreiber, der sein Wirken nicht gefühlt, ja selbst gesehen hätte: heute, da wir das Gesetz in seiner Formulierung haben, erhellen sich die Dunkelheiten, die selbst jene Großen lassen mußten, weil sie eben das Wirken nur sahen, nicht das Gesetz.

Marx hat die Geschichtsschreibung rationalisiert. Was war sie in Jahrtausenden! Ein Gewirr von Zufälligkeiten und Fatalitäten. Da wuchsen der spanische Erbfolgestreit und die Nachfolge in Cleve, Marx und Ravensberg auf zu geschichtlicher Bedeutung. Was im Welt eines Fürsten geschah, war von größerer Bedeutung als die Entdeckung Amerikas, die Schlacht bei Pavia ist da heute noch von bestimmender Bedeutung als die Erfindung des Schießpulvers. Der Kampf der Klassen als der große, hinter den Geschehnissen stehende gesetzmäßige Vorgang erst hat der Geschichtsschreibung Logik,

Sinn und Verstand gegeben und hat aus dem Tausendfältigen der menschlichen Geschichte ein Einziges gemacht von vollendeter Harmonie, zu schauen,

Wie alles sich zum Ganzen webt,
eins in dem andern wirkt und lebt!
Wie Himmelskräfte auf und nieder steigen
und sich die goldnen Eimer reichen!

Marx' Wirklichkeitsförmigkeit verbot ihm, die Erkenntnis auf das gefrorene Geschehen, auf die Geschichte, anzuwenden. Er ist nicht zum Geschichtsprofessor geworden und hat begonnen, aus jener Erkenntnis praktische Folgerungen für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen. War ihm wie für die Vergangenheit, so für die Gegenwart der Kampf der Klassen das wirkliche Geschehen und galt ihm nicht die Verbrämung als das Wesen, so war der weitere Schritt, Wesen und Sein der Gesellschaft zu entdecken, in der er lebte. In großen Zügen wiederum, aber auch hierin bis heute unangefochten, hat er das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft dargelegt: ihre revolutionierende Kraft gegenüber vergangenen Gesellschaftssystemen und deren Ueberresten, ihre starke Entwicklungsfähigkeit in ihrem Sein, die Entwicklung und Funktion ihrer Produktionskräfte. Aber Marx wäre kein Revolutionär, sondern allenfalls ein tüchtiger Nationalökonom gewesen, wäre er dabei stehen geblieben, was die bürgerliche Gesellschaft beherrscht. „Für ihn ist noch vor allem wichtig das Gesetz ihrer Veränderung, ihrer Entwicklung, das heißt der Uebergang aus einer Form in die andere, aus einer Ordnung des Zusammenhangs in eine andere“, schrieb ein tiefblickender Kritiker im Jahre 1872.

Für diesen strengen Logiker war die Dialektik die Denkform, in der er das Geschehene erfaßt. Aus einer philosophischen Mode ward sie in seinem Gehirn ein Schwert, „weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Unterganges einschließt, jede gewordene Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite auffaßt...“ Für ihn war kein System, auch nicht die bürgerliche Gesellschaft, eine Zufälligkeit im Entstehen und auch nicht im Vergehen, das Gesetzmäßige steht über allem und vielleicht hat kein Denker, bestimmt kein geschichtsphilosophischer, so die tiefe Weisheit des Satzes empfunden: natura non facit saltus — die Natur macht keine Sprünge.

Aus dieser ganz eigentlich marxistischen Weisheit sind nun freilich einige Irrtümer entstanden. Der berühmte Streit

um das „R“: die einen meinten die Revolution, die anderen die Evolution erfülle so recht das von Marx entdeckte Gesetz und um dieses R haben sich in Jahrzehnten die feindlichen Brüder in oft tragischer Weise gestritten. Und doch hatte alles in Marx seinen Sinn und seine Logik; alles Seiende hat seinen Sinn, wie alles Gewesene zu seiner Zeit den seinen hatte. Hätte Marx dem, was hundertfach in der Geschichte war, der Revolution im eigentlichen Sinn, der „mit wild wehendem Lockenhaar und ehernen Sandalen an den Füßen“ den Sinn abgesprochen, so wäre seine ganze Philosophie so eine wässrige Kraftbrühe geworden, wie die jener, die das geschichtliche Geschehen auf den Beischlaf im fürstlichen Ehebett oder auf den Adlerblick herab vom Feldherrnhügel zurückführen. In Wirklichkeit sind beide eins: die Gesetzmäßigkeit ist das Wesen, die Revolution aber ist die Form, in der das Gesetz sich Geltung verschafft. Die Gesetze der Elektrizität — bekannt oder unbekannt — walken in unverbrüchlicher Gesetzmäßigkeit über der Erde, aber Blitz und Donner sind die Form, in der sie sich äußern, mit ihrem Schaden und mit ihrer Erquickung.

Marx hat die Lehre bereits im Kommunistischen Manifest auf das Geschehen übertragen. Die bürgerliche Gesellschaft entwickelt die menschlichen Produktivkräfte ins Ungemeinere, „hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphie, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze, aus dem Boden hervorgehampfte Bevölkerungen“ wie hat der Mann, der das vor 80 Jahren schrieb, nüchterne Erkenntnis mit prophetischer Vision verbunden. Und dialektisch sah er die Gegenkräfte. „Die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschaffen, die ihr den Tod bringen, sie hat auch die Männer geschaffen, die diese Waffen führen werden — die modernen Arbeiter, die Proletarier.“ „Mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat, es wird in größeren Massen zusammengedrängt, es fühlt sich mehr.“ In diesen Leitmotiven ist die Lehre des Kommunistischen Manifestes, der Marxismus zusammengefaßt.

Hat hier Marx die prophetische Vision verlassen, ward hier er zum Phantasten? Die Frage ist so oft in diesen Jahren und Jahrzehnten angeschnitten worden über so vielen Rückfällen, die die Arbeiter, so vielen Rückschlägen, die die Bewegung erlitten. Marx hat auch diese gesehen, in ihrer Bedeutung und Notwendigkeit erkannt. Und wenn manche Gegner triumphieren, so möchten wir die eine Gegenfrage stellen: wo in der Geschichte ist es gewesen, daß ein armer, darbender Gelehrter, irgendwo in einer Dachkammer, ein armseliges Broschürchen schrieb, das heute nach achtzig Jahren, eine Welt mit reinen Gedanken erfüllt hat so sehr, daß auf dem Erdball jaht kein Proletarier mehr ist, der seine Grundgedanken nicht kennt? Wo war es, daß ein armseliger Skribent einen Schlachtruß entsandte, der nach achtzig Jahren nicht noch, sondern immer wieder die Herrschenden in Schrecken setzt? Seit achtzig Jahren ist dieses Buch geschrieben: seit neunundsiebzig stehen alle Revolutionen in seinem Zeichen. Ist das Literatur oder ist das Tat? Große Entdecker und Erfinder, gewiß, hat die Welt gesehen, Weltteile und Naturkräfte wurden entdeckt und damit der bestehende Kulturkreis geändert: Karl Marx aber hat das Gesetz des menschlichen Geschehens entdeckt und damit den Menschen vom Wesen zum Herren seines Geschicks erhoben. Das ist es, was die Bedeutung jenes Büchleins von vor achtzig Jahren ausmacht und das ihm in der Geschichte des menschlichen Geistes eine Stelle gibt, die so wenig weggedacht werden kann, wie es möglich ist, die Pole von der Erde wegzudenken.

Sendet

**freiwillige
Beiträge
zum weiteren
Ausbau der SPW**

Vollbeschäftigung neu bestimmen

- Wege aus der Jobkrise -

Tagung des Europäischen Aufrufs
für Vollbeschäftigung

Berlin, 9. und 10. Mai 1998, Tagungs-
zentrum Haus am Köllnischen Park

Samstag, 9. Mai 1998:

12 – 13 Uhr: Eröffnung

13.30 – 15 Uhr: Impulsreferate:

- Ein neues Leitbild der Vollbeschäftigung (Dr. Werner Krämer, Sozialethiker, PD Universität Dortmund)
- Beschäftigungspolitik in europ. Perspektive – Aufgaben und Instrumente (Ken Coates MdEP, Brüssel)
- Arbeitszeitverkürzung und doppelte Umverteilung (Dr. Ingrid Kurz-Scherf, Universität Marburg)

15.30 – 19.00: Foren

Forum 1: Der Euro kommt – gehen die Arbeitsplätze?

Forum 2: Weniger arbeiten, gerecht teilen, besser leben

Forum 3: Nachhaltigkeit schafft neue Arbeit

Forum 4: Solidarität statt Ausgrenzung

19.30 – 21.00 Uhr: Diskussion: *Wir können auch anders!* – *Unsere Wege aus der Jobkrise* – mit VertreterInnen aus Kirchen, Gewerkschaften, Erwerbslosenverbänden, Wissenschaft und Parteien

Sonntag, 10. Mai 1998

10 – 12 Uhr: Beratung über Berliner Thesen zu den Anforderungen an eine deutsche Beschäftigungspolitik mit europäischer Dimension; mit Frieder O. Wolf MdEP, Berlin

Ausführliches Tagungsprogramm und Anmeldung bei: Frank Schmidt, Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Sonnenstr. 10; 40227 Düsseldorf, Tel.: 0211-77 03 210, Fax: 0211-77 03 210

Moderner Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie

von Uwe Kremer*

Es ist noch gar nicht so lange her, daß ich in der spw einen Artikel unter dem Titel „Sozialismus als offenes historisches Projekt“ plazieren durfte. Hierin wurde der Sozialismus als ein Vorhaben definiert, „in dessen Mittelpunkt die *Gemeinschaftlichkeit* als moralisches und regulatives Prinzip des menschlichen Zusammenlebens steht und das – wiewohl in begrenzten bzw. bornierten Formen vormoderner Epochen wurzelnd – sich im Kontext der modernen Zivilisation, also der Industrie und des Weltmarktes, der Arbeiterklasse, der Intelligenz und der Volksmassen entfaltet. Dieses Projekt umfaßt

Als sozialistische Elemente (oder Potentiale) bezeichne ich zunächst Elemente gemeinschaftlicher Regelung, die sich innerhalb anderer Logiken bzw. Formbestimmungen herausbilden und diesen (noch) unterliegen.

m.E. – man kann auch andere Klassifizierungen wählen – drei zentrale Aspekte:

- den *Sozialismus als real existierende gesellschaftliche Struktur* (als System, Produktionsweise, Gesellschaftsformation o.ä.),
- den *Sozialismus als moralisch-kulturelles Ensemble* (als Wertehorizont, Lebenseinstellung, Kommunikationsform o.ä.),
- den *Sozialismus als kollektive Betätigungs- bzw. Kampf-form* (als soziale Bewegung; spontane Vereinigung wie auch Organisation).“

Im nachfolgenden Text möchte ich mich nun der Frage der ökonomischen Elemente eines modernen Sozialismus widmen, wobei ich ganz überwiegend auf einen noch älteren Artikel (nämlich aus der spw-Ausgabe vom Januar 1990) zurückgreife, der mit der Überschrift „Demokratische Wirtschaftsreform und moderner Kapitalismus“ überschrieben war. Er enthielt wiederum zentrale Elemente, die aus den „53 Thesen des Projektes Moderner Sozialismus“ der Jusos stammten. Im übrigen deckte er sich in vielerlei Hinsicht mit der Grundphilosophie des Berliner Grundsatprogrammes der SPD („Politik ausgewählter Wachstumsfelder“ und Wirtschaftsdemokratie).

Sozialistische Elemente und Potentiale

Die Entwicklung des sozialistischen Projektes kann auch in Zukunft nicht von der Frage losgelöst werden, was der Sozialismus als ökonomischer Mechanismus darstellen könnte. Für die Bewertung der Vergangenheit wie auch der Zukunft wiederhole ich einen schon mehrfach unterbreiteten Vorschlag: Bevor wir uns auf

die Ebene formationstheoretischer Gesamtdefinitionen begeben, sollten wir zunächst von Elementen des Sozialismus sprechen und sie in der Entwicklung des Kapitalismus (wie auch der sowjetischen Formation) zu identifizieren versuchen. Diesem Vorschlag unterliegt die Auffassung, die bisherige Geschichte des Sozialismus als eine Geschichte der Herausbildung derartiger sozialistischer Elemente zu verstehen – in gewisser Weise vergleichbar mit der Vorgeschichte der bürgerlich-modernen Produktionsweise, deren Elemente sich schon im Rahmen von vorkapitalistischen Formationen bzw. in Verbindung mit vorhergehenden Produktionsweisen entwickelten – bis die historische Zeit in einigen Regionen der Erde reif für die Durchsetzung des Kapitalismus war. Redet man über den Sozialismus als Systemalternative, als Produktionsweise oder gar als Gesellschaftsformation, so gehe ich mithin von Marx' bekannter Feststellung aus, daß eine Gesellschaftsformation nicht untergehe, bevor sie in ihrem Schoß sämtliche Elemente der neuen hervorgebracht habe.

Als *sozialistische Elemente* bezeichne ich zunächst Elemente gemeinschaftlicher Regelung, die sich innerhalb anderer Logiken bzw. Formbestimmungen herausbilden und diesen (noch) unterliegen (man müßte vielleicht besser von „sozialistischen Potentialen“ sprechen). Die Schriften von Marx sind voll mit Hinweisen auf derartige Elemente (bzw. Potentiale) – erinnert sei hier an seine Bemerkungen zur Verkürzung des Arbeitstages als Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die des Kapitals, seine Ausführungen zur Verwissenschaftlichung der Produktion und ihrer Konsequenzen für das Wertgesetz und die Rolle des Arbeiters, seine Hinweise auf die Veränderung bzw. Herausbildung neuer Eigentumsformen von den Aktiengesellschaften bis hin zu den Kooperativfabriken.

Vor diesem Hintergrund kann man ungezwungener an die Frage herangehen, wie es mit der Realität des Sozialismus in der sowjetischen Formation des Ostens, aber auch hinsichtlich des Sozialstaates im Westen aussah. Denn die Geschichte des Sozialismus des 20. Jahrhunderts war sowohl auf sozialdemokratischer wie auch kommunistischer Seite mit der Herausbildung bzw. Freisetzung derartiger Elemente verknüpft – und zwar im wesentlichen in zweierlei Weise:

- als Herausbildung des Sozialstaates und eines dadurch geprägten Sektors der Verteilung von Reichtum und der Erbringung von Dienstleistungen sowie der gewerkschaftlichen Mitbestimmung und genossenschaftlichen Kooperation, der zwar funktional auf die in der Produktion dominierende kapitalistische Akkumulationslogik (in seiner monopolkapitalistischen und fordistischen Ausprägung) bezogen war, selbst aber eine andere Logik beinhaltete (Schweden kann hier als Inbegriff des „realen Sozialismus“ sozialdemokratischer Prägung im Kapitalismus der Metropolen angesehen werden);
- als Herausbildung gemeinschaftlicher Strukturen im Zuge nachholender Industrialisierungsprozesse an der Peripherie des Weltmarktes, die v.a. auf den Gebieten der sozialen Sicherung, des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Arbeitskollektive, der Volkskultur u.a.m. eine eigenständige Ausprägung annahm, dabei nach innen sowohl mit vormodernen Formen und Elementen (von der Dorfgemeinschaft bis zum Despotismus) wie auch mit einem extremen Etatismus [Orientierung auf staatliche Regelung, die Red.], nach außen mit einem kapitalistisch dominierten Weltmarkt koexistierten.

* Dr. Uwe Kremer, Dortmund, spw-Herausgeber

Foto: Fachhochschule für Design (Köln)



„Assoziierte Produktionsweise“ und gesellschaftliche Selbstverwaltung

Beiden Versionen des „Realsozialismus“ gemeinsam ist die starke Rolle des Staates bei der Entfaltung dieser Elemente gegenüber der Logik kapitalistischer Akkumulation und bürgerlicher Bereicherung. Entscheidend ist hierbei, daß der Sozialismus als Struktur gesellschaftlicher Selbstverwaltung und „assozierte Produktionsweise“ (Marx) sich bislang weder in sozialdemokratischer noch in kommunistischer Regie entfalten konnte. Der Ansatz gesellschaftlicher Selbstverwaltung bzw. eine moderne Sozialismus-Konzeption ist jenseits der ideologischen Markt-Staat-Debatte anzusiedeln. Hierbei kann man schon von den Strukturen des modernen Kapitalismus ausgehen, der sich durch ein entwickeltes gesellschaftliches Geflecht von Instanzen, Verbänden und Körperschaften auszeichnet, die „zwischen“ Markt und Staat angesiedelt sind. Und hierzu sind auch die großen Konzerne zu zählen, die mit ihren Bürokratien und Strategien real als gesellschaftliche Einrichtungen agieren und dabei ebenso real Investitionslenkung und Planwirtschaft betreiben. In diesem Geflecht werden die wesentlichen Zukunftsentscheidungen gefällt, Marktdaten und staatliche Vorgaben gesetzt und verarbeitet. Und auf diesen gesellschaftlichen Raum, in dem öffentliche Rahmenseetzungen, Konzernstrategien, Konsensbildungen und Interessenkonflikte wirksam werden, konzentriert sich auch eine moderne sozialistische Wirtschaftspolitik.

Der strategische Versuch besteht also zunächst darin, gesellschaftliche Interessen in den ökonomischen Mechanismus des modernen Kapitalismus einzubauen - und zwar nicht im Sinne einer zentralen staatlichen Planung, sondern in Form einer *demokratischen Selbstverwaltung der Wirtschaft, in der die Pluralität gesellschaftlicher Interessen (von Belegschaften, Kommunen, Gewerkschaften, Um-*

welt- und Verbrauchergruppen) in den ökonomischen Wettbewerb um ökologische und soziale Problemlösungen eingeht. Diese Pluralität, die schon in den unterschiedlichen Formen der Wirtschaftsdemokratie angelegt ist, kann zusammen mit einer öffentlichen Rahmenplanung und den Kräften des Marktes als neuer Faktor der ökonomischen Stimulierung angesehen werden. Es handelt sich hierbei um eine „Politisierung der Ökonomie“, um eine bewußte Vergesellschaftung, insoweit auch um den Ausbau sozialistischer Elemente, während der kapitalistische Charakter der Ökonomie zurückgedrängt wird.

Diese „Politisierung der Ökonomie“ muß in Beziehung zu den sozial-ökonomischen Umbrüchen unserer Zeit gesetzt werden, wobei der Hinweis auf Massenarbeitslosigkeit, Armut und soziale Ungleichheit zentrale, aber nicht hinreichende Elemente sind. Der moderne Sozialismus muß auch eine Vorstellung beinhalten, die auf die Veränderungen in den Akkumulationsmustern, in den Betriebsweisen und in den Bedarfsstrukturen selbst und auf die hier vorhandenen progressiven Potentiale wie auch Entwicklungsblockaden Bezug nimmt.

Akkumulation und demokratische Modernisierung

Wenn es richtig ist, daß die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die dadurch erzielte Steigerung der Mehrwertrate die eigentliche Methode der Kapitalverwertung darstellt, so muß es sich bei der Ära der fordistischen Massenproduktion um die Blütezeit kapitalistischer Produktion schlechthin ge-

Der strategische Versuch besteht also zunächst darin, gesellschaftliche Interessen in den ökonomischen Mechanismus des modernen Kapitalismus einzubauen - und zwar in Form einer demokratischen Selbstverwaltung der Wirtschaft.

handelt haben (auch wenn sie mit bestimmten etatistischen und sozialistischen Elementen einherging). Allerdings wird die Bedeutung der relativen Mehrwertproduktion von zwei Seiten aus zunehmend in Frage gestellt wird:

Einerseits werden in der modernen Industrie (einschließlich sog. produktionsorientierter Dienstleistungen) standardisierte Formen von industrieller Massenproduktion Zug um Zug durch flexiblere, spezialisiertere und intelligentere Verfahren ergänzt und abgelöst, wobei der Effektivität des fixen Kapitals und der Qualität des Arbeitsvermögens sowie der Kombination beider Elemente die Schlüsselrolle in der modernen Industrie zukommt. Demgegenüber nimmt die Ausbeutung der lebendigen Arbeit und die Steigerung ihrer originären Produktivität einen geringeren Stellenwert ein.

Andererseits wachsen in naturwüchsiger Weise personen- und haushaltsbezogene Dienstleistungszweige, in denen Rationalisierungsmaßnahmen aufgrund ihrer Spezifik enge Grenzen gesetzt sind und deren Leistungen deshalb im Verhältnis zu Industriewaren immer teurer werden, solange arbeits- und sozialrechtliche Standards eingehalten werden. Hier feiern Methoden der absoluten Mehrwertproduktion und Ausbeutung (Verlängerung des Arbeitstages und Lohnsenkungen) fröhliche Urstände. Zugleich spielen informelle und halbinformelle Arbeitsverhältnisse eine immer größere Rolle. Das Mißverhältnis zwischen einer hochproduktiven industriellen Basis und einer wachsenden „Dienstboten-Ökonomie“ nimmt immer dramatischere Züge an.

Demgegenüber bestehen enorme gesellschaftliche Bedarfe auf zentralen Infrastrukturfeldern wie Umwelt, Energie, Verkehr, Stadtentwicklung, Wohnungsbau und Kommunikation. Offenkundig ist auch der individuelle Zukunfts- und Nachholbedarf großer Bevölkerungsteile an qualitativ hochwertigen Gütern und Diensten (z.T. sogar an Grundversorgungsmitteln) und an Möglichkeiten für eine eigenständige

sozialkommunikative, umweltverträgliche und gesunde Lebensführung. Die ökologisch-technologische Erneuerung des industriellen Kapitalstocks stellt ebenso eine Herausforderung dar wie der notwendige Umbau der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten. Aber

vor allem zur Lösung der globalen Entwicklungsprobleme ist eine Mobilisierung und Umlenkung ökonomischer Ressourcen erforderlich, die alle bisher gekannten Ausmaße übersteigt. Die Produkte, um die es in Zukunft vor allem gehen wird, nehmen immer mehr den Charakter komplexer Problemlösungen für Individuen und Gesellschaften an (es geht z.B. nicht alleine um das Auto, sondern um Mobilität auf der einen und Verkehrssysteme auf der anderen Seite).

„Modernisierung“ bedeutet unter diesen komplizierten Bedingungen, einen qualitativ veränderten, „höheren“ Typus von Produktion und Konsum durchzusetzen, der sich allgemein gesprochen - durch eine größere Qualität, Vielfalt und Flexibilität des Arbeitsvermögens, der Produktionsstruktur, des Angebots an Gütern und Diensten, der Arbeits- und Lebensbedingungen überhaupt auszeichnen wird und dabei die Verantwortung für die globalen Entwicklungsperspektiven an die erste Stelle setzt. Hierbei stehen zwei Aspekte im Vordergrund:

- der Aspekt der Investitionen, d.h. Modernisierung und Mobilisierung der Ökonomie für die enormen ökologischen und sozialen Zukunftsaufgaben, und

- der Aspekt der Individualität, auch im Sinne einer Mobilisierung subjektiver Bedürfnisse und Kompetenzen im Kontext der gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben.

Es geht darum, diese Aspekte in einer demokratischen Regulierungsperspektive zu verarbeiten, die die Zukunft der Arbeits- und Lebensweise mit einem Zugriff auf die Struktur der Akkumulation und der Investitionen verbindet. In der ökonomischen „Philosophie“ des modernen Sozialismus geht es genau um diesen Punkt: die „demokratische Kontrolle der Akkumulation“, also die Einflußnahme auf die Investitions- und Vermögensstruktur, auf die betrieblichen Leitungskriterien, auf die regionalen und sektoralen Verschiebungen der Volkswirtschaft, um ökologisch-soziale Entwicklungsperspektiven dauerhaft in den ökonomischen Mechanismus einzubauen. Grundlage ist zwar eine radikale Kritik des realen Kapitalismus und der von ihm verantworteten Prozesse weltweiter Verelendung, ökologischer Risiken und sozial-kultureller Deformation (auch in seinen Zentren), die eine demokratische Programmierung der künftigen Entwicklung erforderlich machen.

Aber andererseits gilt auch, daß der moderne Kapitalismus selbst schon auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technologie, der Qualifikation und der kulturellen Kompetenz, der individuellen Ansprüche wie auch der ökonomischen Regulierung Potentiale hervorbringt, die eine demokratische und verantwortlich-bewußte Gestaltung von Produktion und Konsum ermöglichen: Es handelt sich gewissermaßen um sozialistische Potentiale, die in den veränderten Akkumulations- und Regulierungsmustern von der Linken identifiziert werden müssen. Auf dieser Überlegung beruht die folgende Skizze von Elementen eines demokratisierten ökonomischen Mechanismus.

Formationstheoretisch betrachtet scheinen mir im übrigen erst jetzt die Elemente und Potentiale einer sozialistischen Produktionsweise heranzureifen – und zwar in Verbindung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. V.a. die mikroelektronisch gestützten Informations-, Kommunikations- und Steuerungstechnologien auf der einen und die solaren energetisch-stofflichen Technologien auf der anderen Seite stellen in Verbindung mit entwickelten Formen gesellschaftlicher Investitionsfinanzierung, ökologischer Bilanzierung und Steuerung und sozialer Kontrolle des Produktionsprozesses die Basis eines modernen Sozialismus dar. Wie sieht es heute mit den sozialistischen Elementen – Elementen einer ökologisch-sozialen Kontrolle der Produktion und einer gesellschaftlichen Selbstverwaltung – aus?

„Neoindustrialisierung“ und Produktionskultur

Auf der realwirtschaftlichen Seite (an der produktiven Basis) drückt sich die Veränderung von Akkumulationsmustern in Ansätzen einer „Neoindustrialisierung“ aus: flexible Spezialisierung und diversifizierte Qualitätsproduktion, technologische Integration und Innovation, Effektivierung der Maschinerie und lean production, Ausdehnung produktionsorientierter Dienstleistungen, Aufwertung des intellektuellen Arbeitsvermögens und entsprechende Veränderung von Qualifikationsprofilen. Hierin zeigt sich eine grundlegende Tendenz des entwickelten Kapitalismus, die Marx schon in seinen „Grundrissen zur Kritik der Politischen Ökonomie“ entdeckte: Das konstante bzw. fixe Kapital (Produktions- bzw. Arbeitsmittel) wird im Verhältnis zum variablen Kapital (also zur angewandten Arbeitskraft) beständig ausgedehnt. Dadurch wiederum wird die Arbeitskraft in ihrer Rolle als „Kostenfaktor“ reduziert, zugleich aber als qualitativer Faktor („Produktionsintelli-

Für die Linke geht es um die historische Chance, die „Neoindustrialisierung“ mit dem Projekt des ökologischen und sozialen Umbaus systematisch zu verbinden.

genz“) aufgewertet. Konkret: Je umfangreicher das konstante und insbesondere das fixe Kapital im Verhältnis zur lebendigen Arbeit ausfällt, desto wichtiger wird es für die Kapitalverwertung, daß die Maschinen rund um die Uhr durchlaufen, daß der Materialzufluß ständig gewährleistet und Stillstände minimiert werden.

Marktseitig entspricht dem eine in der Tendenz zunehmende Bedeutung der Qualitäts- gegenüber der Preiskonkurrenz (natürlich im Rahmen des gegebenen Zusammenhangs von Wert und Gebrauchswert). Die ökonomische Effizienz der modernen Industrie läßt sich insoweit immer weniger in einem Verhältnis von Profiten und Löhnen (also auf Basis der Ausbeutung bzw. Mehrwerttrate) bemessen. Immer mehr zählen hingegen die langfristige Effektivität des Kapitalstocks und der Ressourcenbewirtschaftung, produktive Problemlösungen und eine entsprechende Qualität der lebendigen Arbeit.

Auch wenn die heutigen Entwicklungen in den Betrieben v.a. unter den Vorzeichen der „Standortdebatte“ verlaufen – in den Bemühungen um Qualitätszirkel und Gruppenarbeit, um Ökobilanzen und Ökocontrolling verbergen sich auch neue Elemente industrieller Demokratie, die über eine grundlegende Veränderung der betrieblichen Leitungs- und Rentabilitätskriterien freizusetzen wären, und auf Formen des selbstverwalteten Gemeineigentums verweisen. Vor diesem Hintergrund lautet die entscheidende Modernisierungsfrage: Kommt es zu einer zügigen und systematischen Erneuerung des Kapitalstocks und einer umfassenden Mobilisierung von Qualifikationen und Kompetenzen der Beschäftigten? In der Realität kollidiert das überkommene (einzel)kapitalistische Profitkalkül regelmäßig mit den Anforderungen einer umfassenden sozial-ökologischen Modernisierung. Hiervon zeugen alleine schon stärker werdenden Tendenzen, selbstverwaltende Elemente in der Arbeitsorganisation zu blockieren oder sogar wieder auf tayloristische Prinzipien zurückzugreifen. Für die Linke geht es um die historische Chance, die „Neoindustrialisierung“ mit dem Projekt des ökologischen und sozialen Umbaus systematisch zu verbinden.

Entscheidend ist dabei eine weitergehende Veränderung der ökonomischen Effizienz- und betrieblichen Leitungskriterien, also die „Hereinnahme“ ökologischer und sozialer Perspektiven in ein langfristig-strategisch ausgerichtetes Rentabilitätskalkül der Unternehmen. Hierhin gehört auch die Auseinandersetzung zwischen „Shareholder Value“-Konzepten und „Stake-“ bzw. „Workholder Value“-Ansätzen, die keineswegs nur eine Spiegelfechterei darstellt, sondern ein Aspekt des Kampfes um die ökonomische bzw. Produktionskultur darstellt.

Handwerk und personenbezogene Dienstleistungen

Ganz anders sieht die Situation zunächst im Bereich personen-, haushalts- und konsumbezogener Dienstleistungen einschließlich des entsprechenden Handwerkes aus. Denn anders als in der durchrationalisierten Massenproduktion und der darauf aufbauenden flexiblen Qualitätsproduktion spielt hier die lebendige Arbeit eine vergleichsweise enorme Rolle – und zwar auch und gerade als „Kostenfaktor“. Während im Bereich der sog. produktions- bzw. unternehmensbezogenen Dienstleistungen gewissermaßen eine Partizipation an der industriellen Kapitalverwertung stattfindet, besteht bei den hier genannten Diensten und Gewerken eine Klemme zwischen den erzielbaren Preisen und den hohen Arbeitskosten. Ich will dies hier aus Platzgründen nicht weiter ausführen, weil ich auf die Diskussionen

um einen „dritten Beschäftigungssektor“ und eine „Gewerbeförderung von links“ verweisen kann, wie sie aktuell im Crossover-Zusammenhang geführt werden.

Es scheint mir nur wichtig zu sein, daß auch hier – in Nachfolge zum klassischen sozialstaatlichen Dienstleistungssektor – eine „Politisierung der Ökonomie“ stattfinden muß, in der – erstens – der Staat eine vermittelnde und regulierende Rolle einnimmt, in der die Interessen der Beschäftigten wie auch der Klienten berücksichtigt werden, und in der – zweitens – ein kooperativer Ansatz vorangebracht wird, der kleingewerbliche Unternehmensverbände und insbesondere Genossenschaften systematisch begünstigt. Es gehört zu den Schlüsselfragen der Zukunft, wie sich ein derartiger Sektor in Beziehung zu den „großen“ Infrastruktur- und Umbaubebedarfen setzen kann.

Stoff- und Energiekreisläufe

Wir erleben vielfache mehr oder weniger sinnvolle Versuche einer ökologischen Umorientierung der Wirtschaftsweise. Dabei bilden sich schon im Rahmen kapitalistischer Produktionsweise Elemente einer *Politischen Ökonomie der Stoff- und Energiekreisläufe* heraus, die m.E. deutlich über eine rein kapitalistische und letztlich auf Wertrechnung basierende Logik des Wirtschaftens hinausweisen. Erforderlich ist eine stofflich-energetische Bilanzierung von Kreisläufen und eine darauf beruhende Bewirtschaftung der Ressourcen. Eine entsprechende Umrüstung der Produktion unterstellt den Einbau von gemeinschaftlichen regulativen Elementen in das Wirtschaftssystem, wobei hierbei natürlich monetäre und marktorientierte Instrumente zum Einsatz kommen können (wofür im Prinzip sowohl Öko-Steuern wie auch Zertifikatslösungen in Frage kommen).

Entscheidend ist aber, daß das Moment der gemeinschaftlichen Regulierung auch in planerischer Form (im nationalen wie auch internationalen Maßstab) in den Vordergrund tritt. M.E. müßte die moderne Ökonomie des Sozialismus mit dem Übergang in das „Solarzeitalter“ und der weltweiten Durchsetzung einer Solarwirtschaft verknüpft werden, weil dies eine umfassende Ausrichtung auf Stoff- und Energiekreisläufe (bzw. thermodynamische Prozesse) zur Voraussetzung hätte. Kurioserweise könnte es sein, daß die an der früheren sowjetischen Planökonomie zunächst einmal zu Recht krisierte Ausrichtung auf eine stoffliche Mengenplanung in einem freilich ganz anderen sozialistischen Kontext wieder hochaktuell werden könnte.

Volks- und betriebswirtschaftliche Rechnungsführung

Man muß sich an dieser Stelle klar machen, daß es sich bei der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wie auch bei der betriebswirtschaftlichen Rechnungsführung nicht um „neutrale“ Techniken der Bilanzierung handelt. Sie reflektieren vielmehr immer, wie die Wirtschaft und die Unternehmen/Betriebe insgesamt und wie die verschiedenen Elemente – die Maschinerie und das Arbeitsvermögen, aber auch Ausgaben für Forschung und Qualifizierung, Reparatur- und Wartungskosten usw. usf. – gesehen und bewertet und welche Effizienzkriterien bzw. Maßstäbe für ökonomischen Erfolg und Mißerfolg dabei zugrundegelegt werden. In verschiedensten Ausarbeitungen ist hinterfragt worden, inwie-

Erforderlich ist ein regelrechter Infrastrukturschub, der den Anforderungen der „Neoindustrialisierung“ wie auch des gesellschaftlichen Wertewandels entspricht.

weit die heutigen Bilanzierungsregeln und -systeme die verschiedenen sozialen und ökologischen Elemente des modernen Wirtschaftens tatsächlich hinreichend in ihrer Gewichtung und in ihren Beziehungen zueinander erfassen.

Wie auch die Ergebnisse sein werden: Die Frage der Stoff- und Energiekreisläufe, die Beziehungen von Produktionsintelligenz und Produktionsmitteln wie auch die Rolle personenbezogener Dienstleistungen und Gewerke zwingen dazu, die volks- und betriebswirtschaftliche Rechnungsführung auf den Prüfstand zu stellen, sie zu politisieren und alternative Ansätze unterschiedlichster Herkunft auszuwerten und miteinander abzugleichen.

Industriepolitische Programmierung

Ein grundlegender ökologischer und sozialer Umbau der Volkswirtschaft im Sinne einer „Politik ausgewählter Wachstumsfelder“ (Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989!) wird zwangsläufig zu einer veränderten Aufteilung nach Wirtschaftszweigen und Produktgruppen führen. So ist es einsichtig, daß eine entsprechende Umstrukturierung des Verkehrssektors einschneidende Konsequenzen für die Automobilindustrie mit ihren Beschäftigten (sowie weiteren im Vorleistungs- und

Dienstleistungsbereich) hätte. Politisch wird also gewollt, was ansonsten ein grundlegendes Charakteristikum einer dynamischen kapitalistischen Ökonomie darstellt, nämlich der fortlaufende Auf- und Abstieg ihrer Sektoren („Innovationszyklen“). Im modernen Kapitalismus findet dieser Auf- und Abstieg vorwiegend im Rahmen einer konzerngebundenen Regulierung statt.

Nun offenbaren schon zurückliegende und noch anhaltende Strukturkrisen, daß diese Zyklen und Strategien ganze Landstriche, Wirtschaftszweige und Beschäftigtengruppen in Mitleidenschaft ziehen können. Dieses Problem kann angesichts latenter Überkapazitäten auch für die beispielhaft erwähnte Automobilindustrie ins Haus stehen und zusätzlich durch den ökologischen Umbau des Verkehrssektors verschärft werden, so daß eine schrittweise Umlenkung von Arbeitskräften und Kapital in andere Sektoren ins Auge gefaßt werden muß. Real vorhandene Konflikte zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen müßten dabei demokratisch verarbeitet werden. Es geht also um die demokratische Transformation und Weiterentwicklung kapitalistischer Regulierungselemente.

Infrastruktur-Offensive

Nun werden die Akkumulationsmuster einer modernen Ökonomie in wachsendem Maße von ihrer Infrastruktur bestimmt (öffentliche Verwaltung, Verkehr/Kommunikation, Energieversorgung, Umweltschutz/Entsorgung, Bildung/Wissenschaft, Kultur/Freizeit, Gesundheits- und Sozialwesen, Bau- und Wohnungswesen). Im Zuge einer „Neoindustrialisierung“ werden zwei qualitative Aspekte stärker in den Vordergrund gerückt: Infrastruktur als Voraussetzung für die Effektivität des fixen Kapitals und die Qualität des Arbeitsvermögens und Infrastruktur als Faktor des privaten Freizeit- und Konsumverhaltens. Auf der anderen Seite läßt sich aber nachweisen, daß sich in den vergangenen 15-20 Jahren ein erheblicher Nachhol- und Modernisierungsbedarf in wichtigen Infrastrukturbereichen angestaut

hat, was einer schwachen öffentlichen Investitionstätigkeit entspricht.

Erforderlich ist also ein regelrechter Infrastrukturschub, der den Anforderungen der „Neoindustrialisierung“ wie auch des gesellschaftlichen Wertewandels entspricht (und dabei auch die Anforderungen des EU-Binnenmarktes aufnimmt). Dieser Schub erfordert eine Mobilisierung von Investitionen in Höhe von mehreren hundert Mrd. DM. Damit sind freilich nicht nur Chancen, sondern auch ökonomische und ökologische Risiken verbunden, die eine langfristige gesellschaftliche Programmierung erforderlich machen.

Öffentlicher Sektor

An dieser Stelle ist eine neue strategische Definition des Staates durch die Linke erforderlich, aber auch möglich: Es geht um eine Pionierrolle des Staates, die weniger mit öffentlichen Haushaltsmitteln, dafür mehr mit öffentlicher Entwicklungsplanung und der Pilotfunktion öffentlicher Unternehmen zu tun hat. Angesichts des Finanzierungsbedarfs muß zweifellos auch privates Kapital mobilisiert werden - entweder in Form von Kooperationen und Konsortien oder in Form von Investitionsfonds (s.u.). Es geht also darum, für die Infrastrukturerneuerung neben den öffentlichen Haushalten ein zweites, „wirtschaftsnäheres“ Finanzierungsstandbein aufzubauen. Der entscheidende Punkt liegt in der demokratischen Kontrolle derartiger Konsortien und Fonds, also in ihrer Öffnung für gesellschaftliche Interessen (z.B. im Verkehrs-, im Telekommunikations- und im Umweltsektor). Um gesellschaftliche Entwicklungsinteressen gegenüber privater Kapitalmacht durchzusetzen zu machen, müssen mehrere Mindestbedingungen erfüllt sein:

- erstens demokratisch-gesellschaftliche Kontrollorgane auf den zentralen Infrastrukturfeldern und in Bezug auf dort bestehende infrastrukturell-industrielle Komplexe (als Weiterentwicklung oder Alternative zu bestehenden informellen oder institutionellen Einrichtungen, die im wesentlichen noch durch Konzerninteressen und Verbandslobbyismus geprägt sind);
- zweitens ein konkurrenzfähiges öffentliches Unternehmen auf jedem Infrastruktursektor, das die Ziele der demokratischen Rahmenplanung auch im Rahmen des ökonomischen Wettbewerbes zur Geltung bringen kann;
- drittens ein öffentlichen Zielen verpflichtetes monetäres Potential außerhalb des Staatshaushaltes, wie es im Prinzip ja schon im öffentlich-rechtlichen Bankensektor (Landesbanken und Sparkassen) existiert.

Demokratische Regionalwirtschaft

Ansätze einer Infrastruktur- und Branchenmodernisierung sind in den vergangenen Jahren vor allem im Zuge einer „innovationsorientierten Regionalpolitik“ bzw. regionalisierten Strukturpolitik entwickelt worden. Die regionale Verknüpfung von Wirtschaftsförderung, Technologiepolitik und Infrastrukturmaßnahmen signalisiert, daß veränderte Akkumulations- und Regulierungsmuster auch im regionalen Kontext diskutiert werden müssen. Dabei haben sich die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderung und die EU-Strukturförderung durchaus als wirksamer Steuerungsansatz erwiesen, den die Linke insbesondere mit Blick auf die kommenden Infrastrukturaufgaben weiterentwickeln sollte. Im Zuge einer demokratischen Modernisierung sollte die „Region“ so gestärkt werden, daß auch hier eine gesellschaftlich-demokratische Verarbeitung von staatlichen Vorgaben und Marktdaten stattfinden kann.

Eine demokratische Konzernverfassung müßte insbesondere um auf der Seite der sog. Kapitaleigner eine Verbindung von ökonomischen und sozialökologischen Interessen herstellen.

Im Mittelpunkt standen in der Vergangenheit die legendären Wirtschafts- und Sozialräte. Wenn man diesen Gedanken wiederbeleben will, sollte man aber klarstellen, daß nicht darum geht, neue Gremien oder Bürokratien zu schaffen, sondern darum, vorhandene Strukturen - an erster Stelle die Industrie- und Handelskammern - zu demokratisieren, um damit Bereiche wie Innovationsberatung, Technologieförderung und Weiterbildung, aber auch die Tätigkeit von staatlichen Regionalbehörden (Regierungspräsidien) einem regional-demokratischen Einfluß zu unterwerfen und damit den Unterbau für eine demokratische Modernisierung der Volkswirtschaft zu schaffen. Gerade hier läßt sich zeigen, daß es keineswegs um „mehr Staat“, sondern um gesellschaftliche Selbstverwaltung par excellence geht. Damit könnten auch die innovationsorientierten Dienstleistungen, kooperative Verbände von Klein- und Mittelunternehmen und regionale Modernisierungsprozesse insgesamt zur Sache der Gewerkschaften und der Linken werden. Es versteht sich nahezu von selbst, daß mit diesem Ansatz auch eine essentiell stärkere Rolle der Kommunen gegenüber zentralstaatlichen Mechanismen einhergeht. Durch die Verknüpfung mit öffentlichen Gemeinschaftsausgaben, mit Investitionsfonds und mit öffentlichen Unternehmen (incl. Kreditinstituten) ergibt sich ein durchaus flexibler Regulierungsmechanismus mit einem hohen Maß an Demokratisierung.

Demokratische Konzernverfassung

Brennpunkte einer demokratischen Modernisierung der Wirtschaft, der Neoindustrialisierung und der gesellschaftlichen Selbstverwaltung sind die großen Unternehmen. Dazu sind unter den verschiedenen Stichworten schon einige Überlegungen angestellt worden, die nun im Sinne einer demokratischen Konzernverfassung zu erweitern wären. Neben der Gewährleistung einer Mitbestimmungsparität von Kapitaleignern und Belegschaften stellt sich die Frage, inwieweit darüberhinausgehende ökologische und soziale Interessen systematischen Eingang in die Politik der Konzerne finden können. So wird man darüber nachdenken müssen, inwieweit die Aufsichtsräte für andere gesellschaftliche Kräfte vor allem aus dem Umwelt- und Verbraucherbereich sowie kommunale und regionale Vertretungen geöffnet werden könnten.

Eine demokratische Konzernverfassung müßte aber insbesondere mit einer Demokratisierung der Aktionärsstruktur (bzw. des Aktienrechtes) einhergehen, um auf der Seite der sog. Kapitaleigner eine Verbindung von ökonomischen und sozialökologischen Interessen herzustellen. Sie würde damit an der progressiven, nämlich gesellschaftlichen Seite des Aktienkapitals ansetzen. Dabei ist allerdings weniger an „Volksaktien“ für Einzelpersonen, sondern an demokratische Interessensgemeinschaften und die weiter unten diskutierten gesellschaftlichen Investitionsfonds gedacht. Zusammen mit den erweiterten Mitbestimmungs- und Kontrollrechten der Betriebsräte und der Aufwertung von Arbeitskollektiven und Belegschaftsversammlungen werden damit Foren und Strukturen für eine wirkliche „Politisierung der Ökonomie“ auf Basis pluraler Interessen geschaffen. In diesem Sinne stellt eine demokratische Konzernverfassung nichts anderes dar als einen Schritt zur realen Vergesellschaftung von Großunternehmen.

Finanzkapital und Kreditwesen

Hinsichtlich der ökonomischen Formen sollte man überhaupt auf Marx' Ausführungen zum Kreditwesen und zu den Aktiengesellschaften und die darin enthaltenen Hin-

weise auf eine assoziierte (sozialistische) Produktionsweise zurückkommen und sie auf die heutigen Verhältnisse beziehen.

Denn eine moderne Konzeption der Investitionslenkung und Infrastrukturplanung muß jene essentielle Veränderung im kapitalistischen Akkumulationsmuster in Rechnung stellen, die sich in der wachsenden Bedeutung von Finanzanlagen ausdrückt: Die Frage der Investitionsfinanzierung und Gewinnverwendung ist zweifellos von größter strategischer Bedeutung. So drückt sich in der Präferenz für Finanzanlagen zwar auch eine anhaltende Überakkumulation von Kapital aus - eine Fehlentwicklung zulasten der volkswirtschaftlichen Dynamik, die mit spekulativen und parasitären Vorgängen einhergeht. Auf der anderen Seite ist die Entkoppelung von Erträgen, ihrer Verwendung und damit auch der Refinanzierung ein typisches Merkmal des modernen Kapitalismus überhaupt, was zur ökonomischen Flexibilität der Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt beiträgt und Potentiale an gesamtgesellschaftlicher bzw. gemeinschaftlicher Regulierung enthält. In dieser Widersprüchlichkeit steckt die Aufforderung an eine moderne linke Konzeption, sich derartiger Finanzierungsmechanismen systematisch zu bedienen bzw. neue zu entwickeln.

Strategisch geht es um die „Besetzung“ des finanzwirtschaftlichen „Korridors“, um damit eine hohe Flexibilität von Lenkungsmechanismen zu verwirklichen. Das Schlüsselproblem liegt in dieser Hinsicht natürlich bei der demokratischen Kontrolle der Banken und Versicherungen und ihrem Einsatz für eine ökologische und sozialorientierte Investitionspolitik, das mittelfristig nur durch ihre Vergesellschaftung gelöst werden kann. Mit dem öffentlich-rechtlichen Sparkassensektor steht im übrigen schon eine Ausgangsbasis für eine derartige Demokratisierung des Finanzsektors zur Verfügung.

Ökonomie der Investitionsfonds

Die sozialistische Produktionsweise wird nach meiner Prognose v.a. eine *Ökonomie der Investitionsfonds* sein - mit diversifizierten, pluralen und demokratisch verfaßten Fonds- und Beteiligungsstrukturen, in denen überbetriebliche Rentabilitätsgesichtspunkte mit ökologisch-sozialen Zielsetzungen der beteiligten Kräfte zusammenfließen und die sich zwischen die am Markt agierenden Unternehmen und die vom Staat entwickelten Rahmenseetzungen schieben.

Könnte dem enormen Aufschwung privater Investmentfonds (bei enormer Bedeutung von Großanlegern wie Versicherungen und Pensionskassen) nicht die „Modernität“ gesellschaftlich verwalteter Investitionsfonds gegenübergestellt werden? Also: gesellschaftlich vermittelte Umlenkung von Gewinnbestandteilen in private Investitionstätigkeit - im Rahmen sektoraler und regionaler Modernisierungsprozesse, der Infrastrukturentwicklung und der Bewältigung internationaler Entwicklungsprobleme. Die Fondsökonomie böte Bezugspunkte für eine wirkliche Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen, könnte Aspekte der „Ethic Fonds“ (ethisch beeinflusste Geldanlagen) aufgreifen und sollte auch eine gesellschaftliche Kontrolle der Privatversicherungen einschließen.

Um beim angesprochenen Beispiel zu bleiben: Will man eine industrielle Umstrukturierung mit Beschäftigungsplänen und -gesellschaften im Automobilssektor prä-

Die sozialistische Produktionsweise wird nach meiner Prognose v.a. eine Ökonomie der Investitionsfonds sein - mit diversifizierten, pluralen und demokratisch verfaßten Fonds- und Beteiligungsstrukturen.

ventiv und umfassend (also anders als in der Stahlindustrie) praktizieren und mit dem ökologischen Umbau des Verkehrssektors verbinden, müssen überbetriebliche Finanzierungsverfahren gefunden werden.

Die subjektive Seite einer ökonomischen Konzeption des modernen Sozialismus führt zwangsläufig wieder zu jenem "Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur", das uns in spw schon seit fast 10 Jahren begleitet.

Demokratisch verwaltete Investitionsfonds, die sich aus Gewinnrückstellungen (oder noch besser: Rückstellungen aus dem Umsatzüberschuß) der extrem „flüssigen“ Automobilkonzerne speisen, wären ein möglicherweise geeigneter Ansatz.

Im weiteren Sinne müßten unter diesem Stichwort auch Kapitalbeteiligungsgesellschaften diskutiert werden. Im Abgleich mit den bestehenden Regeln wäre zu prüfen, inwieweit qualitative und strategische Interessen im Agieren derartiger Gesellschaften bzw. in ihren Beteiligungen an anderen Unternehmen Platz greifen können (insbes. regionalwirtschaftliche, Branchen- und Produktbezüge).

Nachträge

Zunächst einmal sei mit Blick auf die internationalen Aspekte darauf verwiesen, daß die zuvor skizzierten Elemente auch und gerade als Aspekte eines (west)europäischen Akkumulations- und Regulierungsmodells verstanden werden können, das natürlich durch außenwirtschaftliche Regulierungsmechanismen und eine gleichzeitige Einflußnahme auf internationale Wirtschaftsgremien systematisch zu ergänzen wäre.

Zum Schluß sei der schon eingangs angesprochene Zusammenhang der drei Aspekte des sozialistischen Projektes wieder in Erinnerung gerufen. Natürlich ist mit den

vorhergehenden Skizzen die Aufforderung verbunden, sich genauere und durchdachtere Vorstellungen zur Funktionsweise eines modernen sozialistischen Wirtschaftssystems zu machen. Aber es geht nicht nur darum. Die Ökonomie ist ja auch ein Feld des moralisch-kulturellen Kampfes, auf dem es um das Verständnis von Unternehmenskultur wie auch der Wirtschaftsweise insgesamt geht. Ja, selbst die Auffassung von der betriebswirtschaftlichen Buchführung ist auch eine Frage der ökonomischen Kultur. Dieser moralisch-kulturelle Kampf rückt die subjektive Komponente sozialistischer Wirtschaftspolitik und von Wirtschaftsdemokratie in den Mittelpunkt – einerseits durch die Reflektion von gesellschaftlichen Bedarfen und individuellen Bedürfnissen, andererseits durch die Entwicklung der Kompetenz der „Werk tätigen“ – und zwar letztendlich der wirtschaftsdemokratischen Kompetenz, die erforderlich ist, um eine sozialistische Wirtschaftskonzeption mit Leben zu erfüllen.

Unter diesem Gesichtspunkt hätte man einen zweiten Teil schreiben müssen. Hier müßte die zentrale Rolle der Arbeitszeitverkürzung herausgearbeitet werden, in der es nicht nur um das höhere Maß an frei verfügbarer Zeit und eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit geht, sondern auch die Aneignung derjenigen Kompetenzen, die für eine wirkliche demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft benötigt werden. Auch der Frage der Bildung und Weiterbildung wäre in ihren demokratisch-sozialen wie auch ihren polytechnischen Aspekten ausführlich nachzugehen. Schließlich führt die subjektive Seite einer ökonomischen Konzeption des modernen Sozialismus zwangsläufig wieder zu jenem „Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“, das uns in dieser Zeitschrift schon seit fast 10 Jahren begleitet, wenn es um „sozialistische Politik und Wirtschaft“ geht. spw

» **150 Jahre
Kommunistisches Manifest**

» **Tagung
8 - 10. Mai 1998
Trier, Tuchfabrik**

Teilnahmebeitrag DM 50,- / 25,- (erm.)
Infos und Anmeldung

Jusos Mittelrhein
Frank Schauff
Albertusstr. 40-46
50667 Köln
Tel. 0221.20707-39 Fax. -44
jusos_mittelrhein@link-gl.de



Veranstaltet vom Juso-Landesverband Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den Juso-Bezirken Mittelrhein, Niederrhein, Ostwestfalen-Lippe, Rheinland-Hessen-Nassau, dem Juso-Landesverband Bayern sowie dem Juso-Bundesverband.



Ablauf

Freitag, den 8. Mai 1998
Feier zum Geburtstag von Karl Marx

Samstag, den 9. Mai 1998
Besuch des Karl-Marx-Hauses mit Führung

Das Kommunistische Manifest, seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung und sein Wert heute
Prof. Dr. Wolfgang Schieder, Universität Köln

Foren
Produktion und Aneignung heute; Nationalismus und Rassismus; Globalismus und Arbeiterbewegung; Frauen und Klasse; Marx und Lafargue

Sonntag, den 10. Mai 1998
Diskussion
Die Linke heute - Wiedergewinnung von Hegemonie
mit:
Dr. habil. Sabine Kebir; Michael Rüter; Dr. Edelbert Richter, MdB; Dr. Johano Strasser (angefragt)

Die Bedeutung einer sozialistischen Perspektive

Nach der Entwicklung der letzten Jahre liegt es auf der Hand, daß sozialistisches Denken und Handeln einer politischen und theoretischen Neubestimmung bedürfen. Dieser Prozeß ist nur schwer in Gang gekommen. Er wurde verständlicherweise von der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit überlagert, ohne die es keinen Neubeginn gibt. Schließlich ist mit der historischen Niederlage des Realsozialismus nicht nur eine Theorie pervertiert worden und nicht nur dadurch dieses System zugrunde gegangen. Viele der theoretischen Gewißheiten – wie etwa „politische Macht der Arbeiterklasse“, „Revolution“, „Planwirtschaft“, „historische Mission der Arbeiterklasse“ – haben vor der Geschichte nicht bestehen können. Auch der emphatische Ausspruch von Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD „Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner“ ist nicht die adäquate Antwort auf die heutigen Herausforderungen. Sie erfordert vielmehr nicht nur die theoretische Kritik kommunistischer Praxis, sondern ebenso eine praktische Kritik der Theorie. Das bedeutet für mich, den Sozialismus nicht als starres unveränderliches staatlich festgefügt System zu begreifen, das dem Kapitalismus gegenüber gestellt wird, sondern als offenen Prozeß, in dem sich neue gesellschaftliche Strukturen herausbilden.

Andererseits bringt die Arbeit am Projekt demokratischer Sozialismus naturgemäß auch Abgrenzungen nach einer anderen Seite mit sich, zum sogenannten Grundwertesozialismus, der nur als dauernde Aufgabe verstanden wird und nie erreicht werden kann. Sicher hat gerade die kommunistische Bewegung die Grundwerteproblematik sträflichst vernachlässigt und stark überzogen kritisiert. Grundwerte spielen für politische Orientierungen eine wichtige Rolle, vielmehr noch prägen bestimmte Werte bestimmte Milieus und soziale Schichten. Etwa hat der Wert Gleichheit im Osten eine stärkere Verankerung als der der Freiheit. Oder: Der Wert Solidarität war gerade in der Arbeiterbewegung tief verwurzelt. Heute wandeln sich Werte. Auch das hängt mit den realen materiellen Verhältnissen zusammen. Dennoch: Sozialismus nur noch als Werteorientierung oder als Utopie, in der alles Gute und Schöne dieser Welt vereinigt sind, als Religionsersatz, das ist nicht meine Position.

Was sind grundlegende Strukturen sozialistischer Gesellschaft?

Heute ist es schwer oder nahezu unmöglich, grundlegende sozialistische Strukturen, die eine neue Gesellschaft auszeichnen müßten, seriös aufzuzeigen. Wenn die Dominanz des Kapitalverhältnisses über die Gesellschaft zurückgedrängt ist, gibt es auch andere gesellschaftliche Strukturen. Hier gibt es zwei Extreme im Herangehen: Die einen identifizieren eine andere Gesellschaft damit, daß die Warenwirtschaft, d.h. der Doppelcharakter der Ware und damit die Entfremdung, überwunden ist. Das scheint mir sehr weit weg. Jedenfalls ist die Alternative einer Verteilungswirtschaft gerade dann gescheitert, als es um entwickeltere Produktivkräfte ging. Das lag sicher nicht nur an dem subjektiven Versagen der realsozialistischen Eliten.

Die Anhänger des anderen Extrems wollen lediglich „steuernd“ in die Ökonomie eingreifen oder die Rahmenbedingungen für die kapitalistische Produktionsweise verändern. Letzteres ist kurz- und mittelfristig eine der wichtigsten Fragen, denn es geht darum, in welche Richtung sich die heutige kapitaldominierte Gesellschaft bewegt. Aber auch

Sozialismus im 21. Jahrhundert

von Wolfgang Gehrcke*

eine anders geartete kapitalistische Gesellschaft ist noch nicht das Ziel.

Auf jeden Fall hängen die neuen gesellschaftlichen Strukturen, um die es geht, mit der Eigentumsfrage zusammen. Sicher ist die „Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln“, noch dazu als einmaliger revolutionärer Akt, keine brauchbare Strategie. Hier ist nicht der Platz, um die Entwicklungsstufe des kapitalistischen Eigentums zu analysieren. Fest steht jedoch, daß es sich hauptsächlich um Gesellschaftskapital handelt und darum, daß die Internationalisierung des Kapitals, vor allem des Finanzkapitals, wesentlich vorangeschritten ist. Deshalb sind die Möglichkeiten, in die Verfügungsgewalt einzugreifen, auch schwieriger geworden. Eingriffe in die Verfügungsgewalt sind Eingriffe in das Eigentumsverhältnis. Steuergesetzgebung, Wirtschaftsförderung, öffentlich-rechtliche Formen des Eigentums oder ein öffentlich geförderter „neuer gemeinwirtschaftlicher“ Beschäftigungssektor in Rechtsformen zwischen Privatwirtschaft und Staat, Kontroll- und Eingriffsrechte bei Banken können ebenso ausgebaut werden wie die betriebliche Mitbestimmung.

Werden Parlamente und Parlamentarismus belebt und durch weitere Formen der Bürgerbeteiligung ergänzt, dann sind sie geeignete Formen, die Interessenwidersprüche auch zur Eigentumsfrage auszutragen, reflektieren sie doch im Unterschied zu anderen Kontrollgremien – Aufsichtsräten etwa, Ausschüssen, Verwaltungsräten – die politischen und sozialen Kräfteverhältnisse in der Gesamtgesellschaft. Zwar ist damit die Frage einer alternativen Logik zum kapitalistischen Gewinnstreben noch nicht gelöst, aber mit der Veränderung in den Verfügungsrechten des Eigentumstitels ändert sich auch das Eigentumsverhältnis.

In diesem Zusammenhang sind es wiederum zwei Pole, die die Lösung des Problems nicht bringen: Weder der Etablismus konnte es, noch ein Antietatismus wird das tun. Zweifellos müssen zivilgesellschaftliche Elemente einer Gesellschaft gestärkt werden, dies zusammen mit der Veränderung in den Eigentumsstrukturen.

Die zweite Säule einer anderen Gesellschaftsstruktur ist der Umbau des gesellschaftlichen Systems der Arbeit. Drastische Arbeitszeitverkürzungen, die Umverteilung von Männern zu Frauen in der Erwerbsarbeit sowie eine andere Verteilung der Reproduktionsarbeiten, die Förderung gesellschaftlich sinnvoller Tätigkeiten – all das verändert die Ge-

Auf jeden Fall hängen die neuen gesellschaftlichen Strukturen, um die es geht, mit der Eigentumsfrage zusammen. Die zweite Säule einer anderen Gesellschaftsstruktur ist der Umbau des gesellschaftlichen Systems der Arbeit.

* Wolfgang Gehrcke ist stellv. Parteivorsitzender der PDS

Ihre Zeitschrift für Kultur und Weltanschauung heißt


humanismus heute

1
Konjunktur für Weltanschauungen (lieferbar)

2
Vom heiligen Fest zum kommerziellen Event (erscheint 5/98)

3
Humanistische Sozialarbeit (ersch. 9/98)

4
Apokalyptik und Weltuntergang (ersch. 3/99)



Einzelpreis 14,-
+ Versand

Abopreis 11,-
+ Versand

Redaktions- und Bestelladresse
humanismus heute
Hobrechtstraße 8 • 12043 Berlin
Tel: (030) 613 904-0 • Fax: (030) 613 904-50
e-Mail: hvdberlin@aol.com

sellschaft grundlegend. Dazu gehört auch die Herausbildung eines Wirtschaftssektors zwischen Markt und Staat, in der viele Tätigkeiten geleistet werden können, die sozial und ökologisch notwendig sind, aber keinen Profit abwerfen. All das wird nicht von heute auf morgen passieren, aber eine wahrhaft kulturelle Umwälzung mit sich bringen.

Beide Elemente zusammen, die Veränderung der Eigentumsstrukturen und die Umgestaltung der Arbeit führen letztlich zu neuen Gesellschaftsstrukturen.

Produktivkraftentwicklung und Verteilungsfrage

Mit der Ökologiebewegung und der Wachstumskritik war klar, daß Sozialismus nicht die „Entfesselung der Produktivkräfte“

Letztlich geht es um die Rekonstruktion von Politik. Sie muß sich aus der Rolle als Erfüllungsgehilfin der Wirtschaft lösen, in die sie der Neoliberalismus gedrängt hat. Das erfordert, die Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie aufzuhalten.

mehr sein kann. Das lag schon geraume Zeit vor dem Ende des Realsozialismus. Ökologische Fragen spielten seitdem in der Öffentlichkeit eine große Rolle. Heute sehen wir, daß diese Probleme im Massenbewußtsein gegenüber denen der Arbeitslosigkeit und deren sozialen Folgen zurücktreten. Eine verantwortbare Entwicklung der Produktivkräfte, ihnen eine andere Richtung zu geben, das scheint mir politisch notwendig zu sein. Mit dem Begriff „Innovation“ wird das nur unvollkommen widergespiegelt. Oftmals wird er nur als Voraussetzung für die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft benutzt. Völlig aus dem Blick gerät dabei, daß es darum geht, die Entwicklung der Produktivkräfte in Destruktivkräfte zu stoppen und umzukehren.

Die gegenwärtig allgemeine Orientierung auf „Innovation“ führt auch weg von der Verteilungsfrage. Diese aber rückt notwendigerweise in den Vordergrund. Sie wurde schon in der vom Marxismus orientierten Arbeiterbewe-

gung nur als zweitrangig betrachtet. Die Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise zeigt aber, daß ihr Problem nicht primär die Entwicklung der Produktivkräfte ist, sondern eine gerechte Verteilung. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft. Heute stellt sich die Verteilungsfrage in neuer Dimension. Es geht um eine andere Verteilung von Arbeit, von Lebenschancen, zwischen Männern und Frauen, zwischen Nord und Ost bzw. Süd. Das schließt eine andere Verteilung der Mittel für eine andere Richtung der Produktivkraftentwicklung ein. Es geht um zweierlei, um ein neues Verständnis von Innovation und um eine neue Gerechtigkeitskonzeption. Beides geht nur, wenn die ökologische Frage als soziale Frage begriffen wird.

Subjekte und Methoden der Veränderung

Es wird „das“ Subjekt von Veränderungen oder einen feststehenden „Reformblock“ nicht geben. Nimmt man/frau die Ausdifferenzierung der Gesellschaft (nicht nur nach den sozialen Lagen, sondern auch nach den Milieus) ernst, dann kann es sich in Zukunft nur um vielgestaltige Reformbündnisse handeln, die sich je nach Gegenstand unterscheiden. Das ist auch eine Chance, vor allem im Hinblick auf die Möglichkeiten, die die demokratischen Institutionen dieser Gesellschaft bieten und solche, die sie in breitem Umfang erst noch schaffen muß. Letztlich geht es um die Rekonstruktion von Politik. Sie muß sich aus der Rolle als Erfüllungsgehilfin der Wirtschaft lösen, in die sie der Neoliberalismus gedrängt hat.

Das erfordert, die Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie aufzuhalten, ihre Einengung auf Parteidemokratie aufzuheben. Im Parlament müssen sich unterschiedliche soziale und politische Interessen artikulieren können, ohne schon vorher von den Parteizentralen auf „Partei“-Linie gestutzt worden zu sein. Verwaltung des Staates und der Parteien müssen wieder deutlich – auch personell und finanziell – von einander getrennt werden. Wenn sich Parlamente stärker mit dem Volk verbinden wollen, dann geht das nicht nur über Parteien. Dazu sind weitere, auch alternative Formen nötig, in denen sich Interessenunterschiede und Interessengegensätze bewegen können. Hier geht es nicht nur um Volksentscheide und Volksbefragungen oder um zusätzliche Kammern. Es geht um die Verbindung der parlamentarischen mit den außerparlamentarischen Räumen.

Stategische Konsequenzen

Welche Schlußfolgerung ist für Sozialistinnen und Sozialisten zu ziehen? Laut „Manifest“ spaltete sich die Gesellschaft in Arbeiterklasse und Bourgeoisie, der Sieg der einen über die andere schien nah. Rosa Luxemburg verallgemeinerte: „Sozialismus oder Barbarei“. Damals polarisierte sich die Gesellschaft, die Aufgabe der Sozialisten war, die Gegensätze und das Bewußtsein von den Gegensätzen zu vertiefen. Heute hingegen erodiert die Gesellschaft in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, auch das hat sein Gründe in den gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsbedingungen. Unter diesen Bedingungen ist es die Aufgabe der Sozialistinnen und Sozialisten, der Auflösung der Gesellschaft und der Ausgrenzung der Benachteiligten entgegenzusteuern. Aus einer gesellschaftsspaltenden Rolle mit der Option der Machteroberung als Klasse, wechseln sie in eine die Gesellschaft integrierende Rolle mit dem Anspruch auf Transformation in Richtung Sozialismus. Gesellschaftlichkeit stellt sich her über die Durchsetzung demokratischer und rechtsstaatlicher Regularien in Wirtschaft, Politik, Kultur, Verteilung von Macht und Reichtum.

Man/frau kann das auch alles anders bezeichnen: Arbeit für einen neuen Gesellschaftsvertrag.

spw

Notwendigkeit und Inhalte einer gesellschaftlichen Alternative

Die verbreitete Rede von der Unmöglichkeit „einer Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse“ setzt stillschweigend voraus, daß es umgekehrt „möglich“ wäre, dem neoliberalen Projekt, welches derzeit die Welt in den Griff nimmt, die Gesellschaften zu überlassen. Aber wenn beides nicht geht, nicht die sozialistische Umgestaltung wegen der Kräfteverhältnisse im umfassenden Sinn und nicht die neoliberale Überwältigung der Gesellschaften wegen der damit verbundenen Preisgabe des Überlebens von Menschen und Natur, können wir als Mitglieder dieser Gesellschaften nicht Geschichte den transnationalen Konzernen überantworten. Dabei kann die Anbindung an eine sozialistische Perspektive den Anschein erwecken, es sei eine Rückkehr zum staatssozialistischen Experiment erhofft; es ist daher zu erwägen, dem Eingriffs- und Gestaltungswillen einen anderen hegemoniefähigen Namen zu geben. Vielleicht finden wir ihn, wenn wir diskutieren, was wir unter „sozialistischer Orientierung“ verstehen.

Für mich umfasst Sozialismus eine Produktionsweise, in der die Produzenten gemeinschaftlich die Wirtschaft nach Zwecken regeln, die dem Wohl der Menschheit, keinesfalls einfach dem Profit einzelner Zweige oder Unternehmen entsprechen. Das schließt eine Segmentierung in Erste und Dritte Welten ebenso aus wie eine Ausbeutung der Ressourcen, welche den nächsten Generationen nichts lässt. Ausgeschlossen ist die Ausbeutung von Menschen durch Menschen und von daher muss die Befreiung der Frauen umfassend eingeschlossen sein. Dies ist aus historischen Gründen eine zusätzliche Anstrengung.

Es scheint zudem ein Irrweg zu sein, die Entwicklung der Welt nach Maßgaben der westlich industrialisierten Gesellschaften zu denken und entsprechend schrittweise vorgehen zu wollen. Es geht nicht darum, in romantischen Antiindustrialismus verfallen und daher einen Weg zurück zur Subsistenzwirtschaft suchen zu wollen. Der Grad der Entwicklung der Produktivkräfte zwingt uns, über einen Einsatz nachzudenken, der ressourcensparend und allgemein ein Leben für alle Menschen der Welt eröffnet, das eine weitgehende Entwicklung der Einzelnen, ihrer Gesundheit, ihres Glücks und ihres sinnvollen Engagements in Gesellschaft ermöglicht. Dafür ist u.a. eine Veränderung des aufgenötigten Überkonsums der ersten Welten erforderlich wie auch die Einbeziehung aller in gesellschaftliches Tun: das heißt, das Recht auf Arbeit und auf Politik.

Ausbleibende soziale Revolution und neoliberale Gegenreform

Wenn man das Kommunistische Manifest heute, 150 Jahre später, noch einmal liest, wundert man sich ebenso über die vielen falschen Vorhersagen wie über die unglaubliche Klarheit in der zentralen Perspektive. Die Arbeiter haben keine umfassende Revolution gemacht, sie hatten mehr zu verlieren als ihre Ketten, es waren andere ihnen untergeordnet, sie waren nicht die letzten. Es gab die Verschiebung von Ausbeutung auf die Dritten Welten und selbstverständlich war die zusätzliche Ausbeutung der Frauen. Die vorhergesagte neue Beziehung der Geschlechter und die Umgestaltung der Familie verkümmerten. – Aber der Kapitalismus hat die Produktivkräfte ungeheuer entwickelt, es trieb ihn über den gesamten Globus. Keine Baracken in Elendsvierteln, über denen nicht

Kampf gegen den Neoliberalismus

von Frigga Haug*

die Fernsehantennen die allgemeine Teilhabe am Begräbnis von Lady Di ermöglichen; kein Laden, in dem nicht die Produkte der großen transnationalen Konzerne erhältlich wären; aber das Internet verunmöglicht auch das Verschweigen der revolutionären Aufstände in Chiapas und anderswo. Auch wir, die Linken, sind Aktive in einer globalisierten Welt.

Die Fehlaussagen im Kommunistischen Manifest über das Schicksal der Arbeiterklasse im sich entwickelnden Kapitalismus in der westlichen Welt markieren zugleich die Punkte, die wir heute als durch neoliberale Politik durchgesetzte Rückschritte beklagen. Die Politik der herrschenden Regierungen unterstützt ein neoliberales Projekt, welches die sozialstaatlichen Kompromisse zurückdreht: das war die Teilhabe der Arbeiterklasse an dem durch sie geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum in den ersten Welten. Unentgeltliche Erziehung und Bildung für alle, öffentlicher Verkehr, allgemeine Entwicklung des Gesundheitswesens – dies waren Ziele, die man sich zu Zeiten der Abfassung des Manifests nur als Teil sozialistischer Umwälzung denken konnte. Die jetzige Kassierung solcher Formen zeigt: sie waren tatsächlich mit einer Durchkapitalisierung der Welt nicht gut vereinbar – sie sind Hindernisse auf dem Weg, die gesellschaftliche Produktion ausschließlich nach Profitgesichtspunkten zu organisieren, wie es die Menschen sind, die durch Maschinen ersetzbar werden.

Die Fehlaussagen im Kommunistischen Manifest über das Schicksal der Arbeiterklasse im sich entwickelnden Kapitalismus in der westlichen Welt markieren zugleich die Punkte, die wir heute als durch neoliberale Politik durchgesetzte Rückschritte beklagen.

Produktivkraftentwicklung und reproduktive Umsonstarbeit

Die sozialstaatliche Einbettung des Kapitalismus verdeckte noch eine weitere, in der Analyse im Manifest vernachlässigte Dimension kapitalistischer Entwicklung. Der Widerspruch zwischen ständiger Revolutionierung der Produktionsbasis (Entwicklung der Produktivkräfte) und der sie regulierenden Verhältnisse treibt nicht nur stets aufs Neue Krisen in der Wirtschaftsweise hervor. Das Wachstum der Produktivität der Arbeit, das nicht zurück auf die Produzenten verteilt wird, zwingt auch die Kapitale, immer neue Absatzgebiete aufzusuchen, die nicht der gleichen Produktionsweise unterliegen, in denen also Produkte abgesetzt und Rohstoffe herbeigeschafft werden, die die Akkumulation auf stets wachsender Stufenleiter ermöglichen (Rosa Luxemburg hat dies in ihrem Akkumulationsbuch ausgeführt).

* Frigga Haug ist Professorin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg und Mitherausgeberin der Zeitschrift „Das Argument“.

Aber dieser Prozess erfolgt auch nach innen in der Binnenstruktur der industrialisierten Länder. Kapitalistische Entwicklung wird vorangetrieben auf Basis einer Arbeitsteilung zwischen bezahlter und unbezahlter gesellschaftlicher Arbeit. Das ermöglicht den gewinnsuchenden Kapitalen, sich auf die Bereiche zu konzentrieren, die

Die Zuspitzung der Ausbeutungsverhältnisse hat eine Vervielfältigung von Unterdrückungen zum Vorschein gebracht. Der globalisierten Welt der Kapitale muss die Globalisierung der vernetzten Gegenwehr antworten.

Profite bringen, was auch heißt, eine Entwicklung der Produktivkräfte zu erlauben und Zeit stets rationeller einsetzbar zu machen. Für eine Reihe von Arbeiten halten sich über Jahrzehnte Kleinunternehmer und diverse Zwischenschichten, die mit Eigenarbeit und wenig Kapital ein mittleres Auskommen ohne allzu-

große Gewinne erzielen. Andere Tätigkeiten, Produktionen, sind überhaupt nicht nach herrschender Ökonomie kalkulierbar, der Aufwand ist zu groß, das Produkt zu klein – im Verhältnis. Das gilt durchweg für alles Lebendige – Kinder, Alte und Natur außer uns. Es ist allgemein bekannt, dass diese Arbeiten, wenn sie überhaupt getan werden, Frauen zufallen. Ein großer ideologischer Aufwand wird getrieben, diese unzeitgemäße Existenzweise der Frauen in den meisten Gesellschaften aus ihrer Natur zu erklären.

In sozialstaatlich eingebetteten Kapitalismen gibt es zusätzliche, wenn auch mäßige Abfederungen – Kindergeld, ermäßigte Steuern, Sozialunterstützung für alleinerziehende Mütter, Sozialmieten, etc. Dass gerade solche Elemente im neoliberalen Projekt zuallererst zur Streichung anstehen, zeigt nicht nur, dass neoliberales Wirtschaften nicht mit Menschen und zukünftigen Generationen rechnet, es zeigt auch, dass in der gesamtkapitalistischen Wirtschaftsweise die Umsonstarbeit auf vielen Sektoren der Gesellschaft stillschweigend vorausgesetzt war. Konsequenterweise gibt es begleitende ideologische Unterfütterung zur Unterstützung der helfenden Familie und zur Ermutigung der Kleinstunternehmer, dass sich die Großkapitale ohne weitere Hindernisse auf die gewinnbringendsten Bereiche stür-

zen können, rings um den Globus, mit stets weiter entfalteten Produktivkräften, weniger, jüngeren, fitness-gestärkten Arbeitskräften. Weg mit den alten Verträgen und Regelungen auf dem Arbeitsmarkt, zwischen den Generationen, zwischen den Geschlechtern.

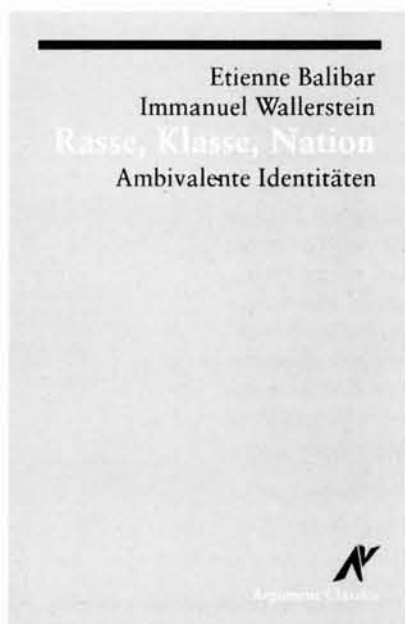
Globale Vernetzung der Gegenwehr

Aber auch diese Entwicklung ist kein Selbstlauf, ökonomischer Zwang oder Verschwörung. Die westeuropäische Arbeiterklasse der hochindustrialisierten Länder schrumpft an Quantität und entsprechender Macht, aber sie war ohnehin nicht die letzte der Klassen. Auf dem Wege neoliberal gestalteter kapitalistischer Entwicklung gibt es ein sich schnell vermehrendes Arbeitslosenheer, es gibt die Frauen, durch deren Umsonstarbeit die Unverträglichkeiten des Systems erträglich gemacht werden sollen, es gibt die zunehmende Verelendung der Dritten Welten. Die Unterdrückten aller Länder sind viele und sie werden immer mehr.

Seit vier Jahren hält sich eine kleine Gruppe indianischer Aufständischer, die Zapatisten von Mexico, in einem der ärmsten Teile der Welt, gegen die militärische Übermacht der von den USA gestützten mexikanischen Armee. Sie versuchen, die militärische Konfrontation zu umgehen und setzen u.a. auf die Unterstützung durch eine virtuelle Welt-Zivilgesellschaft. Die Solidaritätsnetze werden dichter, das Internet erlaubt ständige Information und Kommunikation. Von ihnen stammt die Losung: gegen den Neoliberalismus kämpfen.

Damit gegeben ist die Hoffnung, dass die Unterdrückten aller Länder ihre spezifische Betroffenheit dieser extremen Form kapitalistischer Entwicklung als solche erkennen und sich dagegen empören: die Frauen, die Arbeitenden, die Studierenden, die Menschen in den unbewohnbar gemachten Städten, und alle endlich erkennen, dass die Zerstörung der Umwelten ihre Lebensgrundlage betrifft. Die Zuspitzung der Ausbeutungsverhältnisse hat eine Vervielfältigung von Unterdrückungen zum Vorschein gebracht. Widerstand ist auf allen Punkten angesagt. Der globalisierten Welt der Kapitale muss die Globalisierung der vernetzten Gegenwehr antworten.

spw



**Endlich wieder lieferbar:
Das Standardwerk von Ballibar und Wallerstein**

Was ist die Spezifik des gegenwärtigen Rassismus? Wie läßt sie sich mit der Klassenspaltung im Kapitalismus und den Widersprüchen des Nationalstaats verknüpfen? Inwiefern zwingt uns das Phänomen des Rassismus wiederum zu einem Überdenken des Nationalismus und der Klassenkämpfe? Diesen Fragen gehen Etienne Balibar und Immanuel Wallerstein in diesem Grundlagenwerk der Rassismustheorie nach. Sie belegen, daß die Konflikte zwischen den Klassen noch in andere als nur ökonomische Strukturen eingebunden sind; die Widersprüchlichkeit des Rassismus zeigt sich in der Formierung nationaler und ethnischer Identitäten ebenso wie in der zweideutigen Wirksamkeit herrschender Ideologien.

Argument Classics
ISBN 3-88619-386-1 · DM 39,80

Im guten Buchhandel und beim Argument Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, Tel./Fax: 030 / 31 31 696



Heraus aus der Zuschauerdemokratie!

Aufstehen für eine andere Politik

Aktionsbündnisse von Arbeitslosen, GewerkschafterInnen, Studierenden, Basisgruppen, Kircheninitiativen und den TrägerInnen der Erfurter Erklärung rufen auf zur

Großdemonstration am 20. Juni 1998 in Berlin

Es kommt etwas in Bewegung in Deutschland. Arbeitslose finden sich nicht mehr damit ab, ausgegrenzt zu werden, sondern beginnen, selber zu handeln. Gewerkschaften mischen sich wieder in die Politik ein, weil sie sich ihre erkämpften Rechte nicht länger zerstören lassen wollen, während die Gewinne der Kapitalbesitzer explodieren. Proteste richten sich gegen Bildungs- und Kulturabbau, gegen Eingriffe in den Umweltschutz, gegen die Demontage der Sozialversicherung. Die Kirchen erinnern sich ihrer vorrangigen "Option für die Armen" und mahnen in ihrem gemeinsamen Sozialwort "Solidarität und Gerechtigkeit" an. Viele sagen:

"Bis hierher und nicht weiter",

wie es die ERFURTER ERKLÄRUNG 1997 formulierte.

Seit mehr als 15 Jahren betreibt die kapitalliberale Koalition in Bonn den Abbau der sozialen Demokratie, und sie mißbraucht die deutsche Einheit zu verstärkter Umverteilung von unten nach oben. Aber nun platzen die Versprechungen. Die Einsicht wächst, daß ihre Politik uns und die nachkommenden Generationen mit untragbaren ökonomischen und ökologischen Folgekosten belastet:

- Statt 7 Millionen Arbeitssuchenden Möglichkeiten zu sinnvoller Arbeit für das Gemeinwohl zu geben, treibt die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit.
- Statt die im Grundgesetz garantierte Sozialpflichtigkeit des Eigentums national und international durchzusetzen, spaltet diese Politik die Gesellschaft: Chancen, Einkommen und Vermögen werden extrem ungleich verteilt. Den Benachteiligten und Behinderten werden die Sozialleistungen gekürzt oder sogar gestrichen. Inzwischen lebt jedes dritte Kind von Sozialhilfe. Perspektiven schwinden, Existenzängste wachsen.
- Statt die BürgerInnen an Entscheidungen stärker zu beteiligen, werden die Grundrechte zunehmend eingeschränkt. Von den Ursachen der sozialen Misere lenkt die Bundesregierung ab, indem sie die Opfer und Betroffene gegeneinander ausspielt. Arbeitslose und Erwerbstätige, Ost- und Westdeutsche, Frauen und Männer, Junge und Alte, Deutsche und Ausländer. Vor allem Flüchtlinge werden zu Sündenböcken gemacht.

So muß es nicht weitergehen! - So darf es nicht weitergehen!

Geld ist genug da in Deutschland. Aber Reichtum und Macht konzentrieren sich in den Händen Weniger, während immer mehr Frauen, Männer und Kinder verarmen.

Auch Arbeit wäre genug da, wenn technischer Fortschritt nicht im Interesse des Kapitals einseitig zur Rationalisierung genutzt würde. Der erwirtschaftete Reichtum muß vorrangig dazu dienen, notwendige Arbeit zu finanzieren.

Gerechtigkeit ist die Hauptaufgabe der Politik. Wir brauchen die Umkehr der Politik zu Reformen, die den Namen verdienen.

Wir fordern:

- **Neue, gerechte Verteilung der Arbeit**

Durch weitere Arbeitszeitverkürzung bei angemessenem Lohnausgleich muß der technische Fortschritt den Beschäftigten und Arbeitslosen zugute kommen. Neue Arbeit muß geschaffen werden, die gesellschaftlichem Nutzen und ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Die Agrarpolitik muß bäuerliche Landwirtschaft schützen. Erhalt der Bodenreform. Keine Wiederherstellung von Großgrundbesitz. Aktive Beschäftigungspolitik ist auch ohne Wirtschaftswachstum möglich.

- **Soziale und ökologische Steuerreform**

Die Steuerpolitik muß dem sozialen Ausgleich und dem ökologischen Umbau der Wirtschaft dienen. Steuerflucht des Kapitals und gegenseitiges Steuerdumping der Regierungen müssen durch nationale und internationale Politik bekämpft werden. Bedarfsorientierte soziale Sicherung setzt voraus, daß die großen Vermögen sozialpflichtig gemacht werden und das Solidaritätsprinzip gestärkt wird.

- **Gleiche Bildungschancen**

Weil Bildung kein Privileg der Reichen werden darf, müssen nach jahrelangem Finanzabbau die Mittel für Ausbildungsförderung erhöht werden, Firmen dürfen sich nicht vor Ausbildungspflichten drücken. Eine Kürzung der Studienzeiten und eine Einführung von Studiengebühren lehnen wir als Lösung ab.

- **Demokratie**

Wir brauchen eine Zivilgesellschaft der Vielfalt, antifaschistisch und tolerant, in der alle gleichberechtigt an Demokratie teilhaben. Nicht länger dürfen acht Millionen Menschen, nur weil sie keinen deutschen Pass haben, von den Bürgerrechten ausgeschlossen bleiben. Wer in Deutschland seinen Lebensmittelpunkt hat, muß politisch mitreden und mitentscheiden dürfen.

- **Eine neue Friedenspolitik und eine neue Weltwirtschaftsordnung**

Für die Bewahrung des Friedens brauchen wir keinen Eurofighter. Aus der Bundeswehr darf keine offensive Truppe gemacht werden, die für wirtschaftliche Interessen weltweit eingesetzt werden kann. Weil durch die Globalisierung von Finanzmärkten und Konzernen die nationalstaatlichen Instrumente der Währungs-, Zins- und Haushaltspolitik betroffen sind, werden internationale Vereinbarungen über eine sozial und ökologisch orientierte Weltwirtschaftsordnung um so dringlicher.

Ein neuer Kanzler genügt nicht! Wir wollen eine neue Politik!

Schluß mit der Selbstentmachtung der Politik zugunsten der Wirtschaft!

Schluß mit der Mißachtung der Lebensinteressen der Menschen zugunsten des Profits!

Schluß mit der Diskriminierung durch Armut!

Schluß mit dem Abbau demokratischer Rechte!

Das sind Aufgaben über den Wahltag hinaus - Aufgaben, die alle unsere Kräfte erfordern. Eine neue Politik, die Arbeit und soziale Gerechtigkeit schaffen soll, läßt sich nicht allein mit einem Kreuzchen auf dem Stimmzettel herbeiführen. Sie braucht Antrieb durch eine starke und widerstandsfähige außerparlamentarische Bewegung, die auf das partei-politische Spannungsfeld von SPD, Bündnis90/die Grünen und PDS für einen Politikwechsel einwirkt. Von den Oppositionsparteien erwarten wir nicht gegenseitige Stigmatisierung und Ausgrenzung, nicht eine Fortsetzung der neoliberalen Politik, sondern einen Bruch mit ihr.

**Tretet heraus aus der Zuschauerdemokratie!
Kommt zur bundesweiten Großdemonstration
am 20. Juni 1998 in Berlin**

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT

spw

Verlag/Redaktion GmbH - Fresienstr. 26 - 44289 Dortmund
Tel. 0231-402410 (Verlag), -401411 (Red.), Fax -402416

Herausgegeben von Heinz Albrecht, Karin Benz-Overhage, Edelgard Bulmahn, Diether Dehm,
Katrin Fuchs, Christel Hanewinkel, Uwe Kremer, Detlev von Larcher, Susi Möbbeck,
Peter von Oertzen, Horst Peter, Sigrid Skarpelis-Sperk, Andreas Wehr, Thomas Westphal

spw-LeserInnenbefragung 1998

Liebe Leserin, lieber Leser,

spw möchte sich weiter verbessern. Dafür ist ein Feedback unserer LeserInnen die entscheidende Voraussetzung. Wir wollen in Themenwahl, Struktur und Aufmachung präziser auf die Wünsche und Ansprüche unserer LeserInnen eingehen können. Und wir wollen Kritik, Lob und Verbesserungsvorschläge aufgreifen, um unsere Heftplanung zu optimieren.

Den ausgefüllten Fragebogen sende bitte bis zum 1. Mai anonym/oder mit Name und Telefon versehen, falls Du für telefonische Rückfragen zur Verfügung stehst, an unsere Redaktionsadresse zurück. Für Deine Mitarbeit jetzt schon herzlichen Dank.

Deine spw

1. Geschlecht: männlich weiblich

2. Alter: unter 21 21-35 35-50 51 und älter

3. In welchem Beschäftigungsverhältnis befindest Du Dich:

Schüler/in Berufsausbildung Student/in Beamte/r Angestellte/r
 freiberuflich/selbständig Rentner/in Hausmann/frau arbeitslos

4. In welchen Bereichen bist Du beschäftigt?

Wissenschaft/Forschung Kultur /Soziales/Jugend Medien/Werbung
 Schule/Weiterbildung/Erziehung Politik/Gewerkschaft/Verband Verwaltung
 sonstige Dienstleistung Produktion/Handwerk

5. Mitgliedschaft in einer Partei/Gewerkschaft/Sonstige politische Organisation

SPD B'90/Grüne PDS Andere Partei Gewerkschaft
 Sonstiges:.....

6. Ich bin politisch aktiv in/bei:

Partei Jusos Gewerkschaft Soziale Bewegung
 Bürgerinitiative Sonstiges:.....

7. Welche anderen Zeitungen/Zeitschriften liest Du regelmäßiger (Mehrfachnennungen möglich):

Frankfurter Rundschau taz FAZ Süddeutsche Neues Deutschland
 freitag Blätter Neue Gesellschaft ZEIT Argument Sozialismus Prokla
 Z Utopie kreativ Andere Zeiten Sonstige:.....

8. Hast Du einen Internetzugang?

ja nein ist geplant

Mailbox/CL-Netz:?

ja nein ist geplant



9. Seit wann bist Du Abonnt/in der spw?

- bisher nicht seit kurzem über 1 Jahr über 2 Jahre über 5 Jahre über 10 Jahre

10. Wie hast Du spw kennengelernt?

- über Bekannte Probeheft Anzeige Info-Stand

Sonstiges:.....

11. Wieviele Beiträge der spw liest Du durchschnittlich?

- fast alle die Mehrheit mehrere wenige

12. Welche Beiträge und Bereiche liest Du bevorzugt? (Mehrfachnennungen möglich)

- Magazin Schwerpunkt Debatten/Repliken Kommentare Interviews Berichte
 Diskussionsrunden Rezensionen Überblicksartikel theoretische Aufsätze

13. Wie werden folgende Themenbereiche in spw behandelt?

Sozialdemokratie	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Internationales	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Jusos	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Kommunales	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Sozialismus	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Geschichte	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Marxismus	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Jugend	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Gesellschaftstheorie	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Bildung	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Parteien	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Neue Technolog.	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Gewerkschaften	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Internet	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Die Linke	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Neue Medien	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Ökonomie	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Kultur/Lebensstil	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Globalisierung	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Strategiefragen	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Soziales	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Politische Praxis	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Frauthemen	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Satire/Humor	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Ökologie	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Infos/Hinweise	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Europa	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel	Persönliches	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel
Nationalism./Rassism.	<input type="checkbox"/> zu wenig	<input type="checkbox"/> o.k.	<input type="checkbox"/> zu viel				

14. Ich würde gerne von folgenden AutorInnen mehr lesen (Mehrfachnennungen):

- SPD-Prominenz Parteilinke Jusos PolitikerInnen anderer Parteien Internationale
 Intellektuelle Journalisten/Schriftsteller Kultur Vorschlag:.....

15. Wärst du für eine häufigere Erscheinungsweise von spw (ggf. müßten die Abo-Gebühren entsprechend steigen):

- soll bei 6 Ausgaben bleiben 8 Ausgaben 10 Ausgaben

16. Welche Beiträge fandest Du in letzter Zeit besonders

- gut/interessant/informativ:.....
 schlecht/langweilig/flach:.....

17. Wie beurteilst Du die Publikationen des spw-Verlages

- insgesamt gut langweilig zu teuer würde gerne mehr sehen
Kommentar:.....

18. Kommentar/Anregung/Kritik/Lob zur spw:

(Wenn Du Deine Telefonnummer angibst, rufen wir Dich gerne zurück)

Paul Levi 12.6.1923 Foto: AdsD d. FES



SPW – Sozialistische Politik und Wirtschaft

Im Februar 1923 erschien in Berlin die erste Nummer einer neuen Wochenschrift mit dem Titel SPW – Sozialistische Politik und Wirtschaft, zuerst hektographiert, ab August gedruckt. Ihr Herausgeber, wichtigster Redakteur und Autor, der die Leitartikel der bis September 1928 regelmäßig erscheinenden Korrespondenz meist selbst schrieb, war Paul Levi, die Zeitschrift selbst bald unter dem Namen „Levi-Korrespondenz“ allgemein bekannt. Sie galt als Sprachrohr Paul Levis und als geistiges Zentrum der Linksoption in der SPD, darüberhinaus als ein wichtiges Organ der Linken innerhalb wie außerhalb der Sozialdemokratie. Am 1. Oktober 1928 wurde sie mit der ein Jahr zuvor von Teilen der sozialdemokratischen Linksoption gegründeten Zeitschrift „Der Klassenkampf“ vereinigt, an der Levi von Anfang an mitgearbeitet hatte (vgl. Drechsler 1965, 21ff.).

Die SPW, als Pressekorrespondenz für die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse konzipiert, war in den mehr als fünf Jahren ihres Bestehens politisch sehr einflussreich; sie wurde von vielen Redaktionen abonniert und hatte darüberhinaus zahlreiche Einzelabonnenten – keineswegs nur Mitglieder der SPD. Die SPW enthielt politische Kommentare und Artikel zu vielen, aktuellen ökonomischen und politischen Fragen in Deutschland und der Welt. Viele der Leitartikel Levis (die häufiger in der Parteipresse, vor allem der „linken“ SPD-Landesverbände nachgedruckt wurden) handelten von internationaler Politik oder gingen auf die politische Entwicklung in anderen Ländern ein; regelmäßig kommentierte und kritisierte Levi Ereignisse in der Sowjetunion. Die sozialistische Bewegung im In- und Ausland, die SPD, die KPD, die Gewerkschaften wurden in der SPW ebenfalls laufend kommentiert und oft scharf kritisiert (vgl. Ludewig 1981).

Der Parteivorstand der SPD fühlte sich des öfteren herausgefordert und bemüht, der Levi-Korrespondenz und ihren Mitarbeitern Illoyalität und allerlei finstere Absichten gegen die Partei zu unterstellen (Vgl. Drechsler 1965, 19f.; Beradt 1969, 76f.). Paul Levi hatte sich mit der SPW nicht nur die Feindschaft der SPD-Mehrheit redlich erworben, sondern auch eine moralische und intellektuelle Autorität, die weit über die Kreise der Linksoption in der SPD hinausreichte. Er war der unbestrittene „Wortführer der Linken“, obwohl ihn seine Partei, die SPD, nur selten zu Wort kommen ließ, im Reichstag, dem er seit 1920 als Abgeordneter angehörte und wo er seine Partei im Rechtsausschuß

Paul Levi (1883 – 1930): Der letzte Ritter

von Michael R. Krätke*

vertrat, auf den Parteitag, wo ihm nur selten zugebilligt wurde, den Standpunkt der linken Opposition zu vertreten.

Carl von Ossietzky sah in ihm den kommenden Mann, zur Führung der Sozialdemokratie berufen: „als Einziger heute in der Sozialdemokratie trägt er das Pathos der Revolution im Blute“. Als Anwalt, der die Aufklärung der politischen Morde an Luxemburg und Liebknecht maßgeblich betrieb, hat er Reden „von einem wahrhaft dantonschen Format“ gehalten. Die SPD „braucht einen Mann im Mittelpunkt, an dem sich die Phantasie der Jugend entzünden kann. ... welcher deutsche Redner [verfügt] heute über diese Macht des Wortes? ... wer in Deutschland seit Ferdinand Lassalle [hatte] diese fegende Vehemenz der Rede? Hier ist der Mann, der mit allem ausgestattet ist, um die Sturmflagge gegen Bonzentum und feisten Opportunismus zu erheben.“ Allerdings, so setzte Ossietzky zweifelnd hinzu, Paul Levi wird nicht wollen, er hat nicht die „Beständigkeit“, die der Kampf gegen den Parteiapparat erfordert (Ossietzky 1929, 844).

Paul Levi und der Kommunismus

Paul Levi wurde 1883 im schwäbischen Hechingen als Sohn einer gutbürgerlichen deutsch-jüdischen Fabrikantenfamilie geboren, ging in Stuttgart aufs Gymnasium, wo er seine Leidenschaft für die Juristerei entdeckte. In Berlin und Grenoble studierte er Jura und ließ sich nach seiner Promotion und Referendarzeit 1909 in Frankfurt/M als Anwalt nieder. Er war ein rethorisch und intellektuell brillanter Strafverteidiger, vielsprachig und vielseitig gebildet, der schon damals durch sein ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl – sein „soziales Engagement“ würden wir heute sagen – auffiel. Er trat 1909 der SPD in Frankfurt bei, amtierte als Schriftführer, kandidierte bald für den Landtag und für die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, verlor, und wurde als Delegierter zum Jenaer Parteitag der SPD (1913) entsandt. 1913 traf er zum ersten Mal mit Rosa Luxemburg zusammen. Im Frühjahr 1914 verteidigte er sie in zwei großen, aufsehenerregenden politischen Prozessen; er begleitete sie nach ihrer Verurteilung auf ihren Propagandareisen durch Deutschland und sprach in vielen Versammlungen über den „Luxemburg-Prozeß“.

Dieser Paul Levi ist Führer einer Partei der Linken gewesen, nicht der SPD, sondern der Kommunistischen Partei Deutschlands. Diese Rolle war ihm zugefallen, er hatte sich nicht danach gedrängt; nach der Ermordung von Luxemburg, Liebknecht und Jogiches, dem Führungstrio des Spartakusbundes, mußte er sie übernehmen. Er fiel bald wieder aus ihr heraus, nachdem er sich redlich bemüht hatte, die „Geburtsfehler“ der verfrüht gegründete

* Michael R. Krätke, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Amsterdam.

Karl Liebknecht, Jean Longuet, Vandermissen, Melin, Pierre Delcourt, Mayence Roldes, Paul Levi Foto: AdsD d. FES



ten KPD, den erklärten Anti-Parlamentarismus, den Wahlboykott, die Vergötzung der „direkten Aktion“, die prinzipielle Ablehnung der Gewerkschaftsarbeit und ähnliche Kindereien mehr, wieder gut zu machen. Levi hatte bereits auf dem Gründungsparteitag der KPD gegen die Stimmung und Meinung der Mehrheit die Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung verteidigt (vgl. seine Rede in Levi 1969, 12ff.). Im Sommer 1919 zog er aus den blutigen Ereignissen des Januaraufstands (später fälschlich „Spartakusaufstand“ genannt) und der Münchner „Räterepublik“ die Konsequenz: Auch Arbeiter, auch Massen können irren; Sozialisten haben die Pflicht, verfehlte und illusionäre Massenaktionen öffentlich zu kritisieren, sie haben nicht die Pflicht, sich an die Spitze von Bewegungen zu setzen, die „ins Unheil führen“, nur weil es Massen sind, die sich in Bewegung setzen (vgl. Levi 1919, 13).

Konsequent warf Levi im Oktober 1919, auf dem 2. Parteitag der KPD, die linksradikalen Freunde der direkten Aktion aus der Partei; eine beinhardt durchgezogene, bewußt provozierte Spaltung, die die Syndikalisten und „Linkskommunisten“ zum Sektendasein verurteilte. In diesem Fall erwies sich Levi als kühler „Praktiker“ und gewiefte Parteitaktiker. Man kann sein damaliges Vorgehen „undemokratisch“ und „bürokratisch“ finden (vgl. z.B. Beradt 1969, 33f.; Bock 1969, 140ff.; Angress 1973, 67ff.); in den „Leitsätzen“, die er benutzte, um diese „Linken“ los zu werden (vgl. den Text bei Bock 1969, 360ff.), formulierte er

„... wir haben keine Klarheit mehr, und ohne Klarheit sind wir keine Partei, sind wir ein wilder Haufen, der nicht einmal geführt werden kann, geschweige denn selbst führen könnte. Nichts Schlimmeres als der Kampf zwischen feindlichen Brüdern.“

Paul Levi 1919

seine Auffassung von der Revolution, die „kein einmaliges Schlagen“, sondern ein langwieriger, mühsamer Prozeß mit vielen Wechselfällen, mit „Auf- und Abstieg“ sei, in dem sich die Arbeiterklasse erst allmählich der Ursachen ihrer Lage, ihrer Aufgabe und ihrer Kraft bewußt werde. Die Spaltung war notwendig, da auch radikale Sozialisten unter den Arbeitern, die von der Politik der

MSPD bzw. der USPD bitter enttäuscht waren, mit Abenteurern und verantwortungslosen Putschisten, mit Anti-Gewerkschaftern und Anti-Parlamentariern nichts zu tun haben wollten.

Levi errang nur einen halben Sieg. Während des Kapp-Putsches im März 1920 saß er im Gefängnis, konnte daher gegen die irrwitzige Taktik der KP, die anfangs „keinen Finger rühren“ wollte und sich erst nachträglich der größten Massenbewegung der Weimarer Republik, dem von den

Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreik zur Verteidigung der Republik, anschloß, nur protestieren, sie aber nicht verhindern. Im Dezember 1920 gelang die Vereinigung der KPD mit dem linken Flügel der USPD, die sich kurz zuvor gespalten hatte. Levi war von der Spaltungspolitik der Komintern nicht begeistert; er kritisierte die berühmten 21 Bedingungen auf dem Komintern-Kongreß im Sommer 1920 als das „Werk eines inkompetenten Rechtsanwaltes“ (vgl. Angress 1973, 103). Nun war er über diesen Teilerfolg, der die KPD über Nacht zu einer Partei mit 350.000 Mitgliedern, einer eigenen Presse und einer landesweiten Organisation machte, froh – auch wenn er die Bildung einer neuen, „revolutionären Massenpartei“ in Deutschland lieber ohne Spaltung und ohne Einmischung der Komintern gehabt hätte.

Die „Geburtsfehler“ der neuen Partei zeigten sich rasch. Levi versuchte Anfang 1921, die übrigen Parteien der Linken und die Gewerkschaften zu einer Zusammenarbeit im Blick auf eine Reihe ökonomischer und politischer Minimalforderungen zu gewinnen (was später „Einheitsfrontpolitik“ genannt wurde) (vgl. Beradt 1969, 42; Angress 1973, 125f.). Ohne Erfolg. Nachdem er über ein Jahr lang redend, schreibend, verhandelnd immer wieder versucht hatte, die Unabhängigkeit der deutschen Partei gegenüber der Komintern zu bewahren, trat er im Februar 1921 aus Protest gegen die Spaltung der Sozialistischen Partei Italiens, die die Komintern provoziert hatte, vom Parteivorsitz zurück.

Die nächste Torheit, die sogenannte „Märzaktion“ von 1921, konnte er nicht mehr verhindern. Die neue Zentrale ließ sich von einigen Komintern-Gesandten verleiten, die eigenen Leute in einer Reihe von sinnlosen, isolierten Aufstandsversuchen zu opfern, die die Kommunisten in eine bittere Konfrontation mit der überwiegenden Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse trieben. Levi tat nun etwas Unverzeihliches: Er ging, nachdem er vergeblich versucht hatte, sich Gehör zu verschaffen, mit seiner Kritik an die Öffentlichkeit. In einer Broschüre – *Unser Weg. Wider den Putschismus* (vgl. Levi 1969, 44ff.) –, die innerhalb eines Monats zwei Auflagen erlebte, griff er die unverantwortliche Putschtaktik an und – noch schlimmer – nannte die Verantwortlichen, die Emissäre der Komintern, die ohne Kenntnis von Land und Leuten „Angriffsaktionen“ befahlen bzw. Zusammenstöße mit der Polizei inszenierten, um die Arbeiter zur „Aktion“ zu reizen. Das war mit der Tradition des westeuropäischen Sozialismus und mit der gut marxistischen Konzeption einer „revolutionären Massenpartei“ unvereinbar: Eine Partei, die kein anarchistischer Club, sondern Teil der Arbeiterbewegung, die „Masse unter Massen“ ist, kann Massenbewegungen nur anführen, wenn „eigner Wille, eigne Einsicht, eigne Entschlossenheit“ diese Massen in Bewegung bringen. Niemand dürfen die Kommunisten als Minderheit im Proletariat „an Stelle des Proletariats, ohne das Proletariat, am Ende gar gegen das Proletariat“ handeln. Einen derartigen Prinzipienbruch öffentlich zu kritisieren, war „allerhöchste revolutionäre Pflicht“ (vgl. Levi 1921; Levi 1969, 71, 72). Der Gegensatz war nicht zu überbrücken: Mit Leuten, die die stets beschworenen „Arbeitermassen“ nur als Kanonenfutter für ihre Putschaktionen betrachteten, gab es keine Kompromisse. Levi flog aus der Partei und wurde zur Unperson.

Levi war kein reiner Berufspolitiker und hielt wenig von „Berufsrevolutionären“, denen eine Partei jederzeit auf den Magen schlagen konnte. Obwohl er seit 1920 dem deutschen Reichstag als Abgeordneter angehörte, blieb er als Anwalt tätig – seit 1922 hatte er sein eigenes Anwaltsbü-

ro in Berlin – und war obendrein Notar der Arbeiterbank, daher materiell von Partei und Parlament unabhängig. Er verstand es immer wieder, sich ein „Sprachrohr“ zu schaffen, eine eigene Zeitschrift, Er war Redakteur, Herausgeber und Autor der „Spartakusbrieft“, der „Internationale“. Nach seinem Parteiausschluß übernahm er die Zeitschrift „Sowjet“ und machte sie unter neuem Namen – „Unser Weg“ – zum Organ der linken Opposition, zunächst organisiert in der „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft“ (KAG), dann in der USPD, der sich seine Gruppe im April 1922 anschloß. Nach dem wenige Monate später erfolgten Übertritt zur SPD schuf er sich mit der SPW erneut ein inner- wie überparteiliches Organ, die SPW, die seine erfolgreichste Zeitschrift wurde. Daneben schrieb er in durchaus „bürgerlichen“, linksliberalen Blättern (wie dem „Tagebuch“, „Nord und Süd“). Keiner Parteiführung gelang es, ihn mundtot zu machen.

Kritik des Leninismus

Levi hatte Lenin wie einige andere führende Bolschewiki (Radek, Sinowjew) 1916 in der Schweiz kennen- und schätzen gelernt. Er beteiligte sich an den Anti-Kriegsaktionen der „Zimmerwalder Linken“ und half Lenin, im Frühjahr 1917 nach Rußland zu kommen. Erst 1920, als Vorsitzender der KPD, sah er ihn wieder. Wie die spärlichen Dokumente zeigen, pflegten beide einen durchaus kollegialen Umgang. Lenin hielt große Stücke auf Levi; nach seinem Parteiausschluß versuchte er eine Zeitlang, den endgültigen Bruch zu vermeiden. Auch Levi hoffte 1921 noch auf eine Rehabilitierung durch Lenin und die Komintern (vgl. Gruber, 1967; Jones 1968, 1975).

Nach seinem Ausschluß aus der KP – wegen „Disziplinbruchs“, nicht, weil er Unrecht gehabt hätte – begann Levis offene Kritik der Entwicklung in der Sowjetunion und der dazu gehörigen politischen Theorie des *Leninismus*. Diese Kritik hielt er für eine moralische Pflicht und politische Notwendigkeit, um die Arbeiterbewegung in Westeuropa dem Sozialismus zu erhalten: Was in der Sowjetunion im Zeichen des Sozialismus geschehe, würde, „wenn es unkritisiert geschähe, den Sozialismus auf Generationen diskreditieren“ (Levi 1969, 173). Darum gab er 1922 die Kritik der Politik der Bolschewiki heraus, die Rosa Luxemburg im September/Oktober 1918 noch im Gefängnis geschrieben, auf seine dringenden Bitten hin aber nicht veröffentlicht hatte. In seiner Einleitung (fast so lang wie das – unvollständige – Manuskript, das ihm zur Verfügung stand), griff er Lenin direkt an – als den Autor einer verfehlten Parteitheorie, als Urheber des Mythos von der Interessensolidarität zwischen Arbeitern und (landbesitzenden) Bauern, vor allem als den Begründer des Mythos vom „Sowjetstaat“, der „proletarischen“ Staatsform.

In diesem Punkt ging Levi deutlich über Luxemburg hinaus. Er sah die russische Revolution als eine Bauernrevolution, deren Überleben im Bürgerkrieg den Bauernsöhnen zu verdanken war, die mit dem Sowjetregime ihren erworbenen Grundbesitz verteidigten. Wenn aber die Bauern, die durch die Revolution zu Grundbesitz gekommen waren, die staatstragende Klasse der Sowjetunion bildeten, und nicht die kleine Minderheit der Proletarier, dann stellte sich die (staats-theoretische) Frage nach dem Zusammenhang von „Staatsform“, „Regierungsform“ und „sozialem Inhalt“ der Sowjetunion ganz anders und schärfer als Lenin selbst sie gestellt hatte: Kann eine proletarische Staatsform wie die des „Sowjetstaats“ durch ihre bloße Existenz die Herrschaft des Proletariats sicherstellen oder kann sich „auch unter der Decke der proletarischen Form

des Staates“ dessen sozialer Inhalt, d.h. die Art der sozialen und politischen (Klassen)herrschaft, gründlich verändern (vgl. Levi 1969, 112)? Für Levi war spätestens seit dem Kronstädter Aufstand von 1921 klar, daß die bloße „proletarische“ Form „keine Garantie gibt für den Klasseninhalt“ (1969, 125) des Staates. Den Beginn der Neuen Ökonomischen Politik sah er als klares Indiz dafür, daß sich unter der Form der Sowjetrepublik die Diktatur des Proletariats aufgelöst habe (1969, 125ff.).¹

Lenin hatte eingeräumt, daß ein proletarischer Staat mit allen möglichen Regierungsformen, von der vollsten Demokratie bis hin zur persönlichen Diktatur vereinbar sei; eine politische Entrechtung der Bourgeoisie oder anderer sozialer Klassen sei keineswegs ein notwendiges Element der „proletarischen Staatsform“ (1969, 118, 119). Damit – bzw. mit dem Verzicht auf institutionelle Garantien – wurde die Entscheidung über „der Demokratie erträgliches Maß“, über Gestalt und Gehalt dieser Staatsform in die Hände der regierenden KPdSU gelegt, mit-hin vom Charakter der jeweiligen regierenden Personen abhängig gemacht. „Lenin und Trotzki können sterben; wie werden die Nachfolger sein?“ (1969, 119, 120, 128). In der Leninschen Lehre von der Diktatur des Proletariats erkennt Levi schon Anfang der zwanziger Jahre die Keime der stalinistischen Diktatur.

Levi bewunderte Lenins politischen Instinkt und pries die Leistung des „genialen Praktikers“, im rechten Augenblick „eine Form für die Idee der Revolution“ gefunden, dem Problem der „Machtergreifung des Proletariats“ eine klare und konkrete Lösung gegeben zu haben (Levi 1926c; 1969, 143, 150). Lenins Lösung war weder für Rußland richtig noch für andere Länder geeignet (vgl. 1924, 18f.; 1926c; 1969, 143). Die westeuropäische und die russische Arbeiterbewegung waren nach Entstehungsbedingungen, Tradition, Organisation, Bewußtseins- und Aktionsformen gänzlich verschieden; in Westeuropa entwickelte sich der Sozialismus im Rahmen einer Klassenbewegung, die ihre eigenen Massenorganisationen, ihre eigenen kulturellen Milieus hervorgebracht hatten. Nicht nur in Deutschland waren die Sozialisten eine Minderheit in einer Massenbewegung von keineswegs unwissenden und ungebildeten Menschen; nicht nur deutsche Arbeiter wollten überzeugt sein und konnten nur durch eine klare, überlegte Politik, nicht durch bloße Propaganda gewonnen werden (vgl. Levi 1922c; 1926c,d; 1969, 89, 146f., 243f.). Lenins Organisationstheorie, die Rosa Luxemburg bereits 1904 offen kritisiert hatte (vgl. Levi 1969, 137), war aus den eigentümlichen Bedingungen, unter denen sich der Sozialismus und die Arbeiterbewegung im zaristischen Rußland gebildet hatten, zu erklären. Die spezifischen Bedingungen des Bauernlandes Rußland erklärten sowohl die Möglichkeit als auch die Begrenztheit des Sieges, der Machtergreifung der Bolschewiki.

Im *Leninismus*, einem Amalgam aus Lenin-Philologie und Mythen der Oktoberrevolution, wurden die Fehler wie die taktischen Wendungen Lenins zur Theorie erhoben. Levi bekämpfte den zum Leninismus versteinerten Mythos der Oktoberrevolution, weil die Arbeiterbewegung „nicht zum Götzendienst geschaffen ist“ (1969, 153). Er griff die

„Es ist ein Verbrechen, daß man schreibt: das Proletariat wird keinen Finger rühren für die Republik. Wißt Ihr, was das heißt? Das heißt der größten Aktion des Proletariats in den Rücken fallen ... [Es] gilt jetzt alles, daß der Putsch niedergeschlagen wird ohne Kompromisse.“

Paul Levi anlässlich des Kapp-Putsches, 1920

„völlig verkehrte(n) und verfehlte(n) Theorie von der ‚Rolle der Partei‘, von der Allmacht eines Zentralkomitees in der Partei, von der Gottähnlichkeit von ein paar Bonzen“ (1969, 160) prinzipiell an: Die Ideologie einer Sekte, die zur Staatsgewalt geworden war. Erst „hatten die Bolschewiki die Macht, dann hatte die Macht die Bolschewiki“ (Levi 1926a). Auch das „starre Herrschen“, das Festhalten an der Macht um jeden Preis, verdammt zum „Leben der Sekte“ (1969, 147). Ebenso entschieden bekämpfte Levi den Mythos von der Interessensolidarität zwischen Arbeitern und Bauern, den eigentlichen Kern des *Leninismus*, auf dem der Mythos vom unge-

„Es ist der alte Unsinn, daß man in Moskau immer glaubt, wenn Serati in Italien oder Levi in Deutschland nicht die Sowjetrepublik verhinderten, dann wäre sie schon längst gekommen. Die Moskauer vergessen vollständig die ganz und gar anderen Verhältnisse in Westeuropa und Rußland“

Paul Levi, 1921

brochen proletarischen und sozialistischen Charakter des Sowjetstaats beruhte. Diese angebliche „Weiterentwicklung“ des Marxismus beruhte auf der kühnen Behauptung, eine politische, staatliche Form könne bestehende Klassengegensätze aufheben. Tatsächlich wurden sie in der Sowjetunion in der Form von innerparteilichen Fraktionskämpfen ausgefochten und von Anfang an nur mit Gewalt niedergehalten.

Folglich gehörte der staatlich organisierte Terror unweigerlich zum Sowjetregime (vgl. Levi 1969, 148ff. u.ö.).

Levi hat den Terror in der Sowjetunion nie verschwiegen, nie beschönigt, nie verteidigt. Lange vor dem „großen Terror“ schrieb er bereits über die Prozesse, die gegen innerparteiliche Gegner, aber auch gegen angebliche Saboteure und Spione geführt wurden. Er betrachtete die Wiederkehr der Verbannung, der Straflager, der Erschießungskommandos als den endgültigen Bankrott des Leninismus (vgl. Levi 1969, 159f.). Die Leninisten hätten den Wert der

Demokratie für die Entwicklung der Arbeiterklasse, für die Bildung eines klaren Willens zur politischen Macht in der Arbeiterbewegung ebensowenig begriffen wie sie den langwierigen Prozeß der Umgestaltung von Verhältnissen und Menschen verstanden hätten, der im klassischen Marxismus „soziale Revolution“ hieß; ein Prozeß, der mit Unterdrückung „im Polizeisinn“ oder Staatsterrorismus nichts zu tun habe (vgl. Levi 1927a; 1969, 130f., 160 u.ö.). Levi gehörte zu den (gar nicht so wenigen) Marxisten, die das Sowjetregime fast von Anfang an prinzipiell und „von links“ kritisierten.

Paul Levi als politischer Theoretiker

In jüngster Zeit aufgefundene Privatbriefe deuten darauf hin, daß Paul Levi einige Monate lang Rosa Luxemburgs Geliebter war (vgl. Quack 1983). Beide haben ihr Verhältnis geheim und für sich behalten. Als die erste Liebe vorbei war, blieben sie Freunde und Kampfgenossen. Er war ihr Verteidiger, ihr Vertrauter und hochgeschätzter Mitarbeiter; wie Luxemburgs Briefe an ihn zeigen, betrachtete sie ihn als fähigen und berufenen Nachfolger, auf den sie hörte und den zu überzeugen ihr wichtig war. In der spärlichen Literatur steht Levi im Schatten Luxemburgs. Selbst seiner Biographin Beradt gilt er nicht als „Theoretiker des Marxismus“ (Levi 1969, 6). Ebenso entschieden behauptet Sibylle Quack, er sei mehr ein „Strategie“ und „Praktiker“, auf jeden Fall „kein Theoretiker“ gewesen; es gebe keine „rein theoretische Schrift“ von ihm (1983, 18, 94). Levi war ein politischer Analytiker von hohen Gaben. Seine tagespolitischen Analysen waren alles andere als „theorielos“, im Gegenteil. Sie zeugen von genauer Kenntnis der damals zugänglichen Schriften von Marx und Engels und sie zeigen eine erstaunliche Fähigkeit, Tagesereignisse in den Zusammenhang großer historischer Entwicklungen einzuordnen. Darin ist Paul Levi Otto Bauer vergleichbar. Sein Stil ist unverwechselbar, lederne Langeweile kann man ihm nicht vorwerfen.

Levis theoretisches Denken kreist – wie das Gramscis – um die moderne Politik im modernen Staat, um die politischen Parteien und die „marxistische“ Kernfrage, was „Massen“ in Bewegung bringt und wohin soziale Massenbewegungen führen bzw. wie sich soziale Bewegungen führen lassen. Kann man „Politik“ als Wissenschaft sehen und betreiben? Wenn ja, wie dies die Marxisten seit jeher behaupten, wo liegt die Grenze politischer Analysen? Welche Bedeutung hat das, was „vom Standpunkt der politischen Kriegsakademie richtig“ ist, für die politische Praxis? Weil er einer der wenigen Marxisten nach Engels war, der sich mit Militärwissenschaft gründlich befaßte, wandte sich Levi gegen den gedankenlosen Gebrauch militärischer Begriffe und Analogien in der politischen Theorie. Jeder gute Militärhistoriker und -theoretiker wußte und weiß um die Bedeutung des „moralischen Faktors“ wie jeder gute General. Strategische Pläne und taktische Konzepte sind eines, was daraus im Krieg wird, hängt von der physischen und vor allem moralischen Verfassung einer Armee ab. Eine soziale Bewegung läßt sich nicht mit einer organisierten und disziplinierten Armee vergleichen; die Arbeiterklasse ist eben kein fix und fertiges Instrument zur Verfügung eines proletarischen Generalstabs – sie bildet sich erst als Klasse mit gemeinsamen Ideen und Zielen im Laufe der Bewegung, die sie selbst macht und durchmacht (vgl. 1969, 145, 185f.).

Politik in und mit der Arbeiterbewegung darf sich nie in Organisation erschöpfen. Am wichtigsten ist die ständige Arbeit an der Erziehung und Selbsterziehung der Arbeiter,



Paul Levi 1923 Foto: AdsD d. FES



die durch Erfahrung und Kritik lernen. Erst die klare und konsequente Kritik – auch der momentanen Stimmungen und Meinungen der Massen – gibt den Sozialisten dauerhaften geistigen Einfluß, schließlich die „Führung“ in der Arbeiterbewegung (vgl. 1969, 58, 2263f. u.ö.). Sie haben „im Grunde nur ein einziges Machtmittel im Gegensatz zur Bourgeoisie, die viele hat“ – das ist der „Ruf an die arbeitenden Massen“ (1969, 223). Um diese Massen aber sammeln, vereinen, rufen und führen zu können, brauchen die Sozialisten eine genaue Kenntnis der wirklichen Verfassung der Klassenbewegung, der „wirklichen Klassenkräfte“ und ihres Verhältnisses (1969, 215, 216).

Methodisch beruhen Levis politische Analysen auf zwei analytischen Unterscheidungen: zwischen „politischer Form“ und „sozialem Inhalt“ und zwischen „Staatsform“ und „Regierungsform“.

Mit zwei Staatsgebilden hat er sich gründlich befaßt: mit dem Sowjetstaat und mit der ersten deutschen Republik. Beide waren aus Revolutionen hervorgegangen; die Weimarer Republik war trotz aller Halbheiten und Schwächen doch die Frucht der „ersten großen Bewegung des deutschen Proletariats, seines ersten weithin sichtbaren Sieges“ (1969, 171) wie die Sowjetrepublik eine Frucht der russischen Arbeiterbewegung. Was für die Analyse der Sowjetunion galt – die politische Form, die Räterepublik bedeutet noch nichts „für den sozialen Inhalt, für das Herrschaftsverhältnis im Staat“ (Levi 1927b) – das galt ebenso für die Weimarer Republik. Auch hier hatten sich die anfänglichen Machtverhältnisse innerhalb weniger Jahre gründlich verschoben – zugunsten einer neuen Herrenklasse der Großindustriellen, die sich im Krieg und in der Nachkriegszeit auf Kosten der Mittelklassen und der Arbeiterklasse enorm bereichert haben. Damit ist die Republik in Gefahr. Was hat es also „mit der gegenwärtigen Staatsform auf sich? Erhält man sie und wie? Ersetzt man sie und durch was?“ (Levi 1929b, 322).

Levi gab eine klare und gut marxistische Antwort: „Nur die Kraft, durch die sie [die Republik, MK] geschaffen wur-

de, kann sie erhalten.“ (1969, 171). Eine Staatsform wird nicht um ihrer „schönen Verfassungsparagraphen willen“ verteidigt; ein Staatswesen „existiert nur kraft der Interessen, das Klassen an ihm nehmen“ (1969, 188, 245). Von einer kleinen Minderheit altliberalen und altdemokratischen Bürgertums abgesehen, ist nur die deutsche Arbeiterschaft republikanisch gesinnt. Aber sie wird die Republik nur verteidigen können und wollen, wenn diese Republik ihren „Lebensinteressen“ einigermaßen gerecht wird, d.h. aber gemäß den Verfassungsparagraphen ihr zumindest „den Boden sozialer Existenz“ sichert, ihre „soziale Existenz“ verteidigt (ebd). Dazu muß die Staatsform, die demokratische Republik einen anderen, neuen „sozialen Gehalt“ bekommen und dazu wiederum muß der gesamte „öffentliche Geist“ der Republik ein anderer, die Republik „sozial“ und „sozialistisch“ ausgestaltet werden (Levi 1929b; 1969, 171f., 188f., 245f.). Die Bedeutung eines Minimums an „Sozialstaatlichkeit“ für die Demokratie hat Levi früher als andere gesehen. Der Weimarer Sozialdemokratie hat er damit – entgegen der bis heute verbreiteten Legende – ein klares Ziel „positiver“ politischer Arbeit innerhalb des bestehenden Staates gewiesen.

Um die Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer solchen „sozialen“ Politik auszuloten, bedurfte es genauer Kenntnis der Strukturveränderungen des internationalen Kapitalismus nach dem und durch den ersten Weltkrieg und ihrer politischen Folgen. Levi hat einige Kabinettsstückchen marxistischer Analysen aktueller Probleme vorgelegt: mit seiner Studie über den internationalen und europäischen Nachkriegskapitalismus (*Sachverständigen-Gutachten und was dann?*, 1924), mit seinen Studien zum Problem der Rüstung und

„Levi hat den Kopf verloren. Er ist auch der einzige in der deutschen Partei, der einen zu verlieren hat.“

Vladimir Iljitsch Lenin, 1921

„Dschingis Khan kommt an die Herrschaft.“

Paul Levi über Stalin, 1925

Abrüstung („*Der Sozialismus ist der Friede, der Kapitalismus ist der Krieg*“. Über realistischen Pazifismus, 1924; *Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie*, 1928). Als einer der ersten hat er die neue internationale Ordnung nach dem I. Weltkrieg

„Aber Freiheit, die für einen Einzigen, eine einzige Person, eine einzige Partei existiert, ist eben keine Freiheit. ... die Freiheit, die die Bolschewiki gleich dem Zaren für sich in Anspruch nehmen, entbehrt des Abmaßes zur Freiheit anderer und verliert damit alle ihre Qualitäten.“

Paul Levi, 1925

und den neuen „Industriefeudalismus“ in den alten Industrieländern analysiert; er hat die Bedeutung der neuen, nationalen Befreiungsbewegungen in den heute so genannten Ländern der „Dritten Welt“ gesehen und sich gegen die damals noch in der europäischen Arbeiterbewegung herrschende Borniertheit diesen Bewegungen gegenüber gestellt. Viele seiner politischen Analysen in der SPW behandelten,

was man traditionell „Außenpolitik“ nennt; denn er hielt eine eigene, aktive „internationale Politik“ der Arbeiterbewegung für notwendig – gegenüber einem Kapitalismus, der sich immer rascher internationalisierte (vgl. 1969, 179f. u.ö.)

Linksopposition in der SPD – Unpraktischer Sozialist gegen unsozialistische Praktiker

Levi hatte seit seinem Rausschmiß aus der KP unermüdlich für die „Konzentration“ aller proletarischen und sozialistischen Kräfte geworben. Ende 1922 ging er mit den Resten der USPD zurück zur SPD. Ohne Begeisterung, da die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten, die während des Krieges zur Spaltung geführt hatten, keineswegs ausgeräumt waren, aber fest entschlossen, innerhalb des Rahmens der bestehenden Massenorganisationen der deutschen Arbeiterschaft weiter zu arbeiten. Hier die „unsozialistischen Praktiker“, dort die „unpraktischen Sozialisten“, auf diese Formel war der Streit zwischen den feindlichen Brüdern in der sozialistischen Bewegung gebracht worden (Levi 1922a, 341). Mit der Wiedervereinigung war dieser Streit keineswegs entschieden. Levi warb unablässig für eine entschiedene „sozialistische Arbeiterpolitik“ der SPD

„Die Fehler, die Schwächen, die Mängel von 1918 hundertfach zugegeben, es war doch die erste große revolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiterschaft. Aus der Revolution stammt die Republik, gerade das zeigt, daß der historische Fortschritt nicht erhandelt, sondern nur erkämpft werden kann.“

Paul Levi auf dem Heidelberger Parteitag der SPD, 1925

und der Gewerkschaften. Er wandte sich gegen eine ziellose Koalitionspolitik, nur um dabei und „an der Macht“ zu sein, ohne klares Bewußtsein von den Grenzen staatlicher Macht und den realen Grundlagen der Macht der Arbeiterbewegung; er bekämpfte die „Staatsmännerei“ vieler Genossen, die zwischen realer Macht und Symbolen der Macht nicht mehr unterscheiden konnten oder wollten. Er nutzte und verteidigte die innerparteiliche Demokratie und bekämpfte als gebranntes Kind

des Kommunismus entschieden alle Versuche, auch in der Sozialdemokratie eine „Parteipolizei“ einzurichten.

In einem nach wie vor bourgeoisen, wenn auch demokratischen Staat hielt er die Opposition für die gleichsam natürliche Stellung der Sozialisten, die eben nicht den „herrschenden“ Ideen und Meinungen der „herrschenden“ Klassen und Schichten zu gehorchen, sondern Willen und Meinungen einer beherrschten, sozial und ökonomisch durchaus nicht freien sozialen Klasse zum Ausdruck zu bringen hätten. Oppositionspolitik galt ihm allerdings

als höchst verantwortungsvolle politische Tätigkeit, jedenfalls nicht als „Verzicht auf politische Wirksamkeit“. Denn eine sozialistische Opposition habe, anders als jede bürgerliche Opposition, nicht nur gegenwärtige, sondern auch künftige Aufgaben. Sie muß um die Klasse, die sie zu vertreten beansprucht, werben und sie muß diese Klasse „erst zu der Höhe politischer und wirtschaftlicher Einsicht und zu jener klassenmäßigen Geschlossenheit“ bringen, ohne die sie zum politischen Handeln nicht fähig ist (vgl. Levi 1969, 185f.). Levi bestritt daher entschieden die Kritik (von links wie von rechts), die Opposition mit purem Neinsagen (bzw. „Entlarven“) verwechselte. Man dürfe der bürgerlichen Republik durchaus mit Gedanken kommen. Die sozialistische Opposition sollte über den Tag und die Stunde und über den Rahmen der vom Bürgertum beherrschten Demokratie hinausdenken und hinausweisen.

Die linke Opposition in der Weimarer SPD bildete eine Minderheit (mit starken lokalen Hochburgen, vor allem in Sachsen). Sie mischte sich konsequent in die Debatten um die aktuelle Politik wie die Programmatik der Partei ein; sie war auf allen Parteitagungen zugegen, sie war – nicht zuletzt dank der SPW – in der (lokalen) Parteipresse zu vernehmen (vgl. Jones 1968). Den Höhepunkt ihres Einflusses in den zwanziger Jahren erreichte sie 1928 mit der Wehrdebatte auf dem Magdeburger Parteitag und der Auseinandersetzung um die Rüstungspolitik der zweiten Großen Koalition (die Panzerkreuzer-Affäre). Levi folgte in dieser Debatte seiner Vorstellung von Oppositionspolitik: Wie sich die Sozialdemokratie zur Rüstung bzw. Abrüstung im bürgerlichen Staat stelle, könne man nicht von einer momentanen innen- und außenpolitischen Konstellation abhängig machen. Krieg sei vielmehr ein soziales Phänomen und das habe seinen Charakter im Zuge der jüngsten (Nachkriegs)entwicklung des Kapitalismus gründlich gewandelt; den Charakter des kommenden Krieges zu erkennen – der ein „totaler“ Industriekrieg sein werde – und die Arbeiterschaft auf den Kriegsfall moralisch und intellektuell vorzubereiten, zugleich das innenpolitische Risiko eines Krieges für die zum Kriege treibenden sozialen Klassen zu erhöhen, sei die Aufgabe der Sozialdemokratie (vgl. Drechsler, 1965, 40ff.; Levi 1969, 330ff.).

Paul Levi und der Austromarxismus

Levi hat die Austromarxisten, Otto Bauer voran, mitunter scharf kritisiert. Das *Linzer Programm* der SDAP von 1926 hat er entschieden kritisiert (ebenso wie das *Heidelberger Programm* der SPD von 1925). Es war nicht ungewöhnlich, daß sich österreichische Sozialisten in Debatten in Deutschland einschalteten. Ebenso kommentierte Levi politische Diskussionen und Ereignisse in Österreich. Dennoch ist es völlig daneben gegriffen, ihn zum prinzipiellen Gegner der Austromarxisten zu stilisieren. Ihre Leistungen hat er stets anerkannt, sich nicht gescheut, sie der deutschen Partei als Vorbild hinzustellen: Die Erfolge der österreichischen Genossen seien eben kein Zufall, sondern das Produkt zäher, planmäßiger und zielklarer Arbeit der gesamten Partei (Levi 1927d). In Österreich habe sich die marxistische Lehre „in größerer Klarheit“ erhalten als anderswo: „austro zwar, aber doch Marxismus“ (Levi 1929c, 582).

Paul Levi im Reichstag

Über die Praxis des Parlamentarismus machte er sich keine Illusionen. Die Grundlage aller „parlamentarischen Macht“ liegt in „außerparlamentarischen Tatsachen“ (Levi 1969, 215). Vom bürgerlichen Gegner könnten die Sozialisten lernen, „Parlamentarismus mit Antiparlamentarismus zu ver-

binden“; allerdings hätten sie selbst eine eigene „Synthese“ von beidem zu entwickeln, die den ganz andersartigen Machtpositionen der Arbeiterklasse im und neben dem bürgerlichen Staat Rechnung zu tragen habe (vgl. Levi 1969, 190, 191).

Levi war einer der herausragenden Parlamentarier der ersten deutschen Republik. Seine Glanzzeit erlebte er als Abtrünniger der KPD bzw. als zeitweiliger USP-Abgeordneter, der das Parlament als Tribüne gebrauchen konnte und sich um Partei- und Fraktionsdisziplin nicht zu kümmern brauchte. Nach seinem Wiedereintritt in die SPD waren es die Parteimitglieder im Bezirk Zwickau-Plauen, die den schwäbischen Intellektuellen zu ihrem Abgeordneten im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau, einem der ärmsten Wahlkreise des „roten Sachsen“ machten. Levi wurde 1924 (und bei jeder folgenden Wahl) in den Reichstag gewählt (vgl. Beradt 1969, 83ff.).

Von eiserner Fraktionsdisziplin, obwohl historisch eine Erfindung der Arbeiterparteien, die sich den Luxus „freischwebender“ Honoratioren im Parlament nicht leisten konnten, hielt er wenig, ja sah sie als Gefahr für den Parlamentarismus und für die innerparteiliche Demokratie: Das Plenum werde damit zur „Abstimmungsmaschine“, alle wirklichen Beschlüsse würden von „Parteihäuptern“ in kleinen, informellen (in der Regel in der Verfassung nicht vorgesehenen) Gremien (vor)gefaßt. Die Verantwortung des einzelnen Abgeordneten verschwinde hinter der „Kollektivverantwortung“ der Fraktion; die öffentliche Rede im Parlament verliere ihren Sinn. Das Absterben allen politischen Lebens, das Rosa Luxemburg von der ebenfalls auf straffer Organisationsdisziplin gegründeten Herrschaft der Bolschewisten erwartete, konnte auch bürgerlichen Demokratien blühen. Tödlich war die starre Partei- (Fraktions-)Disziplin für die innerparteiliche Demokratie, gerade für die Arbeiterparteien das Lebenselement. Alle wirklichen Demokratien brauchen das wache Mißtrauen der Mitbürger, das nur der Ausdruck ihres wachen politischen Gewissens ist. Blindes Vertrauen, Disziplin, d.h. Gehorchen ohne Nachdenken und ohne Widerspruch zerstört im Endeffekt jede demokratische Organisation – für die Führer wie für die Geführten (vgl. Beradt 1969, 103f., 129ff.).²

Natürlich war er kein prinzipieller Gegner jeglicher Koalitionspolitik, obwohl ihm das in den innerparteilichen Kontroversen der zwanziger Jahre immer wieder unterstellt wurde. Aber eine bestimmte Form von Koalitionspolitik, eine Politik der prinzipienlosen Konzessionen, nur um an der Regierung und „an der Macht“ bleiben zu können, hielt er für unerlaubt und gefährlich. „Der Parlamentarismus geht vor die Hunde“, schrieb er 1929, „wenn eine Partei nach der Wahl das Gegenteil von dem tun darf, was sie zur Wahl versprach; wir glauben, in England dürfte sich das keine Partei und kein Minister erlauben“ (Levi 1929b, 322). In diesem Fall hatte die SPD ihre Wahlversprechen aus Koalitionsrücksichten gebrochen. Eine Koalition braucht, wie jede Taktik, eine Grundlage; das kann nur die zeitweilige, bedingte Gemeinsamkeit der Interessen zweier Parteien sein. Selbstverständlich könnten sozialistische Parteien etwa zur „Verteidigung der demokratischen Staatsform“ eine Koalition mit nichtsozialistischen Parteien eingehen (vgl. Levi 1928b). Ohne diese Grundlage verliert sie jeden Sinn und wird zum Selbstzweck.

Gerechtigkeit und Eigensinn

Levi war mit Leib und Seele Anwalt. Er vertrat viele linke Künstler und Intellektuelle wie Bertolt Brecht, wie Willi Münzenberg, aber auch „kleine Leute“, die Unter-, wie die

Paul Levi, Rosa Luxemburg Foto: AdsD d. FES



Ober- und Halbwelt (vgl. Beradt 1969, 116f.). Wie in seinen Anfangsjahren nahm er sich als Strafverteidiger der größten wie der kleinsten Sachen an, wenn sein Rechtsgefühl verletzt war. Berühmt wurde er durch die politischen Prozesse, die er, in der Regel allein und aus eigenem Antrieb führte. Er war die treibende Kraft im Fall Bullerjahn, einem Landesverratsprozeß, der zur Verurteilung eines Unschuldigen geführt hatte und der die Dreyfus-Affaire der ersten deutschen Republik genannt wurde. Levi rollte den Fall wieder auf und kämpfte unablässig für die Wiederaufnahme des Verfahrens (vgl. Beradt 1969, 110ff.). Am nachhaltigsten engagierte er sich bei der Aufklärung der zahlreichen politischen Morde, die, geplant und bezahlt von der politischen Rechten, die politische Kultur der ersten Republik von Anfang an prägten.

Den Höhepunkt bildete der Jorns-Prozeß, in dem es um die Aufklärung des Mordes an Liebknecht und Luxemburg ging (vgl. Beradt 1969, 119ff.). Diesen Prozeß, den letzten und wichtigsten seines Lebens, hat Paul Levi gewonnen. Juristisch und moralisch: Der Freispruch für den angeklagten Redakteur des *Tagebuch*, den er erreicht hatte, kam einer Verurteilung erster Klasse für die Justiz gleich, für die Richter und Staatsanwälte, die statt ihre Pflicht zu tun, die Mörder Liebknechts und Luxemburgs (und der vielen anderen vor und nach ihnen) gedeckt, geschützt hatten und mit lächerlichen Strafen davonkommen ließen. Bei der Ermordung Erzbergers und Rathenaus hat Levi die ständige existenzielle Bedrohung der Republik und ihrer Repräsentanten durch die von der Rechten gepflegte Kultur des politischen Meuchelmords angeprangert; er hat stets betont, daß es keineswegs um Wahnsinnstaten verblendeter Einzelgänger ging: Die Kräfte, die diese Morde auf dem Gewissen hatten, waren „ein wesentlicher Bestandteil der ... deutschen Gesellschaftsordnung“ (vgl. 1969, 226). Diesmal, so schien es, hatte er gesiegt.

Allerdings stand die Berufungsverhandlung im Jorns-Prozeß Anfang 1930 noch bevor. Levi entzog sich dieser Prüfung nicht. Aber am dritten Verhandlungstag erkrankte er an einer schweren Grippe, ein paar Tage später kam eine Lungenentzündung hinzu. Am 9. Februar 1930, in der Nacht, ist er im Fieberwahn aus dem Fenster seiner Dachwohnung gestürzt. Es war die sechste Fiebernacht.

(vgl. Beradt 1969, 147f.). Ein Unfall ist wahrscheinlicher als Selbstmord, über den hin und wieder spekuliert wurde (zuletzt wieder Quack 1983, 19).

„Er war ein Ritter“, der letzte Ritter des europäischen Sozialismus, wie ihn Valeriu Marcu genannt hat. Ein Mann wie Ulrich von Hutten, der der Maxime folgte: „geistig frei sein, und niemandes Knecht“. Arthur Rosenberg hat in seiner *Geschichte der Weimarer Republik* Levis frühzeitigen Tod ein „beispielloses Unglück“ genannt: „In den letzten Jahren war Levi als proletarischer Staatsmann ununterbrochen gewachsen. Er vertrat eine ebenso reale wie entschlossene Politik. Er verlangte, daß die sozialistische Arbeiterschaft wieder zum rücksichtslosen Klassenkampf übergehen müsse, wenn sie nicht nur ihre eigene Existenz, sondern auch die demokratische Republik in Deutschland retten wollte. Levi wußte gleichfalls, daß dieses Ziel nur im Rahmen der sozialistischen Massenbewegung, aber nicht durch neue Sektenbildung zu erreichen war. In der kommenden Krise hätten entscheidende Teile des deutschen Proletariats auf Levi gehört“ (Rosenberg 1961, 196). Der Tag wird kommen, hatte Levi im Streit um die Große Koalition gesagt, an dem die Stärke der SPD nicht gemessen werden wird an der Zahl ihrer „Sitze oder Sitzgelegenheiten im Parlament, sondern nach den Köpfen, die sie draußen hat und nach den Machtmitteln, über die sie verfügt“ (Beradt 1969, 85). Als der Tag wenige Jahre später kam, fehlte ihr sein Kopf.

Literatur

Eine Werkausgabe der Schriften Paul Levis – abgesehen von der kleinen Auswahl von Aufsätzen, Reden und Briefen, die Charlotte Beradt 1969 herausgab, gibt es nicht. Der Nachlaß Paul Levis befindet sich im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn. Ein vorläufige Bibliographie der Schriften Paul Levis ist 1986 veröffentlicht worden (Quack/Zimmermann 1986); sie umfaßt bereits 699 Titel, ist aber nicht komplett, da viele Artikel in sozialistischen Zeitschriften des In- und Auslandes, die stilistisch in Frage kämen, nicht eindeutig zugeordnet werden können. Die alte SPW ist heute eine Seltenheit; ein vollständiges Exemplar (alle erschienenen Nummern) scheint nirgendwo mehr vorhanden zu sein.

spw

Werner T. Angress, 1973, *Die Kampfzeit der KPD 1921 – 1923*, Düsseldorf (1963)
 Charlotte Beradt, 1969, *Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M
 Hans Manfred Bock, 1969, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 – 1923*, Meisenheim am Glan
 Hanno Drechsler, 1965, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)*, Meisenheim am Glan
 Helmut Gruber, 1967, *International Communism in the Era of Lenin*, Ithaca
 Arnita A. Jones, 1968, *The Left Opposition in the German Social Democratic Party 1922 – 1933*,
 Arnita A. Jones, 1975, *Paul Levi and the Comintern*, in: *IWK*, 11. Jg., 1975, H. 4, S. 437 – 451
 Paul Levi, 1919, *Die Kehrseite*, in: *die Internationale*, Jg. 1, H. 9/10, 4. August 1919, S. 9 – 13
 Paul Levi, *Der Parteitag der Kommunistischen Partei*, in: *Die Internationale*, 2. Jg., 1. Dezember 1920, S. 41 – 44
 Paul Levi, 1921, *Was ist das Verbrechen – die Märzaktion oder die Kritik daran?*, Berlin

Paul Levi, 1922a, *Nürnberg*, in: *Unser Weg*, Jg. 4, H. 17, 29. September 1922, S. 341 – 343
 Paul Levi, 1922b, *Il fascio*, in: *Unser Weg*, Jg. 4, H. 20, 10. Dezember 1922, S. 391 – 396
 Paul Levi, 1922c, *Zum Stand der proletarischen Bewegung in Deutschland*, in: *Rote Revue*, Jg. 2, H. 4, Dezember 1922, S. 128 – 133
 Paul Levi, 1923, *Über die gegenwärtigen Aufgaben der Partei*, in: *SPW*, Jg. 1, Nr. 56, 7. September 1923
 Paul Levi, 1924a, *Sachverständigen-Gutachten und was dann? Zur innen- und außenpolitischen Orientierung*, Berlin
 Paul Levi, 1924b, *Nach dem Parteitag*, in: *SPW*, Jg. 2, Nr. 23, 18. Juni 1924
 Paul Levi, 1926a, *Zur Entwicklung in Rußland*, in: *SPW*, Jg. 4, Nr. 2, 14. Januar 1926
 Paul Levi, 1926b, *Hannibal oder Scipio*, in: *Der Querschnitt*, Jg. 4, 1926, H. 3, S. 185 – 188 (auch in: *SPW*, Jg. 4, Nr. 15, 15. April 1926)
 Paul Levi, 1926c, *Das neue österreichische Parteiprogramm*, in: *SPW*, Jg. 4, Nr. 33, 19. August 1926
 Paul Levi, 1926d, *Das österreichische Parteiprogramm*, in: *SPW*, Jg. 4, Nr. 45, 11. November 1926
 Paul Levi, 1927a, *Der Terror in Rußland*, in: *Der Klassenkampf*, 1. Jg., Nr. 3, S. 85 – 86
 Paul Levi, 1927b, *England – Rußland*, in: *SPW*, Jg. 5, Nr. 9, 4. März 1927
 Paul Levi, 1927c, *Zum Kieler Parteitag*, in: *SPW*, Jg. 5, Nr. 22, 3. Juni 1927
 Paul Levi, 1927d, *Die Ursachen des Erfolges*, in: *SPW*, Jg. 5, Nr. 17, 29. April 1927
 Paul Levi, 1928a, *Einige Bemerkungen zu einem sozialistischen Wehrprogramm*, in: *Der Klassenkampf*, Jg. 2, H. 23, 1. Dezember 1928, S. 705 – 707
 Paul Levi, 1928b, *Voraussetzungen einer Koalition*, in: *SPW*, Jg. 6, Nr. 24, 15. Juni 1928
 Paul Levi, 1929a, *Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis*, in: *Der Klassenkampf*, Jg. 3, H. 2, 15. Januar 1929, S. 33 – 35
 Paul Levi, 1929b, *Zum Magdeburger Parteitag*, in: *Der Klassenkampf*, Jg. 3, H. 11, 1. Juni 1929, S. 321 – 322
 Paul Levi, 1929c, *Die Tragödie Österreichs*, in: *Der Klassenkampf*, Jg. 3, H. 19, 1. Oktober 1929, S. 581 – 582
 Paul Levi, 1929d, *Sokrates und sein Prozeß*, in: *Nord und Süd*, Jg. 52, H. 2, 1929, S. 141 – 171
 Paul Levi, 1929f, *Die Verschwörung des Catilina*, in: *Nord und Süd*, Jg. 52, H. 8, 1929, S. 694 – 723; H. 9, S. 783 – 800
 Paul Levi, 1969, *Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie*, hrsg. von Charlotte Beradt, Frankfurt/M
 Hans-Ulrich Ludewig, 1981, *Die „Sozialistische Politik und Wirtschaft“*. Ein Beitrag zur Linksoption in der SPD 1923 – 1928, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz für die Geschichte der Arbeiterbewegung*, Jg. 17, 1981, H. 1, S. 14 – 41
 Carl von Ossietzky, 1929, *Als Gast Herr Dr. Paul Levi*, in: *Die Weltbühne*, 25. Jg., 4. Juni 1929, S. 841 – 844
 Carl von Ossietzky, 1930, *Paul Levi*, in: *Die Weltbühne*, 26. Jg., 18. Februar 1930, S. 280 – 282
 Sibylle Quack, 1983, *Geistig frei sein und niemandes Knecht*, Köln
 Sibylle Quack/Rüdiger Zimmermann, 1986, *Personalbibliographie Paul Levi (1883 – 1930)*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz für die Geschichte der Arbeiterbewegung*, Jg. 22, 1986, H. 1, S. 20 – 62
 Arthur Rosenberg, 1961, *Geschichte der Weimarer Republik*, Frankfurt/M
 Ladislaus Singer, 1979, *Paul Levi*, in: *ders., Marxisten im Widerstreit*, Stuttgart-Degerloch
 Gerd Storm/Franz Walter, 1984, *Weimarer Linksozialismus und Austromarxismus*, Berlin

¹ Um diesen Luxemburg-Text entbrannte ein heftiger Streit. Einige, die ihn am liebsten hätten verschwinden lassen, verbreiteten die Mär, Rosa Luxemburg habe sich im Gefängnis, schlecht informiert, zu voreiligen Äußerungen hinreißen lassen, ihre Ansicht aber kurz darauf gründlich revidiert. Levi stellte den Sachverhalt klar (vgl. 1922a). Die Unterstellung, er habe das Manuskript Luxemburgs manipuliert, konnte beim Auffinden des vollständigen Originals 1930 ebenfalls ins Reich der Fabel verwiesen werden. Luxemburgs Kritik machte zusammen mit Levis Einleitung solchen Eindruck, daß sich Lenin genötigt fühlte, eine Anti-Kritik dieser „Irrtümer“ zu schreiben (s. W.I. Lenin, *Notizen eines Publizisten*, in: LW 33).
² Levi hat sich in den Jahren 1927 bis 1929 in mehreren Aufsätzen – im linksliberalen *Tagebuch* ebenso wie in der *SPW* zum Niedergang des Parlamentarismus und der (innerparteilichen) Demokratie bzw. zu den dagegen notwendigen Reformen geäußert. Heute sind das Standardthemen der Politikwissenschaft.

Tilman Fichter bescheinigt der SPD eine „konzeptionelle bzw. personelle Schwäche der Parteiführung.“ (S. 42) Diesem Befund ist aus (jung-)sozialistischer Sicht uneingeschränkt zuzustimmen. Um Mißverständnisse zu vermeiden: Das SPD-Führungsduo Lafontaine/Schröder beherrscht die Klaviatur des Erfolgs in der Mediengesellschaft sehr virtuos und die Chancen der SPD bei der Bundestagswahl 1998 stehen außerordentlich günstig. Trotzdem bleibt die berühmte Prognose des liberalen Soziologen Ralf Dahrendorf vom „Ende des sozialdemokratischen Zeitalters“ brisant und scharfe Kritik an der Juso-Generation der 70er Jahre berechtigt. Darin sind sich Tilman Fichter und die Jusos einig: „Neue und über die Vorstellungen der ‚Godesberger‘ hinausgehende gesellschaftstheoretische Entwürfe wären dringend nötig.“ (S. 46) Mit dieser Forderung dürften die Gemeinsamkeiten allerdings auch erschöpft sein. Insbesondere die Frage nach dem Stellenwert und dem Bedeutungsinhalt der „Nation“ im Rahmen eines neuen sozialdemokratischen Politikentwurfs wird strittig bleiben¹.

Tilman Fichter liegt mit seinen politischen Überlegungen in mindestens zwei Punkten falsch. Fichter geht – zugespitzt formuliert – davon aus, daß

1. die Jusos seit der Linkswende 1969 unter einem defizitären Begriff von Politik leiden und wahrscheinlich nicht mehr in der Lage sind, „die nächste und übernächste Führungsgeneration der SPD“ (S. 46) intellektuell und politisch zu sozialisieren;
2. große Teile der SPD-Enkelgeneration falsch auf die deutsche Einheit reagiert hätten und ein Defekt existiere, „der sich noch heute auf die Psyche der West-SPD“ (S. 46) auswirke.

Jusos: Bilanz des Scheiterns?

Fichters Einschätzung der Jusos beinhaltet zwei problematische Punkte. Er erhebt den Vorwurf des „bürokratisch gefärbten Denkens in Modellen statt in gesellschaftlichen Prozessen“ (S. 45f.) und behauptet, „bei den Jusos gewann man im Regelfall nur Ansehen, wenn man es verstand, Mehrheiten zu organisieren“ (S. 46); was bis heute gelte.

Zum Vorwurf der Strippenzieherei muß angemerkt werden, daß Fichter damit nicht falsch liegt. Die politische Kultur der Jusos ist dringend sanierungsbedürftig; das Aggressionspotential nach innen unangemessen hoch. Aber ist es wirklich das zweifelhafte Privileg der Jusos, daß der „soziale Status“ eng verknüpft ist mit der Fähigkeit, Mehrheiten zu organisieren? Selbst ein flüchtiger Blick auf die Mechanismen der Macht – egal in welcher Abteilung der bürgerlichen Gesellschaft – zeigt, daß dieser Vorwand, „über die künftigen Arbeits- und Organisationsformen der SPD im Universitätsbereich bzw. in der Jugendpolitik“ (S. 46) nachzudenken, drittklassig ist.

Der Vorwurf der Bürokratisierung der Juso-Politik bzw. des „mangelnden Denkens in gesellschaftlichen Prozessen“ wirkt bizarr, da Fichter die Bedeutung der Doppelstrategie für die Jusos ausdrücklich erwähnt. Er zielt aber auf einen anderen Punkt, da er den Jusos außerdem unterstellt, „das ungeliebte Erbe der sozialwissenschaftlichen Phantasie des Deutsche-Krahl-SDS“ (S. 46) ausgeschlagen zu haben. Nun wäre es interessant, von Fichter einen konkreten Hinweis auf die politisch-intellektuelle Potenz dieses „Erbes“ zu erhalten. Fakt ist, daß die Jusos ab Mitte der 70er Jahre mit einer sozialliberalen Bundesregierung konfrontiert waren, die keinerlei Antworten auf das Ende des „kurzen Traums immerwährender Prosperität“ (Burkart Lutz) hatte, die emanzipatorischen Elemente der Reformpolitik beendete und zum bloßen Krisenmanagement überging. Hätten die Jusos – im Spannungsfeld zwischen linker Richtungsorganisation und ungeliebter Regierungsjugend – mit einer Wiederbelebung der SDS-Rezeption von Adorno, Horkheimer und Marcuse reagieren sollen? Wäre der Rückgriff auf die radikaldemokratischen, anarchistischen oder rätedemokratischen Traditionen der 68-Bewegung die geeignete Antwort auf die Fehler der Helmut-Schmidt-SPD gewesen? Wohl kaum.

An diesem Punkt wird die Schwäche der gesamten Argumentation Fichters unübersehbar: Der Versuch die Krise der Sozialdemokratie über die These von der „Aus-

Tilman Fichters politische Sackgasse

Anmerkungen zu „Eliten- und Theoriebildung in der SPD nach 1945“ in spw 1/98

von Marcel Schaller*

trocknung der Nachwuchsreservoirs“ erklären zu können, ist – höflich ausgedrückt – zum Scheitern verurteilt. Übrig bleibt die banale Feststellung, daß die Ausgrenzung des SDS durch die SPD-Führung ein kapitaler politischer Fehler war.

Ärgerlich ist die billige Stomopak-Schelke zur „Überschätzung der Rationalität des modernen Kapitalismus bzw. Poststalinismus“ (S. 46). Wem soll damit eigentlich noch etwas bewiesen werden? Diese Art von Kritik ist nach Stil und Inhalt anachronistisch. Fichters Vorwurf des überkommenen Juso-Lagerdenkens in der SPD-Führungsriege fällt auf ihn zurück.

M.E. sind grundsätzliche Zweifel angebracht, ob die Auseinandersetzung mit früheren Juso-Diskussionen politisch noch sinnvoll ist. Weder die „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ der Herforder Thesen noch die einseitig auf das Klassenindividuum abhebenden Analysen zum „Bewußtsein der Lohnabhängigen“ in den Göttinger Thesen können viel zur aktuellen gesellschaftstheoretischen Debatte der politischen Linken beitragen. Von der Erwartung, die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise könne durch einen intelligenten Reformismus der SPD-Regierung aufgehoben werden, ganz zu schweigen. Sogar bei der bis heute vielgepriesenen Doppelstrategie sollte nüchtern konstatiert werden, daß sie längst zum banalen Standardrepertoire aller politischen Lager gehört.

Den Jusos der 90er Jahre hat Tilman Fichter wenig zu sagen. Die intellektuelle Substanz und das politische Selbstbewußtsein der Jusos ist entwickelt genug, zur Reorganisation der Arbeits- und Organisationsformen der SPD im Jugendbereich kompetente Auskünfte zu geben.

* Marcel Schaller, Gehilfe in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen, wohnt in Unterschleißheim bei München und ist stv. Bundesvorsitzender der Jusos.

Fazit: Den Jusos der 90er Jahre hat Tilman Fichter wenig zu sagen. Die intellektuelle Substanz und das politische Selbstbewußtsein der Jusos ist entwickelt genug, zur Reorganisation der Arbeits- und Organisationsformen der SPD im Jugendbereich kompetente Auskünfte zu geben. Man muß sie allerdings auch fragen. Auch an der Suche nach der „nächsten und übernächsten Führungsgeneration der SPD“ (S. 46) werden sich die Jusos – im Sinne des Konzepts der linken Richtungsorganisation – mit großem Engagement beteiligen.

SPD-Enkel: vaterlandslose Gesellen?

Tilman Fichter versucht sich seit geraumer Zeit als konzeptiver Ideologe nationaler Orientierungen innerhalb der SPD. Ein Ausgangspunkt seiner Ambitionen ist die These vom Desinteresse der SPD-Enkel gegenüber der DDR-Revolution von 1989. Fichter stützt sich dabei auf Willy Brandt: „Für ihn blieb die Anerkennung der Spaltung Deutschlands‘ Anfang der 70er Jahre immer nur ein realpolitischer Zwischenschritt auf dem Weg zur Einheit der deut-

schen Nation. Andererseits hatte jedoch Brandt in den 70er Jahren darauf verzichtet, seinen Enkeln dieses Denken in taktischen Zwischenschritten zu vermitteln.“ (S. 46)

Die These von den realpolitischen und taktischen Zwischenschritten ist schlicht falsch. Horst Ehmke hat die Situation im Westen am Ende der 80er Jahre auf den Punkt gebracht: „Auf die innere Einheit war niemand vorbereitet.“² Fichter sollte an diesem Punkt offen aussprechen, welche Frage ihn umtreibt: Es ist die Haltung der SPD zur nationalen Identität, zu Deutschland.

Darauf hat er eine klare Antwort verdient: Das Konzept des politisch-territorialen souveränen Nationalstaats ist ein historisches Auslaufmodell. Für die politische Linke liegt die Zukunft in einer forcierten europäischen Integration. Die wichtigsten Stichworte dieser Politik sind eine koordinierte Beschäftigungspolitik, Demokratisierung der europäischen Institutionen, Sozialcharta, Euro-Betriebsräte und Harmonisierung der Unternehmens- und Kapitalbesteuerung. Außerdem muß die Verantwortung Westeuropas gegenüber den weit fortgeschrittenen Verelendungsprozessen in vielen osteuropäischen Regionen, die mörderische Ethnisierung von Verteilungskonflikten und die zunehmende Armutsmigration ins Blickfeld der politischen Klasse und der Bevölkerung gerückt werden.

Wer den Blick in die sozialdemokratische Zukunft richtet, wird vergeblich nach Kurt Schumacher Ausschau halten; aber durch das spitzbübische Lächeln von Jaques Delors belohnt. spw

Ausbildung, Vollbeschäftigung, Einstieg in die Solarwirtschaft - das sind unsere Themen!

**Wir sind links und lebendig.
Wir haben Ansprüche.**

Wir machen diese Ansprüche deutlich.

**Lust
mitzumachen?**



**Mit Macht
um fairteilen
Mach mit Festival '98
29.05. - 01.06. 1998, Magdeburg**

Weitere Infos bei:

JUSOS Bundesverband
Ollenhauerstraße 1 • 53113 Bonn
Tel (0228) 53 23 67 • Fax (0228) 23 30 82
jusos@spd.de • <http://www.spd.de/jusos>



¹ Vgl. Fichters Beitrag über ein Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Sommer 1993 mit jungen SPDlern des „Hofgeismarer Kreises“ in der sozialdemokratischen Zeitschrift Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte vom August 1993.

² Vgl. Ehmke, Horst: Mittendrin – Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin: 1994

Der folgende Artikel war uns angekündigt worden als Reaktion auf den Aufsatz von Christoph Meyer zur Geschichte des SHB („Aktionseinheit, Klatschmärsche und Grundlagenfetischismus“, in: spw 6/97, S. 31-35). Er ist aber vor allem ein - an vielen Punkten zur Kontroverse herausfordernder - Beitrag zur Diskussion um die Organisation und Perspektiven linkssozialdemokratischer Politik an den Hochschulen. Einige der Antworten des Artikel erscheinen als etwas einfach, und einige Fragen muß er sich gefallen lassen, etwa ob es nicht - bei allem Respekt vor den Erfolgen des SHB Bochum - etwas vermessen ist, das eigene Konzept als „Lehrbeispiel“ allgemein übertragen zu wollen, oder ob die Formulierungen zur innerverbandlichen Demokratie des historischen SHB - deren eklatanter Mangel ein Hauptgrund seines Untergangs war - nicht doch verhängend sind. Auch ob Verbandsprinzipien, wie sie der SHB formuliert und interpretiert hat, für linke Hochschulpolitik sinnvoll und realistisch sind und es sich nur um „Anwendungsschwächen“ handelte, kann bezweifelt werden. „Einheitlichkeit“ ist angesichts der Komplexität der Bedingungen eine Illusion. Und nicht zuletzt gibt es aus der Geschichte des Verbands begründete Vorbehalte gegen ein Anknüpfen daran und damit gegen den Namen SHB (vgl. og. Artikel von Meyer). Eine weitergehende Diskussion um Organisation und Perspektiven linkssozialdemokratischer Hochschulpolitik ist allerdings angesichts deren eklatanter Schwäche u.E. unumgänglich. Weitere Beiträge in spw dazu sind erwünscht.

Die spw-Redaktion

Die Streiks der StudentInnen-Bewegung im Herbst 1997 haben noch einmal Fragen aufgeworfen, die schon seit Jahren der Beantwortung harren, und die ein bezeichnendes Licht auf die Bedeutung der Sozialdemokratie an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland werfen.

Die aktuelle StudentInnen-Bewegung ist vor allem eine Protest- und Suchbewegung, der organisierende Kerne und politische Zentren fehlen. Organisationspolitische Formen der Sozialdemokratie spielen in ihr - wenn überhaupt - eine marginale Rolle. Es wurde noch einmal deutlich: Die Schwäche der Sozialdemokratie in der Gruppe der bis 30-jährigen ist besonders an den Hochschulen augenscheinlich. Gleichwohl gibt es unter den Studierenden das ausgeprägte Bedürfnis nach politischen Alternativen zum herrschenden Status quo deutscher Politik. Es wächst der Wunsch nach qualitativ neuen Politikkonzepten und Organisationsformen.

Wer sich den Realitäten nicht verschließt, stellt fest: Bundesweite, organisierte linke Studierenden-Verbände existieren nicht mehr oder sind vergleichsweise orientierungs- und bedeutungslos. Das gilt auch für die Juso-Hochschulgruppen. Sie sind weder in der Lage, ein breites sozialdemokratisches Spektrum noch das linksalternative und sozialistische Milieu abzudecken. Gemessen an ihren Ansprüchen sind die Juso-Hochschulgruppen gescheitert. Die von den Studierenden subjektiv vorgenommene Zuordnung der Juso-HSG zum SPD-Parteiapparat schränken ihre Wirkungsmöglichkeiten deutlich und ihre Hegemonie-Fähigkeit dramatisch ein.

Notwendige Breitenakzeptanz

Das ist das Dilemma aller parteinah zu verortenden linken Hochschulprojekte. Sie sind mittelfristig zum Scheitern verurteilt, weil Ihnen die nötige Breitenakzeptanz fehlt. Eine bundesweit agierende, handlungs- und orientierungsfähige demokratische Linke an den

Das Elend der linken Sozialdemokratie an den Hochschulen

Anmerkungen zum Phänomen SHB Bochum und seinen möglichen Perspektiven

von Achim Dahlheimer, Lothar Fröhlich und Barbara Underberg*

Hochschulen fehlt. Sie ist allerdings notwendiger denn je. Das gilt schon deshalb, weil die Schaffung eines Klimas für einen inhaltlich ausgewiesenen Politikwechsel die Hochschulen nicht ausblenden kann. Auch deshalb lohnt ein Blick in die Vergangenheit des SHB und - mit Verlaub - die Gegenwart des SHB Bochum. War doch der Sozialistische Hochschulbund (mit allen seinen Schwächen, aber auch Stärken) der letzte existierende parteiunabhängige Ausdruck linker Sozialdemokratie an den Hochschulen.

Diesen - gezwungenermaßen knappen - Rück- und Ausblick unternehmen wir in der Einsicht, das linke Traditionen nur so lange lebendig bleiben, wie sie produktiv fortgeführt und damit auch verändert werden. Jedes neue Nachdenken über die Geschichte des SHB und die Aufgaben linker Hochschulpolitik heute, sollen sie kein

Das ist das Dilemma aller parteinah zu verortenden linken Hochschulprojekte. Sie sind mittelfristig zum Scheitern verurteilt, weil Ihnen die nötige Breitenakzeptanz fehlt. Eine bundesweit agierende, handlungs- und orientierungsfähige demokratische Linke an den Hochschulen fehlt.



Achim Dahlheimer, SHB-Vorsitzender in Bochum und München 1981 - 1983, Mitglied im SHB-Bundesausschuß 1981 - 1986, heute SHB-Förderkreis; Lothar Fröhlich, SHB-Vorsitzender in Bochum 1990; Barbara Underberg, SHB-Vorsitzende in Bochum 1994/95

Selbstzweck sein, sehen sich mit der Hypothek eigener Geschichte konfrontiert.

Mit der Linkswende des SHB Ende der 60er Jahre entwickelte sich der Verband zu einer Organisation "die auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus um die sozialistische Umgestaltung der BRD kämpft" (Grundsatzklärung). Die Ausdeutung dessen, was "wissenschaftlicher Sozialismus" sei, hat der SHB nur allzuoft mit einem - wenn auch zuweilen kritischen - Bekenntniszwang zum Staatssozialismus verwechselt. Der SHB hat die "Idee" hinter dem System gesehen und lange Zeit nicht sehen wollen, daß die staatssozialistischen Länder mit ihrer politischen Rhetorik fortschrittliche Ideen zu ihrer Legitimation mißbraucht haben. Und sicher hat eine Mehrheit des Verbandes sich in seinem Selbstverständnis als marxistische Organisation zu lange gegen dissonante Erfahrungen abgeschirmt. Das hat zu einer immer wieder auftretenden Blindheit gegenüber der Realität des Staatssozialismus geführt.

Auch der SHB Bochum hat lange gebraucht, um (anders als die Mehrheit des Bundesverbandes) zu begreifen, daß der Staatssozialismus auch deshalb nicht zukunftsfähig ist, weil er von der falschen Prämisse ausging, mit Hilfe staatlicher Macht repressiv und gewaltsam solidarische Lebensverhältnisse herstellen zu können. Im Untergang des Staatssozialismus allerdings die wesentliche Ursache für den bundesweiten Niedergang des SHB zu sehen, wäre eine oberflächlich verkürzte Analyse. Natürlich erfaßten die mit diesem historischen Einschnitt verbundenen Unsicherheiten auch den SHB, aber wirklich entscheidend war dies nicht, denn so monolithisch auf den Staatssozialismus festgelegt, wie dies zuweilen gern gesehen wird, war der SHB nicht. Dazu kommt, daß eine überwältigende Mehrheit der SHB-Mitglieder das SPD-Parteibuch keinesfalls aus taktischen Gründen besaß.

Von ganz wesentlicher Bedeutung für das Scheitern des SHB erscheint uns, daß es dem Verband - wie der gesamten deutschen Sozialdemokratie - Mitte der 80er Jahre nicht gelang, sich auf die tiefgreifenden innenpolitischen Veränderungen durch den Antritt der Rechtsregierung und die sich entwickelnde Hegemonie des Neoliberalismus einzustellen. Besonders problematisch war die Tatsache, daß die Möglichkeit einer dauerhaften Instal-

lierung des konservativen Blocks an der Macht höchstens theoretisch bedacht wurde, aber keinerlei Auswirkungen hatte auf die Entwicklung der strategischen Konzeption. So blieb beispielsweise offen, wie unter den Bedingungen des langsamen Verschwindens industrieller Arbeit die Strategie des "antimonopolistischen Bündnisses" zu hinterfragen oder zu überarbeiten wäre. Oder wie gewerkschaftlich-orientierte Hochschulpolitik unter Vorherrschaft neoliberaler Hegemonie neu auszugestaltet wäre. Zudem lähmte die innerhalb der Grundsatzprogrammdebatte vom Bundesvorstand durchgesetzte Annäherung an die parteilich formierte Sozialdemokratie eine Auseinandersetzung über diese entscheidenden Fragen. Für eine vergleichsweise kleine Organisation wie einen Studierendenverband mußten diese theoretisch-praktischen Schwächen fatale Auswirkungen haben.

Verbandsprinzipien

Zweifelsfrei hat auch die nicht ausreichend entwickelte innerverbandliche Demokratie des SHB in den 80er Jahren mit zu seinem Niedergang beigetragen. Gerne wird in diesem Zusammenhang auf die Verbandsprinzipien des SHB als originäre Ursache für die Demokratiedefizite hingewiesen. Mehr als der Versuch einer deskriptiven Beweisführung ist dabei allerdings nie herausgekommen. Wichtige Verbandsprinzipien des SHB wurden seit 1983 unter den Stichworten "Planung und Leitung", "Kritik und Selbstkritik", "Einheitlichkeit und Verbindlichkeit" und "Kollektivität und Solidarität" zusammengefaßt. Bei allen Anwendungsschwächen dieser Prinzipien in der Praxis, bei allen Versuchen, sie einseitig zu instrumentalisieren, hatten und haben diese Strukturelemente für eine sozialistische Organisation allerdings mehr Vor- als Nachteile. Und dementsprechend gehörte zu den Stärken des SHB ja seine klare Organisationsstruktur und Schlagkraft. Deshalb erscheint es uns von entscheidender Bedeutung, wie und mit welchem Ziel diese Prinzipien gelebt werden.

Es muß Gründe geben, warum dies im SHB Bochum bis heute mehr gut als schlecht funktioniert. Ausgangspunkt für die Realisierung der Verbandsprinzipien war für die Bochumer Gruppe seit Mitte der 80er Jahre die Einsicht: "Eine Idee, die nicht organisiert ist, wird zu einem oder bleibt ein individualistisches

Konzept, das keine Wirkung hat." Die Entwicklung praktizierter innerverbandlicher Demokratie und die Entfaltung optimaler Handlungsfähigkeit wurden und werden dabei als die zwei Seiten einer Medaille begriffen. Voraussetzung für die anzustrebende Geschlossenheit und die Verbindlichkeit der Umsetzung ist die Teilhabe der Mitglieder an und die Einsicht in die Positionsbildung. Einheitlich heißt hier nicht, daß es zu bestimmten Fragen nicht auch unterschiedliche Meinungen geben könnte. Im Gegenteil sind diese für eine grundsätzliche Diskussion unerlässlich. Einheitlichkeit muß jedoch bedeuten, daß einmal gefaßte Beschlüsse auch eingehalten und umgesetzt werden. Diskussionen, die nie beendet werden, lähmen und schwächen jede linke Organisation. Erweisen sich einmal gefaßte Beschlüsse als nicht praxistauglich, so werden sie modifiziert. Integraler Bestandteil der Verwirklichung des Prinzips von Einheitlichkeit und Verbindlichkeit ist deshalb die ständige Beschlussskontrolle, d. h. eine intensive gemeinsame Auswertung (Anwendung von Kritik und Selbstkritik) der Beschlüsse und Aktionen mit dem Ziel, eine weitere Planung im Kollektiv möglich zu machen.

Zum Problem werden die Prinzipien allerdings dann, wenn sie isoliert benutzt oder gegeneinander in Stellung gebracht werden. Und das war Ende der 80er Jahre im SHB (nicht nur auf Bundesebene) mehr die Regel als die Ausnahme.

Das Phänomen SHB Bochum

Der Sozialistische Hochschulbund Bochum besteht als parteiunabhängige links-sozialdemokratische Studierendenorganisation seit 30 Jahren. Das dürfte in der jüngeren Geschichte linker bundesdeutscher Hochschulorganisationen einzigartig sein. Seit jetzt 11 Jahren stellt der SHB Bochum die personell und bei Wahlen mit Abstand stärkste Kraft an einer der größten deutschen Universitäten und führt seit April 1988 ununterbrochen den Allgemeinen Studierenden Ausschuß (ASTa) der Ruhr-Universität.

Daß dem SHB Bochum der Weg des Untergangs erspart blieb, findet seine Erklärung darin, daß sich die Gruppe ab etwa Mitte der 80er Jahre mehr und mehr von der dogmatisch versteinerten Lesart des Marxismus einer Verbandsmehrheit auf Bundesebene verabschiedete und gleichzeitig

- seine Gruppenstruktur festigte,
- sich der Eigenständigkeit gegen-

Einheitlichkeit, Verbindlichkeit und Kollektivität sind keine Dogmen, die zur Hierarchisierung führen, sondern Prinzipien, die handlungsfähige, emanzipative und sozialistische Politik erst möglich machen oder zumindest erleichtern.

über dem MSB-Spartakus noch stärker bewußt wurde und diese entsprechend hervorhob,

- seine eigenständige Rolle in der sozialdemokratischen Bewegung formulierte und parallel dazu ein offenes (nicht nur taktisch bestimmtes) Listenkonzept für die Studierenden-Parlaments-Wahlen und die Fachschaftsarbeit entwickelte ("TuWas!") und
- ein Politikkonzept vorantrieb, das Interessenvertretung, AStA- und Fachschaftsarbeit nicht als eine administrative, an den Studentinnen und Studenten vorbeigehende Politik verstand.

Der Bochumer SHB hat recht früh begriffen: Wer unter den Bedingungen einer Rechtsregierung die Studierenden mittelfristig von linken Politikkonzeptionen überzeugen will, muß in allererster Linie deren Interessen aufgreifen, sie in den Strukturen der Verfaßten Studierendenschaft und darüber hinaus artikulieren und niedrigschwellige Angebote des Mitmachens offerieren.

Vor diesem Hintergrund wurde seit 1986 in verschiedenen Etappen eine neue Konzeption der Anbindung aktiver Studentinnen und Studenten an den SHB entwickelt. Dabei ist der SHB - bis auf den heutigen Tag - das organisierende und orientierende Zentrum dieser breit angelegten Bündnisliste. Das Konzept von "TuWas!" ist weit mehr als eine kurzfristige Listenverbindung für Wahlen zum Studierenden-Parlament. Sie stellt vielmehr das Angebot des SHB an alle Studentinnen und Studenten dar, sich mit ihren Bedürfnissen und Ansprüchen an eine demokratische, emanzipatorische und linke Politik entsprechende Handlungsfelder an der Hochschule zu erschließen.

Keine Frage: Die Umwälzungen in Ost- und Mitteleuropa, die Auswirkungen der neuen industriellen Revolution auf die Technologie und die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen haben auch im SHB Bochum tiefe Spuren hinterlassen. Sie haben zu Verirrungen, Fehleinschätzungen und Rückschlägen geführt. Auch heute ist der SHB Bochum keine heile Welt und keine Insel der Glückseligen. Auch war in einzelnen Phasen der 90er Jahre das Überleben als sozialistischer, parteiunabhängiger Verband gefährdet. Wie in zahlreichen anderen linken Gruppen fanden auch hier Anfang der 90er Jahre langwierige Selbstverständnis-Diskussionen statt, und nicht nur einmal stand die Gruppe mit ihrer "TuWas!"-Liste

in der Versuchung, ein Sammelbeken für alles und jedes zu werden. Aber diese Wege waren nicht gekennzeichnet von jener postmodernen politischen Beliebigkeit und jenem willfährigen Abschied vom Prinzipiellen, der die deutsche HochschulLinke und mit ihr die Juso-Hochschulgruppen in die Bedeutungslosigkeit führten.

Das Projekt Sozialismus

Nach einem längeren Diskurs gab sich der SHB Bochum im Frühjahr 1996 eine neue Grundsatzerklärung. Die darin enthaltenen Einschätzungen dürften auch und gerade für eine links-sozialdemokratische/sozialistische Arbeit an den Hochschulen diskussionswürdig sein. Die Erklärung geht davon aus, daß die sozialistische Linke nicht abzuschwören braucht. Sie darf vielmehr den Traum einer gerechteren Gesellschaft, mit dem Marx die Welt konfrontiert hat, nicht verdrängen. Und sie darf ihr intellektuelles Instrumentarium nicht wegwerfen. Aber sie muß es natürlich überprüfen. Wörtlich heißt es in der Grundsatzerklärung: "Unsere Vorstellung einer gerechten und humanen Gesellschaft drückt sich aus im Projekt Sozialismus." Dabei orientiert sich der SHB Bochum nicht an endgültigen und für alle maßgeblichen Modellen: "Wir können und wir wollen nicht den ausbuchstabierte Entwurf des Sozialismus liefern. Wir können das Projekt Sozialismus aber beschreiben: Der Sozialismus ist für uns der Inbegriff einer humanen und sozialen Gesellschaftsform, die die Bedingungen schafft für emanzipierte Lebensformen. Wichtiges Element des Sozialismus ist eine ökologische, demokratische und soziale Kontrolle der Produktion."

Bemerkenswert scheint uns auch, daß gerade die jungen SHBlerInnen, die nichts anderes kennengelernt haben als Kohl und die Rechtsregierung, und die erst nach 89/90 politisch sozialisiert wurden, gerade für die Organisationsprinzipien des SHB offen sind und sie als wichtige Ursache für ihre Politikfähigkeit begreifen. Einheitlichkeit, Verbindlichkeit und Kollektivität sind keine Dogmen, die zur Hierarchisierung führen, sondern Prinzipien, die handlungsfähige, emanzipative und sozialistische Politik erst möglich machen oder zumindest erleichtern.

Der SHB Bochum und die TuWas!-Liste an der Ruhr-Universität haben die Legende widerlegt, daß die heutige Studierendengeneration für eine ver-

bindliche, organisierte linke Politik nicht mehr zu gewinnen sei. Die TuWas!-Liste hat mit dem SHB einen organisatorischen Kern, der sich auf die fortschrittliche Sozialdemokratie bezieht. Dieser Kern ist, wie die Liste selbst, parteiunabhängig und versteht sich als Teil der sozialdemokratischen Bewegung. Die TuWas!-Liste ist der parteiübergreifende Zusammenhang aktiver linker Studierender. Diese Organisationsform ist Modell für eine mehrheitsfähige Plattform. In den Strukturen der Verfaßten Studierendenschaft und darüber hinaus. Die TuWas!-Liste steht politisch an der Schnittstelle zwischen linker Sozialdemokratie, fortschrittlichem grün-alternativen Spektrum und unabhängigen SozialistInnen. Erst aufgrund der Parteiunabhängigkeit ist TuWas! in der Lage, große Teile der studentischen Linken zu formieren.

Die Arbeit der Gruppe ist Beleg dafür, daß parteiunabhängige, links-sozialdemokratische Hochschulpolitik "nichts von gestern" ist. Sie ist ein reales Lehrbeispiel für die notwendige Neuformierung der organisierten, demokratischen Linken an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland. Es wäre für andere Hochschulen wie für die Uni Bochum sinnvoll und hilfreich, wenn es zu ähnlichen Projekten auch anderenorts kommen würde. Ob diese Projekte dann den Namen SHB tragen, scheint von nachgeordneter Bedeutung. Aber über die inhaltliche Ausrichtung und die Prinzipien eines solchen Projekts dürfte eine Reflexion auch in der linken Sozialdemokratie nicht schaden. Jenseits vieler aktueller Denkmoden wird die Linke wieder begreifen müssen: Will fortschrittliche Hochschulpolitik wieder handlungs- und im Wortsinne politikfähig werden, dann wird sie auch die Organisationsfrage beantworten müssen. In einem solchen Überlegungsprozeß wird schnell deutlich, daß sich der Widerstand gegen neoliberale Politik und das Eintreten für einen Politikwechsel, für Demokratie und Emanzipation nicht in diffusen Zusammenhängen und schon gar nicht ausschließlich in linken Parteien realisieren lassen. Linke Politik, ob an der Uni oder anderswo, läßt sich nicht ohne die Organisations- und Machtfrage diskutieren. Wer das nicht begreift, wird bei den Herren Henkel, Cromme und Co. noch manches lernen müssen. Und in diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß neben den neuen Fragen auch manch alte noch nicht ganz gelöst ist. spw

Jenseits vieler aktueller Denkmoden wird die Linke wieder begreifen müssen: Will fortschrittliche Hochschulpolitik wieder handlungs- und im Wortsinne politikfähig werden, dann wird sie auch die Organisationsfrage beantworten müssen.

Das Nachtgesicht des Neoliberalismus

Konturen einer neuen „Sicherheitsgesellschaft“

von Ralf Hansen*

1. „Zero Tolerance“ und „Innere Sicherheit“

Die deutsche Aufarbeitung der US-amerikanischen „Zero Tolerance“-Strategie trifft auf einen konservativen Diskurs, der von einer Renaissance der Repressionsstrategien geprägt ist¹. Sie bezeichnet eine Strategie zur Herstellung „Innerer Sicherheit“, die Normverstöße jeglicher Art mit gleicher Intensität ahnden will. Jeder Normverstoß wird als Eintritt in die Drehscheibe der Kriminalität betrachtet. Die gegenwärtige Entwicklung wird als Folge einer liberalistischen Entwicklung, insbesondere nach „68“ betrachtet, deren Produkt eine allgemeine Auflösung der gesellschaftlichen „Moral“ sein soll. Integrierende moralische „Tugenden“ seien nicht mehr vorhanden und sollen durch physisch durchsetzbaren rechtlichen Zwang ersetzt werden². Als Folge werden um sich greifende Verwahrlosungsprozesse ganzer gesellschaftlicher Lebensbereiche unter Verlust des „öffentlichen Raumes“ konstatiert, den es wiederzugewinnen gilt³. Die „ontologische Unsicherheit“ ist danach durch die zivilisatorische Entfesselung eines allgemeinen, analytisch nicht faßbaren „Bösen“ gekennzeichnet. Unter diesen Bedingungen beruht die Möglichkeit „Innerer Sicherheit“ allein auf der abschreckenden Wirkung sanktionsbewehrter Rechtsnormen und ihrer präventiven Durchsetzung zur Kompensation eines allgemeinen „Werteverfalls“⁴.

„Zero Tolerance“ ist angesichts des Grundgesetzes (GG) in Deutschland (noch) nicht praktikierbar. Die Herstellung „Innerer Sicherheit“ wird jedoch mit entsprechenden Modifikationen zunehmend unter Anlehnung an dieses neoliberale Konzept organi-



siert, dessen Funktion es sein soll, den Zustand des Bürgerkrieges als dem Naturzustand gesellschaftlicher Beziehungen effektiv zu verhindern. Mit diesem Diskurs erfolgt ein „neoklassischer“ Anschluß an frühmoderne Straf- und Gefahrenabwehrkonzepte, getragen von der Absicht einen neuen Gesellschaftsvertrag zur Errichtung eines spätmodernen „Leviathan“ zu ermöglichen, in dem die bürgerlichen Freiheiten in einem System „kollektiver innerer Sicherheit“ aufgehen.

2. Von der „öffentlichen“ zur „inneren Sicherheit“

Perspektivisch hat sich seit dem „Herbst '77“ längst ein Paradigmenwechsel von der Herstellung „öffentlicher Sicherheit“ zur „Inneren Sicherheit“ vollzogen, deren Durchsetzung im Vollzug der neoliberalen Deregulierungs- und Privatisierungsmaximen nicht mehr in jeder Hinsicht als Wahrnehmung staatlicher Aufgaben in Konkretisierung des Gewaltmonopols angesehen wird, sondern als gesellschaftliche Aufgabe definiert wird⁵. Im Gegensatz zum Rechtsbegriff der „öffentlichen Sicherheit“ umfaßt der politische Begriff der „Inneren Sicherheit“ die ständige Bereitschaft aller Sicherheitsorganisationen (auch der Privaten) zur Abwendung von „Sicherheitsrisiken“ nach Maßgabe einer politisch definierten „Normallage“. „Innere Sicherheit“ als Versprechen verlangt umfassende Präventions- und Vorsorgeorganisation⁶ und wird zum Äquivalent der „äußeren Sicherheit“. Als kollektives „Grundrecht“ schränkt es Individualgrundrechte ein. Diese Konstruktion zwingt

zu einem Umbau des grundgesetzlichen Wertsystems, das bisher von einem Vorrang der Grundrechte insbesondere aufgrund von Art. 1 Abs.3 GG geprägt ist und ein explizites Grundrecht auf Sicherheit nicht kennt. Das Grundgesetz geht von der Annahme aus, daß die Ausübung gleicher Freiheiten auf der Herstellung öffentlicher Sicherheit als Staatsziel beruhen.

3. Ein neoliberales Verständnis „Innerer Sicherheit“

Dieser Politikansatz geht davon aus, daß eine Gesellschaft, in der die Angst vor Straftaten das Lebensgefühl jedes einzelnen beherrscht, nicht wirklich frei ist⁷. So verstandene Sicherheit wird unter der Geltung des GG zu einem Mythos, der die Brücke zu neurechten Konzepten schlägt⁸, deren Intentionen darauf beruhen eine national Rechtsgemeinschaft herzustellen, in dem jedem „Mitglied“ durch genau umrissene Pflichten sein Lebenskreis zugewiesen ist. Nicht mehr der Bürger steht im Mittelpunkt der Verfassung, sondern die Sicherheit des „Kollektivs“, demgegenüber der Einzelne die Wahrnehmung von Individualrechten zu begründen hätte. Dem „1989“ weggefallenen äußeren „Feind“ entspricht das gesellschaftliche „Böse“ als dem Feind im Inneren⁹. Diese Politikansätze versuchen durch symbolische Politik von gesellschaftlichen Veränderungen abzulenken, deren politische Steuerung mit neoliberalen Konzepten nicht gelungen ist. Der kaum bestreitbare Zusammenhang zwischen Pauperisierung und Kriminalität wird weitgehend ignoriert.

* Ralf Hansen, Düsseldorf, studiert Jura mit Schwerpunkt Europarecht an der Universität Köln, Mitglied der SPD

Die Strukturveränderungen der Arbeitsgesellschaft werden als solche zwar konstatiert, aber als politisch nicht steuerbar betrachtet, ihre individuell spürbaren Folgen jedoch als Konsequenz überzogenen Anspruchsdenkens abgetan. Die gegenwärtige Höhe der Kriminalität wird im wesentlichen einerseits als Folge einer als naturwüchsig begriffenen „Globalisierung“ mit umfassender Freizügigkeit verstanden, andererseits im Hinblick auf die geopolitische Lage Deutschlands und ihrer Anziehungskraft in den weltweiten Wanderungsbewegungen als repressiv gestaltbar angesehen. Entsprechend erfordert die Sicherung nach außen eine restriktive Ausländer- und Asylpolitik¹⁰. Zur Gegensteuerung im „Inneren“ soll eine politisch definierte „öffentliche Ordnung“ wieder zum Zentralbegriff werden.

Die Regierungskoalition hat der gesellschaftlichen Entwicklung innenpolitisch lediglich eine Repressionspolitik entgegengesetzt, ohne ihr sozialpolitisch entgegenzusteuern¹¹. Die soziale Folge dieser politischen Dysregulierung ist die Entstehung einer neuen Unterklasse, deren Angehörige weithin ausgeschlossen von den Informations- und Kommunikationsstrukturen einer „globalisierten Lebenswelt“, zu Modernisierungsverlierern werden, die nicht mehr Teil der Gesellschaft sind und deren anomisches Handeln repressiv reguliert werden soll¹². Derartige soziale Exklusionen untergraben gleichzeitig die Grundlagen der demokratischen Legitimation und bereiten den Boden für fundamentalistische „Alternativen“. Dieses Konzept politischer Steuerung ist durch einen Übergang politischer Regulationskompetenz auf Marktsteuerungsmechanismen gekennzeichnet, dem ein Abbau sozialstaatlicher Regulationen entspricht, dessen Folgen durch den Aufbau eines Präventionstaates kompensiert werden sollen¹³. Unter diesen Bedingungen muß dieses Konzept der Herstellung „Innerer Sicherheit“ als eine Strategie der innerstaatlichen Befestigung der Strukturen des neoliberalen Paradigmas und der repressiven Bewältigung ihrer Folgelasten gelesen werden.

Folgerichtig wird den Bürgern vorgeworfen, ihre Interessen auf die Versteinerung von Besitzständen zu richten und einem Vorrang der Gleichheitsrechte vor den Freiheitsrechten zu huldigen, der im Zeitalter der „Globalisierung“ nicht mehr an-

gemessen sei und sich als Festklammern an obsoleten „Besitzständen“ äußere¹⁴, deren Abbau auch die Arbeitslosigkeit beseitigen können soll. Die Rücknahme der „Staatshaftung“ für unterlassene „Selbstverantwortung“ soll zu einer Begrenzung sozial-schädlicher Ausübung grundrechtlicher Freiheiten führen. Ungleichheit ist demnach der Preis der Freiheit und Ausfluß der Selbstverantwortung¹⁵. Die Deregulierung des Sozialstaates soll durch den Abbau von Verkruftungen, der Rücknahme von Anspruchsdenken, mehr „Eigenverantwortung“ und der Auflösung gewachsener Besitzstände ausgeglichen werden¹⁶.

4. Die Tendenz zum „Präventionsstaat“

Es scheint sich eine Konzeption durchzusetzen, in der prinzipiell jede Handlung unter dem weiten selektiven Blickwinkel umfassender Risikoversorge sicherheitsrelevant werden kann. Grundrechte haben in diesem Konzept die Funktion, jene Personen wieder aus dem „Raster“ auszuschneiden, bei denen sich Risikoprognosen nicht erhärten haben. Die Grenzen zwischen Gefahrenabwehr und repressiven Maßnahmen werden zu formalrechtlichen Kompetenzzuweisungen. Der sog. „Große Lauschangriff“ des Art. 13 GG n. F. (bisher: § 111c Strafprozessordnung: „Kleiner Lauschangriff“), dem ein „Großer Videoangriff“ (ohne weitere Verfassungsänderung) folgen könnte, hat insoweit Modellcharakter¹⁷. Methodisch ist er der Änderung des Art. 16 GG nachgebildet. Auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr ist er längst Realität (s. §§ 17, 18 Polizeigesetz NW).

Dieses Konzept der „Inneren Sicherheit“ ist von einer schleichenden Aufweichung der rechtlichen Anforderungen an den Gefahrenbegriff gekennzeichnet. Die diesbezügliche Grundrechtsausübung wird im wesentlichen zu einem Problem des postoperativen Datenschutzes, deren Wahrnehmung von einer eher zufälligen Kenntnisnahme der Maßnahmen abhängt, sofern kein Zugriff erfolgt. Der Präventivbereich zeichnet sich durch relativ geringe Rechtsschutzmöglichkeiten aus. Konsequenterweise wird inzwischen gefordert, daß die Justiz bei der Rechtsanwendung von der grundgesetzlich geforderten Beurteilung von Einzelfällen zu einer kollektivbezogenen Folgenabschätzung und zu einer typisierten Rechtsanwendung übergehen soll¹⁸.

Der Tendenz zum Präventionsstaat entspricht auch eine paradigmatische Wende in der Konstruktion der Strafrechtsdelikte: Herrschte unter dem liberalen Rechtsstaates die Anknüpfung an einen konkreten Schadens-eintritt vor, wird heute das abstrakte Gefährdungsdelikt, zum neuen Paradigma des Strafrechtstatbestandes¹⁹. Das Strafrecht wird tendenziell zum Risikovorbeugungsrecht und zu einem probaten Mittel symbolischer Politik, die zur „Lösung“ sozialer Probleme eingesetzt wird, wenn politische Steuerung versagt. Völlig konsequent wird vorgeschlagen, das Legalitätsprinzip der Strafprozeßordnung zugunsten einer „Konzentrationsmaxime“ preiszugeben, die das Ermessen der handelnden Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaften dahingehend bindet, in erster Linie zur Verfolgung schwerer Straftaten tätig zu werden und kleinere Delikte der Initiative privater Rechtsverfolgung zu überlassen.

Ein schwer gangbarer Weg, zu dem die rechtsstaatlich klarere Alternative besteht, bestimmte Delikte (etwa Drogenkonsumdelikte) von der Strafsanktion auszunehmen und das Legalitätsprinzip für Delikte aufrechtzuerhalten, die entsprechend strafwürdig sind. Durch den Rückgang der Beschaffungskriminalität wäre damit eine spürbare Entlastung der Polizeifunktionen verbunden. Angesichts der Wirkungslosigkeit der generalpräventiven Strafzwecke stellt sich das Problem einer umfassenden Reform der letztlich aus der Frühmoderne stammenden Strafkonzeppte. Die Renaissance des gesellschaftlichen „Bösen“ dient im übrigen auch zur Erklärung der Fehlschläge der weitgehend wirkungslosen Implementation repressiver Normenstrukturen, die noch „härtere“ Repressionsstrukturen erfordern.

Im Vollzug einer derartigen Sicherheitskonzeption werden gesellschaftliche Probleme, die politische Lösungen erfordern würden, auf Polizei-, Justiz- und Ordnungsbehörden, bzw. private Sicherheitsdienste verschoben, ohne dort gelöst werden zu können, da diese Funktionseinheiten mit der Wahrnehmung politischer Steuerungsaufgaben schlichtweg überfordert sind. Private Sicherheitsdienste dürfen keine Polizeifunktionen wahrnehmen, da ihre Rechte nicht weiter reichen können, als die Rechte ihrer Auftraggeber. Derartige private „Polizeien“ sind auf die Wahrnehmung des Hausrechts

Nicht mehr der Bürger steht im Mittelpunkt der Verfassung, sondern die Sicherheit des „Kollektivs“, demgegenüber der Einzelne die Wahrnehmung von Individualrechten zu begründen hätte.

isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

isw-report

(erscheint vierteljährlich)

DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Deutsche Macht-Allianz - Geld und Macht der Deutschen Bank und Allianz-Versicherung (Nr. 31, April 1997)

Macht und Herrschaft in der Marktwirtschaft - Einkommensverteilung und Kapitalkonzentration in der deutschen Wirtschaft (Nr. 32, Juli 1997)

150 Jahre Geschäfte des Siemens-Konzerns

(Nr. 33, Oktober 1997) 44 Seiten, 6,- DM

Globalisierung und Multis (Nr. 34, Januar 1998)

isw-spezial

Cuba Libre - Kuba liberal? (Nr. 9, Jan. 97), DM 5,- + Versand

Energiesteuer - und dann? Klimaschutz erfordert Umbau von Wirtschaft u. Gesellschaft (Nr. 10, Apr. 97), 80 Seiten, DM 8,- + V.

isw-wirtschaftsinfo

Wirtschaftskrise in Südostasien und die Weltwirtschaft

(Nr. 27, Januar 1998), DM 5,- zzgl. Versand

isw-grafikdienst

Der Steuer-Skandal (Nr. 3, Juni 1996), DM 10,- + Versand

Armut & Sozialabbau in einem reichen Land

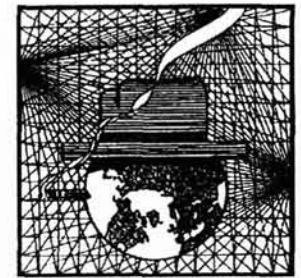
(Nr. 4, Jan. 97), DM 10,- + Versand

analysen fakten & argumente

Neu bei isw!



Globalisierung + Multis



isw REPORT NR. 34
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

**Prospekte anfordern,
Bestellungen,
abonnieren, fördern**
bei isw sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3,
80639 München,
Fax 089-168 94 15

und der „professionellen Nothilfe“ im Gefahrenfall beschränkt. Die weitere Delegation staatlicher Aufgaben bedarf Verfassungsänderungen, deren Verfassungsgemäßheit zweifelhaft sein dürfte. Die Implementierung repressiver Normen über den Status einer Bewehrung des liberalen Rechtsstaats hinaus, führt in aller Regel nicht zur angestrebten Lösung, sondern zur Risikoerhöhung für ausführende Behörden und Bürger, ohne die öffentliche Sicherheit angemessen zu erhöhen. Der Umbau zum Präventionsstaat hat insbesondere eine Senkung der Eingriffsschwelle für staatliches Handeln bei gleichzeitiger Absenkung der Anforderungen für Beschränkungen von Bürgerrechten zur Folge.

Die ontologische Gefährdungslage durch die Folgen und Nebenfolgen politischen Handelns²⁰ wird von den systemischen Ursachen, zu denen auch Güterknappheit aufgrund ökologischer Gefährdungen zählt²¹, auf eine Gefährdung insbesondere durch „organisch“ verursachte „organisierte“ Kriminalität verschoben, die im gegenwärtigen Umfang selbst Ausdruck dieser Unsicherheit einer reflexiv gewordenen Moderne ist. Liest man statt dessen die Beschränkungen der Bürgerrechte politisch legitimierende „Globalisierung“ als einen Rationalisierungsprozeß einer neokapitalistisch durchstrukturierten

Moderne, erweist sich organisierte Kriminalität als Strategie einer Erhöhung von Gewinnmargen jenseits aller moralischen und rechtlichen Grenzen. Nicht ohne Grund werden inzwischen die Grenzen des Marktsteuerungsmechanismus zunehmend thematisiert²². Stellt man die Frage richtig, hängt die Bekämpfung der weltweit vernetzten organisierten Kriminalität von den rechtlichen und moralischen Grenzen wirtschaftlichen Handelns und ihrer globalen Durchsetzbarkeit ab.

5. Umriss einer neuen „Sicherheitsgesellschaft“

Die Relation der anwachsenden Underclass zum Rechtssystem ist von Loyalitätsverlusten gekennzeichnet, ohne sich politisch anders als durch Abkehr von der Partizipation an der demokratischen Kultur auszuwirken. Die Folgen sind beginnende Stabilitäts- und Legitimationsprobleme des politischen Systems. Infolgedessen werden Normmodelle im Sinne einer repressiv orientierten Loyalitätseinforderung bevorzugt, um politische Steuerungsdefizite durch präventiv unterfangene Repressionsstrategien kompensieren zu können, wo die Sozialintegration über Marktmechanismen versagt²³. Unter den geltenden Bedingungen kann die Erhöhung des Repressionsdrucks nichts entscheidendes bewirken. Die Befol-

gung von Normgeboden mit immer kürzerer Halbwertszeit ist kaum geeignet, die rational motivierte Einsicht der Adressaten zu erhöhen, wenn gleichzeitig die Differenz zwischen Normbefehl und sozialer Realität immer größer wird. Zudem eine allgemeinen Wohlstand suggerierende globale Kulturindustrie zu Übertretungen der Grenze der Rechtswidrigkeit wenigstens implicite einlädt, um einen dumpfen Widerstand gegen die Macht eines Systems zu erzeugen, das Wohlstand für alle strukturell verspricht, tatsächlich aber zahlreiche Mechanismen sozialer Exklusion bereithält.

Neoliberale Politik überläßt die pauperisierte Underclass angesichts ihres geringen politischen Drohpotentials sich selbst, in der Annahme, daß die Abspaltung großer Bevölkerungsteile politisch folgenlos bleiben wird²⁴. Die sich immer weiter öffnende ökonomische Schere führt zu einem Konflikt des rebellierenden Individuums mit der als Schutzmacht eines nach kurzfristigen Rentabilitätsgesichtspunkten operierenden Wirtschaftssystems agierenden Staatsmacht, der in weiteren sozialen Instabilitäten ausufern wird, sofern es nicht gelingt, die entstandenen gesellschaftlichen Konfliktherde politisch zu entschärfen. Die Herstellung gesellschaftlicher Gerechtigkeit als Realisierung gleicher Freiheiten umfaßt

Das Strafrecht wird tendenziell zum Risikovorbeugungsrecht und zu einem probaten Mittel symbolischer Politik, die zur „Lösung“ sozialer Probleme eingesetzt wird, wenn politische Steuerung versagt.

auch die gesellschaftliche Verteilung der Grundgüter²⁵.

Das Ordnungs- und Strafrecht wird dem Anspruch nach immer mehr zum „Wächter“ und „Hüter“ über die gesellschaftliche Wertordnung, und soll einen substanziellen Zusammenhalt fingieren, der auf der Ebene moralischer und politischer Diskurse gegenwärtig nicht mehr organisiert werden kann. Durch neue Gefängnis- und Überwachungskomplexe wird versucht, die schwindende motivationale Zustimmung durch äußeren Zwang zu kompensieren. Die Repolitisierung politisch entschärfter sozialer Konflikte wird systemisch in Kauf genommen, da sie mit den zur Verfügung stehenden Machtmitteln als disziplinierbar gelten. Die Funktion des Staates wird unter der Geltung eines neoliberalen Paradigmas zunehmend auf die Aufrechterhaltung repressiv strukturierter politischer Stabilität zurückgeschraubt, die eine notwendige Umweltbedingung für die Operation auf dem Weltmarkt ist. Die Gesellschaft verliert sich zunehmend in neoliberalen Entsolidarisierungen, die der sozialen Atomisierung jenen Vorschub leistet, den die vollständige Implementierung eines neoliberal strukturierten Gesellschaftssystems benötigt. Hinter den Forderungen nach einer durch eine „neue“ Ethik des Gemeinsinns abgesicherten öffentlichen Sicherheit als Schutzzone einer scheinbar entpolitisierten Privatheit, scheint ein Gesellschaftsmodell auf, daß sich vom Modell einer sozialen, demokratischen, rechtsstaatlichen und liberalen Ordnung, wie es bisher im Grundgesetz immer noch zum Ausdruck kommt, immer weiter entfernt und die materialen Grundlagen der Demokratie intern aufzulösen beginnt.

Die neoliberale Politik läßt kein Konzept gesamtgesellschaftlicher Integration erkennen. Die Herstellung politischer Gerechtigkeit am Leitfaden gleichheitlicher Anerkennungsverhältnisse wird fallengelassen. Die Reichweite der demokratischen Legitimation wird in eine Zivilgesellschaft verschoben, der es nur noch zukommt, das politische System formal zu legitimieren und effektive Regierungsoperationen auf der Basis dieser Folie zu ermöglichen. Am Ende einer konsequent neoliberalen Durchstrukturierung der westlichen Zivilisation könnten eine Gesellschaftsstruktur stehen, deren effektive Fungibilität allein auf die Existenz effektiver (nicht unbedingter „staatlicher“) „Polizeikomplexe“

angewiesen ist²⁶. Der Endpunkt der Entwicklung hin zu einer „Sicherheitsgesellschaft“ kann gegenüber einer, sich weiter vergrößernden, verelendeten Unterklasse eine neue Form totalitären Terrors sein, der antiker Tyrannis wenig fern steht und der „Innere Sicherheit“ zu einem romantischen Traum werden läßt. spw

- 1 Überblicke bei Gössner, R. (Hrsg.): Mythos Sicherheit, 1995; Dreher, G/Feltes, Th. (Hrsg.): Das Modell New York – Kriminalitätsprävention durch „Zero Tolerance“, 1997; Seidel-Pielen, E./Farin, K.: Die Scharfmacher. Schauplatz Innere Sicherheit, 1994; Busch, H.: u.a., Die Polizei in der Bundesrepublik Deutschland, 1985, S. 285 ff.
- 2 Die US-amerikanische Debatte hat unmittelbaren Bezug zum moraltheoretischen Diskurs des rechtskonservativen Kommunitarismus, s. Priester, K.: Die Widersprüche des Kommunitarismus, in: Blätter f. dt. u. int. Politik, 03/97, S. 359 – 368.
- 3 Sog. „Broken-Windows-Theory“, kritisch Korell/Liebel: Wie mit der Angst vor Kriminalität Politik gemacht wird, in: Dreher/Feltes (1997).
- 4 S. Fikentscher/Heitmann/Isensee/Kriele/Lobkowitz/Scholz: Wertewandel – Rechtswandel: Perspektiven auf die gefährdeten Voraus. unserer Demokratie, 1997.
- 5 Einzelheiten bei Stober, R.: Staatliches Gewaltmonopol und privates Sicherheitsgewerbe, in: NJW, 1997, S. 889 – 896 m.w.N.
- 6 Exzellente Darstellung bei Kiesel, M.: „Innere Sicherheit“ und Grundgesetz, ZRP, 1996, S. 482 – 489 m.w.N.
- 7 Zum folgenden, Kanther, M.: Die Zeit des Wegduckens vor der kriminellen Gefahr muß vorbei sein, in: FR v. 15. 10.1997, S. 7; Eylmann, H.: Rechtspolitische Zielsetzungen der CDU/CSU, ZRP 1995, S. 161 – 165.
- 8 S. etwa Wassermann, R: Recht und Gewalt. Über die Hilflosigkeit des Staates gegenüber dem Verbrechen, in: Schwilk/Schacht: Die selbstbewußte Nation, 3. Aufl., 1995, S. 249 – 266.
- 9 Gessenharter, W.: Die neue Rechte in Deutschland und die Verklärung der Abstammungsgemeinschaft, in: Butterwege, C.: NS – Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus im vereinten Deutschland, 1997 (gekürzt in: FR v. 10.11.1997, S. 12).
- 10 Exemplarisch Schelter/Maaßen: Das deutsche Asylrecht nach der Entscheidung von Karlsruhe, ZRP 1996, 408 ff.
- 11 Einzelheiten bei Reuter, N.: Warum die Bundesregierung eine Umverteilung von unten nach oben bewußt initiiert hat, in: FR v. 23.07.1997, S. 10; Butterwege, C.: Sozialpolitik unter Anpassungsdruck, in: perspektive 21, 02/97, S. 11 – 20.
- 12 Lash, S.: Reflexivität und ihre Doppelungen: Struktur, Ästhetik und Gemeinschaft, in: Beck/Giddens/Lash: Reflexive Modernisierung, S. 195, 225 – 233.
- 13 Wacquant, L. D.: Vom wohlthätigen Staat zum strafenden Staat. Über den politischen Umgang mit Armut und Elend in den USA, Leviathan, 01/97 (Auszüge in: FR v. 12.07.1997, S. 14).
- 14 Herzog, R.: Rede im Hotel Adlon, in: Bissinger, M. (Hg.), Stimmen gegen den Stillstand, 1997.

- 15 Böhr, C.: Jeder denkt: er kann machen was er will, der Staat haftet ja, in: FR v. 11.07.1997, S. 12.
- 16 Leipziger Manifest der CDU: Wirtschafts – Sozialpolitik, Auszüge in: FR v. 22.10.1997, S. 8.
- 17 Zur Kritik, Hahnzog, K.: Der große Lauschangriff, in: spw 05/97, S. 7; Bechtold, I., Das Sicherheitsdenken ersetzt das Freiheitsdenken, in: FR v. 17.09.1997, S. 17; Vogel, H. J., FR v. 24.11.1997, S. 5.
- 18 Bernhardt: Kriminalitätsbekämpfung und Justiz, in: FR v. 07.10.1997, S. 19.
- 19 Hassemer, W.: Kennzeichen und Krisen des modernen Strafrechtes, in: ZRP 10/92, S. 378 – 384, Ders.: Wozu und zu welchem Ende strafen wir?, in: ZRP 08/1997, S. 316 – 321.
- 20 S. dazu Beck, U.: Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne, in: Beck/Giddens/Lash, (1996), S. 19, 27 ff.
- 21 Münch, R.: Risikopolitik, 1996, S. 118 ff.; 136 ff.
- 22 Walzer, M.: Liberalismus und die Kunst der Trennung, in: Ders.: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, 1996, S. 38, 48 ff.
- 23 Lüderssen, K.: Die Krise des öffentlichen Strafanspruchs, in: Ders.: Abschaffen des Strafens, Ffm., 1995, S. 22 ff.
- 24 Habermas, J.: Der Europäische Nationalstaat, in: Ders.: Die Einbeziehung des Anderen, 1997, S. 128, 148 f.
- 25 Giddens, A.: Jenseits von Links und Rechts, 1997, S. 29 f., 32 ff., 118 ff., 237 ff.
- 26 Dahrendorf, R.: „Der Polizeistaat kommt über die Arbeitslosigkeit“, in: FR v. 01.04.1996, S. 7.

Die Funktion des Staates wird unter der Geltung eines neoliberalen Paradigmas zunehmend auf die Aufrechterhaltung repressiv strukturierter politischer Stabilität zurückgeschraubt, die eine notwendige Umweltbedingung für die Operation auf dem Weltmarkt ist.

Andere Zeiten

Forum für politische Ökologie
und soziale Emanzipation

In *Andere Zeiten* 1998 u.a.:

- W. Kreissl-Dörfler / M. Quandt** MAI
C. Roth Draußen vor der Tür
D. Kreutz Auf dem Weg nach Godesberg
P. Boursier Kritik der reinen Symbolik
R. Brandt T. Koenigs Wirtschaftspolitik
F. O. Wolf An der nächsten Biegung links
K. Betz Wirtschaftspolitische Alternative
J. Geppert / S. Schunk Studiproteste

**Diese Zeitschrift ist die
diskursive Bühne der
grünen Zukunftskonzepte.**

Für 10,-DM ein halbes Jahr (3
Ausgaben) interne grüne Dis-
kussion erleben – und dann kün-
digen oder noch ein Abo am
Hals haben?

Andere Zeiten

Schönleinstr. 6 * 10967 Berlin
Tel. 030 691 44

e-mail 0306914454@T-Online.de

MAI – die dritte Säule weltwirtschaftlicher (De-) Regulierung

von Jens Martens*



1. Die globale Regulierung der Deregulierung

Daß die wirtschaftliche Globalisierung ein Sachzwang ist, dessen negativen Folgen die Politik machtlos ausgeliefert ist, hat sich schon lange als Mythos entpuppt. Der Globalisierungstrend wurde durch die Deregulierungswelle der letzten zwei Jahrzehnte maßgeblich befördert. Diese wiederum ist Ergebnis einer gezielten Entstaatlichungspolitik der Regierungen (Stichwort: Reaganomics, Thatcherism) seit Anfang der achtziger Jahre. Die GATT/WTO-Abkommen, das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA und auch die Strukturanpassungsprogramme von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank sind von den Regierungen ausgehandelte komplexe Regelwerke zur globalen Deregulierung.

Wer von der Ohnmacht der Politik gegenüber den transnationalen Konzernen und den Mechanismen der internationalen Finanzmärkte spricht, erkennt den Gestaltungsspielraum der Regierungen und Parlamente. Sie waren und sind machtvolle Akteure, die ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenzen in den vergangenen Jahren freilich vor allem dafür verwendeten, die internationalen Rahmenbedingungen für das Privatkapital zu verbessern. Ähnlich weitreichende und verbindliche Regelungen im ökologischen und sozialen Bereich wurden dagegen nicht angestrebt.

Die rund 180 multilateralen Umweltabkommen und die etwa ebensoviele arbeits- und sozialrechtlichen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) blieben bis-

lang nicht viel mehr als schmückendes Beiwerk einer Weltwirtschaftsordnung, deren tragenden Säulen die weltweit gültigen Handelsregeln der WTO und das finanz- und währungspolitische Instrumentarium des IWF bilden.

Mit dem Multilateralen Investitionsabkommen (MAI), über das seit 1995 in der OECD verhandelt wird, schicken sich die Regierungen der Industrieländer nun an, die dritte Säule weltwirtschaftlicher Regulierung zu errichten. Hier entsteht unter dem Banner von Liberalisierung und Deregulierung ein umfassendes Regelwerk, das erneut vor allem den Interessen des Privatkapitals dienen soll. Die Unterzeichnung des Abkommens ist vorläufig noch für die OECD-Ministerkonferenz Ende April 1998 vorgesehen – vorläufig deshalb, weil angesichts der bestehenden Konflikte zwischen den Verhandlungspartnern, allen voran den USA und der EU, eine rasche Einigung eher unwahrscheinlich ist. Zudem wächst der weltweite Widerstand gegen das Abkommen seit Herbst 1997 rapide an und setzt die Verhandlungsführer unter zunehmenden Legitimationsdruck.

2. Ziele und Kernbegriffe des MAI

Worum geht es beim MAI? Der Kanadier Tony Clarke, der durch seine Veröffentlichungen frühzeitig auf die Brisanz und Tragweite des Abkommens hingewiesen hat, nennt das MAI „eine Deklaration weltweiter Konzernherrschaft“, die die politischen Rechte, die politische Macht und die politische Sicherheit der transnationalen Konzerne (TNCs) weltweit erhöhen soll.² Das Bundeswirtschaftsministerium spielte den Stellenwert des MAI anfangs bewußt herunter und betonte noch im Okto-

ber 1997, bei dem Abkommen handele es sich „von der Sache her nicht um ein neues Internationales Rechtsinstrument“, sondern lediglich um die „Kodifizierung und Zusammenfassung seit Jahrzehnten bestehender und bewährter Instrumente der OECD und einer Vielzahl bilateraler Investitionsschutzverträge zu einem einheitlichen multilateralen Abkommen“.³ Seitdem hat sich die Bewertung der Bundesregierung in der Außenministerdarstellung allerdings verändert: Im Dezember nannte das BMWi das Abkommen „einen ersten Schritt zu einem weltweiten ‚GATT für Investitionen‘“.⁴

Das Abkommen gilt zunächst für die 29 Mitgliedsstaaten der OECD, die an den Verhandlungen beteiligt sind. Nach der Fertigstellung werden aber alle anderen Staaten „eingeladen“, dem Abkommen beizutreten. Nachdem für die OECD der Nutzen weltweiter Handelsliberalisierungen außer Frage steht, sieht sie in der Liberalisierung der weltweiten Investitionsregeln nun einen logischen nächsten Schritt. Dabei verfolgen ihre Mitglieder mit dem Abkommen zwei grundsätzliche Ziele:

1. Die weltweit uneingeschränkte Öffnung der Märkte für ausländische Investoren,
2. den garantierten Schutz ausländischer Investitionen vor staatlichen Auflagen und Reglementierungen.

Anders als bei den rund 1630 bilateralen Investitionsabkommen (BIAs), die sich i.d.R. auf den Schutz der bereits getätigten Investitionen *ex post* beschränken, soll das MAI also auch das Recht auf freien Marktzugang *ex ante* verbiefen. Fühlt sich ein ausländisches Unternehmen mit seinem Investitionsvorhaben in einem MAI-Vertragsstaat gegenüber der Konkurrenz benachteiligt, kann es den Staat im Rah-

Wer von der Ohnmacht der Politik gegenüber den transnationalen Konzernen und den Mechanismen der internationalen Finanzmärkte spricht, erkennt den Gestaltungsspielraum der Regierungen und Parlamente. Mit dem Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) entsteht ein umfassendes Regelwerk, das erneut vor allem den Interessen des Privatkapitals dienen soll.

* Jens Martens, Vorstandsmitglied von der Nichtregierungsorganisation Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED), Bonn

men des vorgesehenen Streitschlichtungsverfahrens verklagen.

Ein weiterer gravierender Unterschied zu den BIAs besteht in dem weiten Investitionsbegriff des MAI. Er umfaßt neben den traditionellen Direktinvestitionen, auf die sich die BIAs i.d.R. beziehen, auch Portfolioinvestitionen, materielle und immaterielle Vermögenswerte, Konzessionen, Immobilien und Landbesitz. Damit wird das MAI auch den freien Fluß hochmobilen Spekulationskapitals fördern.

Das Hauptcharakteristikum des MAI, das dieses Abkommen auch von den WTO-Übereinkommen unterscheidet, ist sein *Top-down*-Ansatz. Demnach sollen die Liberalisierungsbestimmungen des MAI generell für alle Sektoren einer Volkswirtschaft und alle politischen Entscheidungsebenen gelten, sofern ein Land nicht vor dem Beitritt zum Abkommen spezifische Ausnahmen (*reservations*) angemeldet hat. Dieses Verfahren steht im Gegensatz zur üblichen Praxis internationaler Vereinbarungen, die sich am *Bottom-up*-Ansatz orientieren – das heißt, geregelt ist nur, was in der Vereinbarung ausdrücklich benannt wird.

Verstärkt wird der *Top-down*-Ansatz noch durch die *Status-quo*- und *Roll-back*-Prinzipien, die im MAI verankert werden sollen, um die Liberalisierungsmaßnahmen für die Vertragsstaaten irreversibel zu machen. Nach dem *Status-quo*-Prinzip sind die Vertragsstaaten verpflichtet, keine

neuen Gesetze und Maßnahmen einzuführen, die als Investitionsrestriktionen im Sinne des MAI interpretiert werden können. Das *Roll-back*-Prinzip zielt darauf, im Rahmen regelmäßiger Überprüfungen (z.B. sogenannter Länderexamina) auch die zunächst zugestandenen länderspezifischen Ausnahmeregelungen zu beseitigen. Das Endziel ist die uneingeschränkte Marktöffnung und die garantierte Nichtdiskriminierung ausländischer Unternehmen.

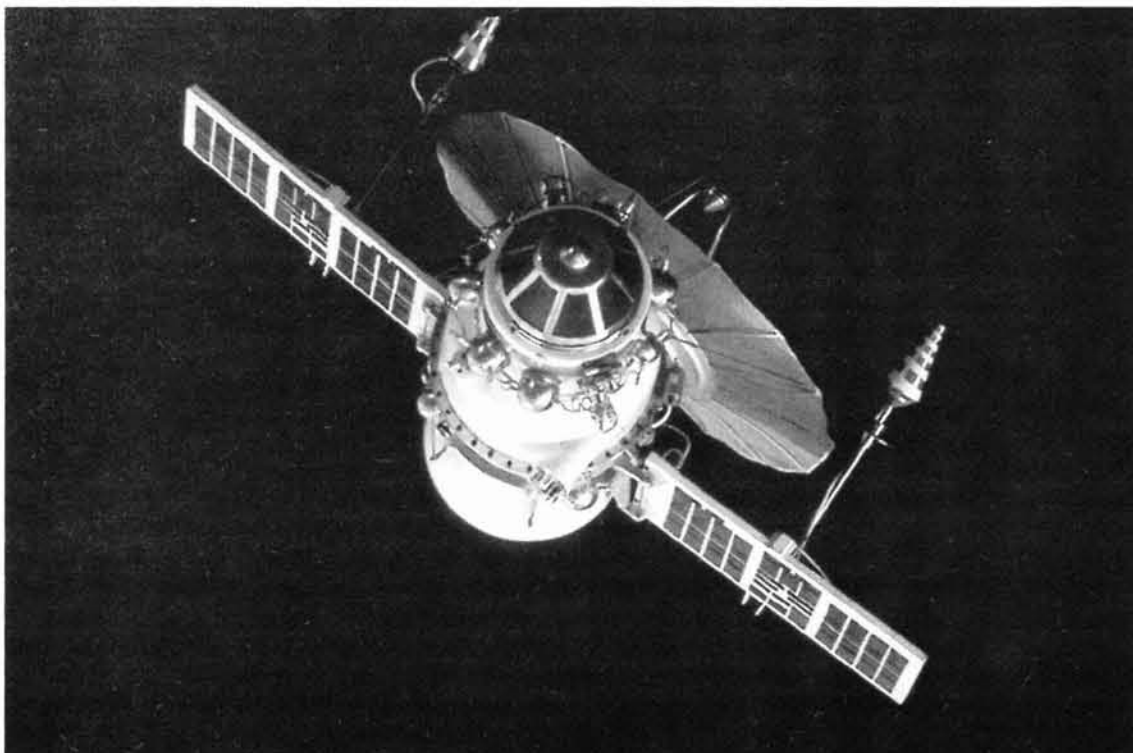
Das Postulat der Nichtdiskriminierung

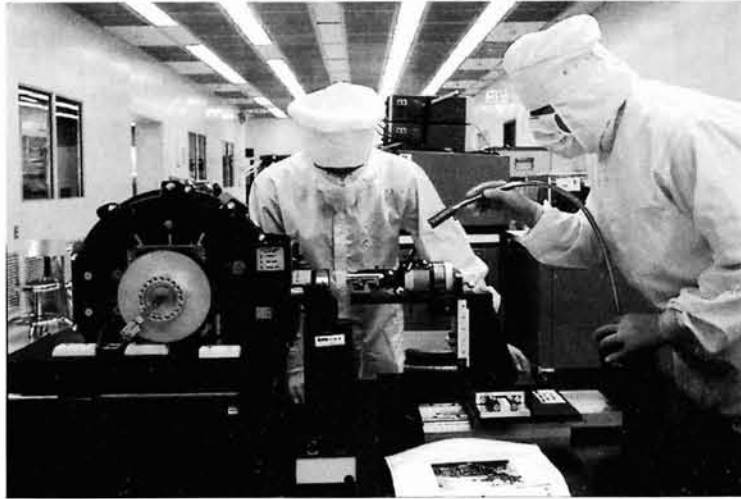
Das Postulat der Nichtdiskriminierung bildet den Kern des gesamten Investitionsabkommens. Nichtdiskriminierung bedeutet zum einen, daß im Sinne der Inländerbehandlung (*national treatment*) ausländische Investoren einheimischen grundsätzlich gleichzustellen sind, zum anderen, daß Vergünstigungen die einem ausländischen Unternehmen gewährt werden, im Sinne des Meistbegünstigungsprinzips (*most favoured nation principle*) den Investoren aller MAI-Vertragsstaaten gleichermaßen gewährt werden müssen. Während in Ländern wie Deutschland eine explizite Diskriminierung ausländischer Investoren eher selten ist, ist der Fall der *de-facto*-Diskriminierung von erheblicher Brisanz. Dahinter verbirgt sich die „faktische“ Schlechterstellung eines ausländischen Unternehmens durch ein Gesetz oder eine staatliche

Maßnahme – etwa im Umweltbereich –, die nur „zufällig“ dieses Unternehmen betrifft. Eine positive Diskriminierung ausländischer Unternehmen durch Subventionen oder andere Investitionsanreize, und damit ihre Besserstellung gegenüber der einheimischen Wirtschaft, bleibt dagegen weiterhin erlaubt.

Was künftig generell verboten sein soll, sind alle Formen von Leistungsaufgaben (*performance requirements*) die bisher an ausländische Investitionen geknüpft werden können. Dies betrifft zum Beispiel Vorgaben zum Technologietransfer und zur Verwendung bestimmter (umweltfreundlicher) Produktionsprozesse, die Verpflichtung zur Verwendung einheimischer Vorprodukte und der Beschäftigung lokalen Personals, die Vorgabe eines Mindestsatzes für den einheimischen Eigentumsanteil an einer Investition oder auch die Verpflichtung zu Joint Ventures. Das Verbot solcher Auflagen bildet ein Hauptelement des Investitionsschutzes, der durch das MAI garantiert werden soll. Weitere Elemente sind die Gewährleistung des freien Kapital- und Gewinntransfers, die Sicherstellung des Zugangs- und Aufenthaltsrechts für sog. Schlüsselpersonal des ausländischen Unternehmens und der Schutz vor direkter und indirekter Enteignung. Wie der Tatbestand der indirekten Enteignung zu definieren ist, bleibt dabei völlig unklar. Diese Passagen des MAI-Entwurfs lesen sich

Anders als bei den rund 1630 bilateralen Investitionsabkommen, die sich i.d.R. auf den Schutz der bereits getätigten Investitionen ex post beschränken, soll das MAI also auch das Recht auf freien Marktzugang ex ante verbrieft. Ein weiterer gravierender Unterschied besteht in dem weiten Investitionsbegriff des MAI.





Das kontinuierliche Anwachsen der Liste der Ausnahmen ist Beleg dafür, daß den Regierungen offensichtlich erst im Verlauf der Verhandlungen klar wurde, was sie mit dem MAI potentiell anrichten.

Um konkurrenzfähig zu bleiben, werden die Staaten sich gezwungen fühlen, vorgebliche oder tatsächliche Investitionshemmnisse zu beseitigen. Die Gefahr einer Anpassung nach unten, eines „race to the bottom“ bzw. des Verzichts auf die Einführung neuer Regeln und Standards ist daher groß.

wie eine Wunschliste der Business-Lobby, die von der OECD-Verhandlungsgruppe ohne Wenn und Aber übernommen wurde.

Ein weiteres Element des Abkommens, das den Interessen der Investoren in besonderer Weise dient, ist das vorgesehene Streitschlichtungsverfahren des MAI. Anders als bei der WTO, die ein Staaten-Staaten-Verfahren bei Vertragsverletzungen vorsieht, sollen beim MAI darüber hinaus auch Investoren das Recht erhalten, Vertragsstaaten vor eine Schiedsstelle zitiieren zu können, wenn sie der Ansicht sind, daß diese die MAI-Regeln verletzen (*investor-state-Verfahren*). In der Praxis würde dies vor allem Fälle vorgeblicher oder tatsächlicher Diskriminierung und Enteignung betreffen und könnte für die Staaten Schadensersatzforderungen in mehrstelliger Millionenhöhe zur Folge haben. Das *investor-state-Verfahren* ist zwar bereits in bilateralen Investitionsabkommen und auch im NAFTA enthalten, wird aber selbst von der OECD als qualitativ neues völkerrechtliches Instrument auf der globalen Ebene angesehen. Es stärkt die Rechtsstellung transnationaler Unternehmen (TNCs) gegenüber den Nationalstaaten und kann in Kombination mit schwammigen Definitionen von *de-facto*-Diskriminierung und indirekter Enteignung die politische Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen nachhaltig untergraben.

Die Frage der Ausnahmeregelungen

Vor der völlig unkontrollierten Öffnung ihrer Märkte können sich die Staaten nur durch vorab ausgehandelte Ausnahmeregelungen schützen. Sobald das MAI einmal unterzeichnet und ratifiziert ist, soll ein Vertragsstaat mindestens zwanzig Jahre

an die Regeln des Abkommens gebunden sein (fünf Jahre Kündigungsfrist plus weitere fünfzehn Jahre Rechtswirksamkeit der MAI-Regeln). Vorgesehen sind im MAI selbst drei Formen von Ausnahmeregelungen:

Allgemeine Ausnahmeregeln (general exception provision).

Generelle Ausnahmen, die für alle Vertragsstaaten gleichermaßen gelten, sind lediglich für den Bereich der nationalen Sicherheit (Rüstungsindustrie) und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung – was immer darunter zu fassen ist – vorgesehen. Frankreich und Kanada fordern darüber hinaus, zum Schutz der kulturellen Identität für den Kultur- und Medienbereich eine allgemeine Ausnahmeregel aufzunehmen. Die EU besteht darauf, daß das Abkommen eine Regionale Integrationsklausel enthalten soll (*Regional Economic Integration Organisation Clause – REIO*), die regionale Wirtschaftsgemeinschaften von der Verpflichtung zur Meistbegünstigung von Unternehmen aus Drittstaaten entbinden soll. Die USA schließlich haben jüngst auf Druck des US-Kongresses den Vorschlag in die Diskussion gebracht, für alle subnationalen Gesetze und Vorschriften auf der Ebene der Bundesstaaten oder -länder und Gemeinden eine allgemeine Ausnahmeregel im MAI zu verankern. Dies würde allerdings dem Selbstverständnis des MAI, wie es die OECD propagiert, diametral widersprechen.

Vorübergehende Ausnahmeregeln/Schutzklauseln (temporary safeguard provisions)

Im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten sollen Länder die Möglichkeit erhalten, vorübergehend das Recht der Investoren auf freien Kapitaltrans-

fer einzuschränken. Vor allem die Bundesregierung drängt darauf, diese Regel möglichst restriktiv und im konkreten Fall im Einklang mit den Vorschriften des IWF zu handhaben.

Länderspezifische Ausnahmen und Vorbehalte (reservations)

Vor Unterzeichnung des Abkommens können die einzelnen Vertragsstaaten spezifische Ausnahmen anmelden. Diese werden nicht automatisch akzeptiert, sondern müssen von der Verhandlungsgruppe genehmigt werden. Was akzeptiert wird, hängt letztlich von der Verhandlungsmacht der jeweiligen Staaten ab. Die Liste der Ausnahmen wurde im Verlauf der Verhandlungen immer länger und umfaßt gegenwärtig rund 600 Punkte. Da die Liste von der OECD als Geheimsache behandelt wird, sind genauere Informationen für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Bekannt ist, daß die Ausnahmen praktisch alle Wirtschaftssektoren betreffen, so z.B. den Transport- und Energiesektor, die Versicherungs- und Finanzwirtschaft, den Tourismus, die Medienbranche und die Landwirtschaft.

Die Kontroversen um die Ausnahmeregelungen vor allem zwischen der EU und den USA können die Verabschiedung des MAI auf unbestimmte Zeit verzögern. Zusätzlich verschärft wird diese Lage durch die Forderung der EU, das Verbot extraterritorialer Sanktionsmaßnahmen im MAI festzuschreiben. Diese Forderung zielt auf die US-amerikanische *Helms-Burton-* und *d'Amato-Gesetzgebung*, die den Boykott von ausländischen Unternehmen vorsieht, die in angeblich völkerrechtswidrig enteignetes Vermögen in Kuba, Libyen oder dem Iran investieren. Nach Worten eines deutschen Delegierten bietet diese Kontroverse zwischen der EU und den USA soviel „Sprengstoff“, daß der Abschluß des gesamten Abkommens dadurch gefährdet sein könnte.

3. Ökologische und soziale Konsequenzen des MAI

Es zeigt sich immer deutlicher, daß das gesamte Ausmaß unterschiedlichster direkter und indirekter Folgen des MAI auch von den Regierungen völlig unterschätzt wurde. Das kontinuierliche Anwachsen der Liste der Ausnahmen ist Beleg dafür, daß den Regierungen offensichtlich erst im Verlauf der Verhandlungen klar wurde, was sie mit dem MAI potentiell anrichten. Die generellen Gefahren des Abkommens können aber bereits

ohne diese Untersuchung skizziert werden:

3.1. Das MAI schränkt die makroökonomische Steuerungsmöglichkeiten der Staaten ein.

Tritt ein Staat dem MAI bei, verpflichtet er sich, sowohl zukünftig auf Gesetze und politische Maßnahmen zu verzichten, die im Widerspruch zum MAI stehen, als auch die bereits existierenden nicht-MAI-konformen Regelungen über kurz oder lang zu beseitigen. Die länderspezifischen Ausnahmen bieten hier keinen Ausweg, da sie nicht auf Dauer gelten, sondern im Sinne des *Roll-back*-Prinzips sukzessive beseitigt werden sollen.

In der Finanz- und Währungspolitik müßten die Staaten einen Verlust an Steuerungsmöglichkeiten in Kauf nehmen, da Kapitalverkehrskontrollen und -beschränkungen künftig untersagt wären. Die vorgesehene Schutzklausel greift hier viel zu kurz, da sie staatliches Handeln erst dann erlaubt, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Denn Zahlungsbilanzschwierigkeiten können gerade durch den freien Fluß von hochmobilem Spekulationskapital hervorgerufen werden.

In besonderem Maße vom MAI betroffen ist die staatliche Investitionspolitik. Durch das Verbot von Leistungsaufgaben wird vor allem den Entwicklungsländern ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument aus der Hand genommen – unabhängig davon, wie sinnvoll die Auflagen im einzelnen sein mögen.

3.2. Das MAI erhöht die Chancenungleichheit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Da die positive Diskriminierung ausländischer Investoren auch künftig erlaubt sein soll, werden die Regierungen, die es sich leisten können, weiterhin mit Subventionen und anderen Anreizen Investitionen anlocken und in die gewünschten Sektoren lenken. Den Entwicklungsländern fehlt in der Regel das Geld für diese Form der Investitionspolitik. Wenn aber gleichzeitig ihre Möglichkeiten der Investitionslenkung mittels Leistungsaufgaben und gesetzlichen Regelungen – die sich nebenbei bemerkt wirtschaftstheoretisch nicht grundsätzlich von der Form der positiven Diskriminierung unterscheiden – verboten werden, verschlechtert sich ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Industrieländern zusätzlich

Ethyl Corporation gegen Kanada

Im April 1997 beschloß das kanadische Parlament, den Import und Transport von MMT, einem Zusatzstoff für Benzin, zu verbieten. Es begründete seine Entscheidung mit den schweren Gesundheitsrisiken, die mit den MMT-Emissionen verbunden wären. Die US-amerikanische Ethyl Corporation, die einzige Herstellerin dieses Stoffes in Kanada, verklagte daraufhin im Rahmen des Schiedsgerichtsverfahrens von NAFTA die kanadische Regierung und forderte Schadensersatz in Höhe von 251 Mio. Dollar. Ihr Argument: Der faktische MMT-Bann würde den Wert ihrer Produktionsstätten und die zukünftigen Umsätze mindern und wäre damit eine Form von Enteignung, die gemäß den NAFTA-Regeln kompensiert werden müßte.

Das Urteil wurde in diesem Fall noch nicht gesprochen. Es läßt sich jedoch bereits erahnen, welches Instrumentarium Unternehmen durch die weitgehend identischen Regeln des MAI in die Hand bekämen, um gegen unliebsame Umweltgesetze vorzugehen. *Quelle: The Preamble Center for Public Policy, Washington, D.C.*

– und damit auch ihre Entwicklungschance.

3.3. Das MAI schürt den ruinösen Standortwettbewerb zwischen den Ländern

Da sich die Regierungen über die Notwendigkeit, Investitionen ins Land zu holen, offensichtlich einig sind, und der Weltmarkt für Investitionen durch die angestrebten Liberalisierungsmaßnahmen in jedem Fall wächst, wird auch der Standortwettbewerb zwischen den Ländern weiter zunehmen. Um konkurrenzfähig zu bleiben, werden sie sich gezwungen fühlen, vorgebliche oder tatsächliche Investitionshemmnisse zu beseitigen. Dies betrifft an erster Stelle die sozialen, arbeitsrechtlichen und umweltpolitischen Auflagen und Standards. Die Gefahr einer Anpassung nach unten, eines „race to the bottom“ bzw. des Verzichts auf die Einführung neuer Regeln und Standards ist daher groß.

3.4. Das MAI erhöht den Wettbewerbsdruck auf die einheimischen Unternehmen

Was für die Industrieländer kaum von Bedeutung ist, spielt für die Ökonomien der Entwicklungsländer eine entscheidende Rolle: Durch die unbeschränkte Öffnung ihrer Märkte für ausländische Investoren setzen sie die einheimischen Unternehmen – nicht selten kleine und mittlere Betriebe, die oft noch in den Kinderschuhen stecken (*infant industry*) – der ungeschützten Konkurrenz zu den großen transnationalen Unternehmen (TNCs) aus. Die Gefahr ist groß, daß dadurch viele einheimische Unternehmen vom Markt verdrängt oder von den TNCs übernommen werden. Daß sich daraus nicht unbedingt positive Beschäftigungseffekte für die einheimische

Bevölkerung ergeben, ist offensichtlich, insbesondere wenn in den Ländern ein wirksames Wettbewerbs- und Kartellrecht fehlt.

3.5. Das MAI vergrößert die Macht transnationaler Konzerne gegenüber den Nationalstaaten

Durch das im MAI vorgesehene *investor-state*-Streitschlichtungsverfahren wird den TNCs ein Hebel in die Hand gegeben, mit dem sie ihre Interessen gegenüber Regierungen in größerem Umfang durchsetzen können als jemals zuvor. Dies gilt vor allem angesichts der unklaren Definitionen von *de-facto*-Diskriminierung und indirekter Enteignung. Wird etwa ein ausländisches Unternehmen zufällig in besonderer Weise von einem neuen Umweltgesetz betroffen, kann es das Gastland wegen „Diskriminierung“ auf Schadensersatz verklagen. Ebenso kann jede staatliche Maßnahme, die die Gewinnerwartungen eines ausländischen Investors schmälert, als indirekte Enteignung interpretiert werden und für den Staat Kompensationsforderungen zur Folge haben.

Der Machtzuwachs, den transnationale Investoren durch das MAI erfahren würden, wiegt besonders schwer angesichts des Defizits an ebenbürtigen Interventionsmöglichkeiten für Staaten und betroffene Bevölkerungsgruppen gegenüber den TNCs. Das internationale Streitschlichtungsverfahren ist eine Einbahnstraße. Ein internationales Haftungsrecht, mit dessen Hilfe ausländische Firmen für ökologische, menschenrechtliche oder gesundheitliche Schäden ihres wirtschaftlichen Engagements mit ihrem Weltvermögen haftbar gemacht werden können, existiert nicht. Im Schadensfall bleibt den Betroffenen in der Regel nur der Rechtsweg im ei-

Durch das im MAI vorgesehene investor-state-Streitschlichtungsverfahren wird den TNCs ein Hebel in die Hand gegeben, mit dem sie ihre Interessen gegenüber Regierungen in größerem Umfang durchsetzen können als jemals zuvor.

genen Land, der für weltweit agierende Konzerne meist keine Gefahr darstellt.

4. Die Antwort der Zivilgesellschaft: Ein weltweites Bündnis gegen das MAI

NGOs haben frühzeitig auf die Gefahren des MAI hingewiesen. WEED hat bereits im Mai 1995 in seinem Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung auf die Absichten der OECD aufmerksam gemacht.⁵ In einer vom Third World Network initiierten Stellungnahme hat schon im November 1995 eine größere Gruppe von NGOs aus aller Welt ihre grundsätzliche Ablehnung eines derartigen Investitionsabkommens formuliert – damals allerdings noch gegenüber der WTO. Daß es danach noch über ein Jahr gedauert hat, bis zunächst Bürgerinitiativen und Umweltgruppen in den USA und Kanada aktiv wurden, lag vor allem an der Geheimhaltungspolitik der OECD und ihrer Mitgliedsstaaten. Erst nachdem NGOs im Januar 1997 den ersten Entwurf des MAI öffentlich machten, wurde die Tragweite des Abkommens deutlich. Die Folge war eine wachsende Protestbewegung, die sich Ende Oktober 1997 in Paris zu einer weltweiten Kampagne formierte. Initiatoren des Treffens waren Friends of the Earth, der WWF International, Consumers International und die US-Bürgerrechtsgruppe Public Citizen. Ergebnis des Pariser Treffens war eine gemeinsame Stellungnahme, die seitdem von weit über 500 Gruppen und Organisationen in aller Welt unterzeichnet wurde. Die Hauptforderung darin: Stop der MAI-Verhandlungen und Durchführung einer umfassenden unabhängigen Untersuchung der potentiellen sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Auswirkungen des MAI.

Die weltweite Kampagne gegen das MAI hat seitdem an ungeahnter Dynamik gewonnen und die Verhandlungsführer in Paris zunehmend unter Druck gesetzt. In zahlreichen Ländern wurden Initiativen gegen das MAI gestartet, in den Parlamenten wird über das Abkommen debattiert, und auch die Medien entdecken mehr und mehr dieses Thema für sich. In Deutschland haben sich vor allem WEED und Germanwatch sowie eine Gruppe um die Soziologin Maria Mjies bemüht, eine öffentliche Debatte über das MAI in Gang zu bringen. Im Bundestag griffen zu-

nächst die SPD und die PDS das Thema in Anfragen auf⁶, und auch der Wirtschaftsausschuß ließ sich nicht mehr mit nichtssagenden Kurzberichten abspesen, sondern verlangte vom Wirtschaftsminister eine ausführliche Unterrichtung über das MAI. Im April soll nun sogar ein Hearing zu diesem Thema im Wirtschaftsausschuß stattfinden. Auch Umweltorganisationen wie der Naturschutzbund Deutschland, GewerkschafterInnen sowie zahlreiche StudentInnengruppen (u.a. in Aachen, Berlin, Freiburg und Regensburg) begannen gegen das MAI mobil zu machen. Am 25. April 1998 – zwei Tage vor der OECD-Ministertagung in Paris – soll auf einem bundesweiten Kongreß in Bonn die deutsche MAI-Opposition zusammenkommen.

5. Das MAI aus der Gegenperspektive: Plädoyer für ein „IAM“

Notwendig ist im weiteren MAI-Prozeß eine offensive Auseinandersetzung darüber, wie weltweit verbindliche Regeln für die Aktivitäten transnationaler Investoren aussehen sollten, und in welchem institutionellen Rahmen sie ausgehandelt werden könnten. Dies führt rasch zu den alten Forderungen nach international gültigen Umwelt- und Sozialstandards, nach verbindlichen Kodizes für TNCs sowie nach mehr Transparenz und Kontrolle transnationaler Wirtschaftsaktivitäten. Daraus ergeben sich eine Reihe von Vorschlägen, über die im weiteren Verlauf der Anti-MAI-Kampagne diskutiert werden sollte:

Weltkonferenz über Investitionen und nachhaltige Entwicklung (World Conference on Investment and Sustainable Development)

Eines der Argumente gegen die aktuellen MAI-Verhandlungen in der OECD ist der faktische Ausschluß der Länder des Südens aus dem Verhandlungsprozeß. Über ein Abkommen von derart globaler Tragweite sollte nicht allein der Klub der reichen und neureichen Industrieländer entscheiden. Aber auch die WTO, die sich mit dem Thema ebenfalls seit 1995 befaßt und bereitsteht, nach Abschluß der Verhandlungen in der OECD die Auseinandersetzung im größeren Kreis fortzusetzen, ist kaum der rechte Ort dafür. Ihre eingeschränkte Universalität, die mangelnde Transparenz und vor allem die einseitige Ausrichtung auf die Interessen der Privatwirt-

schaft sprechen gegen die WTO als Ort der Verhandlungen über ein umfassendes Investitionsabkommen. Statt dessen sollte ein multilaterales Regelwerk, das die weltweite Investitionstätigkeit dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung unterordnet, im Rahmen der Vereinten Nationen ausgehandelt werden. Die UN-Generalversammlung könnte eine Weltkonferenz über Investitionen und nachhaltige Entwicklung einberufen, die die Verabschiedung verbindlicher Investitionsregeln zum Ziel hat. Auf diese Weise wäre die gleichberechtigte Beteiligung aller Länder des Südens, die weitgehende Partizipation von NGOs und damit die Transparenz des Verhandlungsprozesses sichergestellt. Die Verhandlungen müßten zweifellos unter enger Einbeziehung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) stattfinden.

Stärkung des internationalen Umwelt- und Sozialrechts und der dazugehörigen Institutionen ILO und UNEP – auch gegenüber WTO und OECD

Als Argument gegen die Verankerung weitreichender Umwelt- und Sozialstandards im MAI wird bei den Verhandlungen immer wieder angeführt, die OECD und die versammelten Vertreter der Wirtschaftsministerien könnten nicht über die Regeln hinausgehen, die in den dafür zuständigen Gremien ILO und UNEP von den Kabinettskollegen aus dem Umwelt- und Arbeitsministerium verabschiedet wurden. Dieses Argument ist zweifellos stichhaltig, denn es kann nicht angehen, daß in einer Wirtschaftsorganisation wie der OECD oder in einer Handelsorganisation wie der WTO internationales Umwelt- und Sozialrecht geschrieben wird. Daraus ergeben sich zwei Konsequenzen: Erstens muß die Formulierung verbindlicher Standards im Umwelt- und Sozialbereich (und in diesem Kontext auch die Ausarbeitung verbindlicher Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen für Handel und Investitionen) politisch vorangetrieben werden, und zweitens müssen die Kompetenzen der dafür zuständigen Institutionen ILO und UNEP erweitert und mit wirksamen Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen (die zumindest denen der WTO, des NAFTA und den im MAI vorgesehenen vergleichbar sind) versehen werden.

Jede staatliche Maßnahme, die die Gewinnerwartungen eines ausländischen Investors schmälert, kann als indirekte Enteignung interpretiert werden und für den Staat Kompensationsforderungen zur Folge haben.

Statt im Rahmen der OECD oder der WTO sollte ein multilaterales Regelwerk, das die weltweite Investitionstätigkeit dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung unterordnet, im Rahmen der Vereinten Nationen ausgehandelt werden.

Verbindliche Richtlinien für TNCs

Neben den zwischenstaatlichen Vereinbarungen zur Regulierung der Investitionstätigkeit muß auch bei den transnationalen Unternehmen direkt angesetzt werden, um sie zu einer umweltverträglichen, sozial gerechten und entwicklungsfördernden Wirtschaftsweise zu verpflichten. Das britische World Development Movement forderte aus diesem Grund, das MAI vom Kopf auf die Füße zu stellen und statt dessen ein „IAM“, ein International Agreement on Multinationals, zu verabschieden. Entsprechende Versuche führten bereits in den 70er und 80er Jahren zum Entwurf eines Verhaltenskodex für TNCs, der Anfang der 90er Jahre jedoch in den Schubladen der UNO verschwand. Eine der wenigen internationalen Vereinbarungen in diesem Bereich sind die Richtlinien für Multinationale Unternehmen, die die OECD 1976 verabschiedete und seitdem wiederholt ergänzte. Die Richtlinien sind unverbindlich, unpräzise und veraltet und damit ohne praktische Relevanz. Sie könnten aber immerhin den Ausgangspunkt für weitergehende verbindliche Regeln bilden, die sich u.a. mit Fragen des internationalen Haftungsrechts und der konzerninternen Verrechnungspreise befassen sollten. Ab Juni 1998 steht die Überarbeitung der Richtlinien durch den zuständigen OECD-Ausschuß auf der Tagesordnung. NGOs sollten prüfen, ob es für sie sinnvoll ist, diese Verhandlungen zu verfolgen und mit eigenen Vorschlägen zu beeinflussen.

Maßnahmen zur Stärkung der Konsumentenmacht

Es wäre falsch, bei der Einflußnahme auf transnationale Investoren nur die zwischenstaatliche Ebene im Auge zu haben. Von geradezu existentieller Bedeutung für ein Unternehmen ist das Konsumverhalten der Bevölkerung. Ihre Kaufentscheidung ist für einen Investor letztlich ökonomisch relevanter als nationale Gesetze und multilaterale Abkommen. Die Konsumentenboykotts gegen Nestlé und Shell zeigten die Macht, aber auch die Grenzen der Konsumentensouveränität. Um gegen umweltschädliche oder unter unsozialen Bedingungen gefertigte Produkte vorgehen zu können, müssen die Verbraucher über Produkt und Produktionsweise umfassend informiert werden. In den vergangenen Jahren hat es in diesem Bereich in Deutschland

sichtbare Fortschritte gegeben. Weitere Maßnahmen zur Stärkung der Konsumentenmacht gegenüber (transnationalen) Investoren stehen noch aus, beispielsweise erweiterte Berichtspflichten für die Unternehmen und eine umfassende Kennzeichnungspflicht für bestimmte Produkte (z.B. gentechnisch veränderte). In diesem Zusammenhang spielen die nationalen und internationalen Verbraucherorganisationen unter dem Dach von Consumers International eine Schlüsselrolle.

Größere Transparenz und unabhängige Kontrolle transnationaler Wirtschaftsaktivitäten

Angesichts der einseitigen Zielsetzung der bisherigen MAI-Verhandlungen und der weiterhin dominierenden neoliberalen Wirtschaftsdoktrin in den meisten Ländern der Welt wäre es realitätsfern, von den Regierungen ein plötzliches Umschwenken in ihrer (Außen-) Wirtschaftspolitik zu erwarten. Statt allein auf die Einsicht der Regierungen zu hoffen, sollten sich NGOs daher selbst verstärkt mit den Aktivitäten transnationaler Unternehmen befassen. Gruppen wie Corporate Watch, Multinational Monitor oder Corporate Europe Observatory, sowie die Kritischen Aktionäre und die diversen Produktkampagnen leisten hier bereits wichtige Arbeit. Denn nur wenn die negativen ökologischen, sozialen und ökonomischen Effekte der TNC-Aktivitäten für die Bevölkerung transparenter werden, und in der Folge der öffentliche Druck auf Unternehmen und Politik steigt, sind auch auf der zwischenstaatlichen Ebene Fortschritte auf dem Weg zu einem „IAM“ zu erwarten. spw

- 1 Die folgenden Ausführungen über das MAI beziehen sich auf den OECD-Verhandlungstext vom 14. Februar 1998.
- 2 Tony Clarke: The Corporate Rule Treaty. A Preliminary Analysis of the Multilateral Agreement on Investments (MAI) which seeks to consolidate global corporate rule. Canadian Centre for Policy Alternatives, April 1997, S. 2.
- 3 Brief des BMWi-Referatsleiters Dr. Zimmer an Germanwatch vom 14. Oktober 1997.
- 4 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Michael Müller (Düsseldorf) u.a. und der Fraktion der SPD betreffend „Multilaterales Abkommen für Investitionen“ (BT Drucksache 13/9549).
- 5 Vgl. Rainer Falk: Neuer Kodex? In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 05/95, S. 1f.
- 6 Zuvor hatte als einziger der fraktionslose Abgeordnete Kurt Neumann in mehreren Anfragen auf die Bedeutung des MAI hingewiesen.

AKP

Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik

Grüne im Medienzeitalter

Personalisierung der Politik

AKP 6/97, 11 DM

Aus dem Inhalt:

Kandidaten, Konzepte, Kampagnen (Rezzo Schlauch) +++ Starke Männer für harte Zeiten? (Heide Rühle) +++ Brauchen wir "local heroes"? (Roland Roth) +++ Personalisierung als Herausforderung (Christa Vennegerts, Gabriele C. Klug u.a.)

20 Jahre Grün-alternative Kommunalpolitik

AKP 1/98, 12,50 DM

Aus dem Inhalt:

Als die Bürgerinitiativen in die Parlamente strebten (Titus Simon u.a.) +++ Von der Kommunalpolitik zur Bundespolitik (Hubert Kleinert, Renate Backhaus) +++ Der Marsch durch die Institutionen: Grüne Betriebsgruppe +++ 20 Jahre Verkehrspolitik: fast nichts bewegt (Heiner Monheim) +++ Stadt und Urbanität (Hartmut Häußermann, Walter Siebel)

Alternative Kommunalpolitik
Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568, E-mail: AKP-Redaktion@t-online.de

10 Jahre Quote

Interview mit Ilse Ridder-Melchers und Kristina Augst*

Quote – Enttäuschung oder Erfolgsgeschichte?

spw: 1998 wird die SPD Frauenquote 10 Jahre alt. Wie schätzt Du die Quotierung innerhalb der SPD ein?

Ilse Ridder-Melchers: Einerseits können die Frauen in der SPD sehr stolz sein, denn die zehnjährige Geschichte der Quote in der Partei ist eine Erfolgsgeschichte. Als ich in den Landtag kam, waren wir 5 Frauen. Dabei ist es lange Zeit geblieben. Den großen Impuls haben wir erst durch die Quotierung bekommen. Wir haben jetzt im Landtag in der SPD-Fraktion 32% Frauen, die fast alle in Wahlkreisen aufgestellt und direkt gewählt wurden (d.h. nicht über Listen). Von daher hat sich sehr viel bewegt. Ich sage aber andererseits: Es ist nicht so, daß den Frauen der rote Teppich ausgerollt worden ist. Die Frauen haben die ganze Ochsentour in den Ortsvereinen und Wahlkreisen machen müssen. Die Frauen, die heute Landtagsabgeordnete sind, haben viel parteipolitische Erfahrung und langjährige Arbeit in Kommunalparlamenten und in der Partei hinter sich. Viele hatten Gegenkandidaturen zu bestehen. Es ist ihnen nichts geschenkt worden.

Und ich sehe das Problem, daß viele Frauen heute immer noch in der Stellvertreterin-Position sind. Hier müssen Frauen jetzt Mut zur Macht zeigen! Das ist aber nicht nur eine Anforderung an die Frauen in der Partei, sondern es ist wichtig, daß in der Gesellschaft und der Partei weibliche Führungsstile und Führungspositionen akzeptiert werden.

spw: Kristina, es gibt trotzdem Enttäuschungen bei den Jusos, oder?

Kristina Augst: Ja, zunächst möchte auch ich sagen, daß es jedenfalls eine quantitative Verbesserung gegeben hat. Aber die Frage der qualitativen Veränderung innerhalb der Partei würde ich skeptischer beurteilen. Der Anspruch war ja, daß sich durch eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Politik die Politikform ändert. Aus dieser Sicht formulieren die Juso-Frauen die



Bilanz nicht so positiv. Ich denke, daß da eine ganze Menge ins Stocken geraten ist. Zum Beispiel gab es parallel zur Quote die Debatte zur Parteireform, die heute überhaupt nicht mehr existiert. Zudem haben wir viele Frauen am Anfang – auch bei den Jusos – verheizt, indem wir sie in Unmengen von Posten geschickt haben und nicht gefragt haben, was sie selbst wollen. Und was wir bei den Jusos auch bemerken, ist, daß es innerhalb unserer Strukturen Kompetenzverlagerungen gibt. Weg von den Vorständen, die jetzt quotiert sind, in andere Bereiche, z.B. die Geschäftsführungsbereiche. Und da wiederum sitzen fast ausschließlich Männer. Ein weiteres Beispiel: als die SPD die Jugendquote für die Bundestagskandidaturen verkündet hat, haben ganz viele junge Männer sofort ihr Interesse bekundet und wollten unterstützt werden. Es war durchweg eine geringere Anzahl von Frauen, die so agierten. Im weiteren scheiterten Frauen mit ihren Kandidaturen entweder gegen junge Männer oder gegen alte Männer, aber es wurden immer dieselben Argumente gegen Frauen gebracht. Entweder sie sind zu alt, zu jung oder es fehlte an Kompetenz oder sie hatten angeblich zu wenig kommunalpolitische Erfahrung. Da hat sich also wenig getan.

Nötig ist ein neuer Impuls...

spw: Hat denn die Quote noch die gleiche Power wie vor 10 Jahren oder hat sich das ein bißchen totgelaufen?

Ilse Ridder-Melchers: Wer die Situation vor 1988 mit erlebt hat, weiß, daß es eine politisch höchst kontroverse Auseinandersetzung um die Quote gab. Menschen wie Willi Brandt, Jochen Vogel, waren ganz wichtig, um die Sache nach vorne zu bewegen. Die Quote ist gegen größere Widerstände in der Partei durchgesetzt worden. Ich habe dann die Umsetzung des Quotenbeschlusses vor Ort miterlebt. Es waren immer wieder die SPD-Frauen und die ASF, die die Quotierung einforderten. Es ging beispielsweise darum, daß die Fraktionen die Quotierung beachten, von der Verteilung von Führungspositionen in den Fraktionen und Ausschüssen bis hin zu den Sparkassen- und kommunalen Aufsichtsräten. Es war immer wieder ein neues Anrennen – erst allmählich hat die Partei gelernt, die Frauen stärker zu beachten. Die Quote wird heute formal umgesetzt – inhaltlich aber noch lange nicht. Vor allem die Männer haben noch nicht begriffen, daß es auch eine inhaltliche Veränderung bedeutet, wenn Frauen überall mitwirken. Eigentlich haben wir es leider nicht geschafft, die

Es wird sinnvoll sein, wenn wir die Wahlen im Herbst gewinnen wollen, noch einen Inszenierungspunkt von frauenpolitischer Seite zu setzen, um noch einmal einen Energieschub zu erhalten.
(Kristina Augst)

* Ilse Ridder-Melchers ist NRW-Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie ASF-Landesvorsitzende NRW. Kristina Augst ist stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende und promoviert in Marburg. Das Interview führten für spw Uta Biermann und Claudia Walther.



Aufbruchstimmung von damals wirklich gemeinsam mitzunehmen und zu sagen, jetzt können wir etwas neu gestalten und neben der quantitativen Umsetzung auch Gleichstellung umfassend mit Leben füllen.

spw: Und für die Jusos?

Kristina Augst: Wir haben noch weitergehende Ansprüche an die Quote. Zum einen haben wir keine Geschlechterquote, sondern eine Frauenquote bei den Jusos, d.h. eine reine Frauendelegation gilt bei den Jusos als quotiert. Wir diskutieren viel über Sanktionen, weil wir feststellen, daß zwar mittlerweile natürlich durchgängig quotiert gewählt wird, was aber nicht heißt, daß dann auch quotiert zu Kongressen angereist wird. Oder daß Kommissionen, die bei uns auf Bundesebene eine große Rolle spielen, nicht quotiert benannt werden. Wir wollen Frauenfördermaßnahmen mit Geldvergabe koppeln. Wir haben ein Modellprojekt vorgeschlagen, das jetzt angenommen wurde. Wir wissen auch, daß rein formalisierte Debatten uns nur begrenzt weiterhelfen. Es ist uns nicht gelungen, nach der Quote noch einen Punkt zu setzen, Inszenierungen zu haben, wo wir wieder Energien freisetzen konnten. Es wird sinnvoll sein, wenn wir die Wahlen im Herbst gewinnen wollen,

noch einen Inszenierungspunkt von frauenpolitischer Seite zu setzen, um noch einmal einen Energieschub zu erhalten. Es muß um Wirtschaftsthemen, sozialpolitische Themen, Existenzsicherung der Frauen gehen, und das Ziel, alle Frauen in ein Vollarbeitszeitverhältnis zu kriegen! Dafür müssen wir die Erwerbsarbeit umbauen und Strategien entwickeln.

Ilse Ridder-Melchers: Das ist für mich das klassische Gleichstellungsthema. Ich habe schon, als ich mein Amt in Nordrhein Westfalen angetreten habe, gesagt, für mich gibt es einen zentralen Punkt, bei dem ich ansetzen möchte. Frauenförderung im Erwerbsleben. Denn wenn Frauen eine eigenständige Existenzsicherung haben, wenn Frauen in allen politischen Feldern und im Berufsleben gleichberechtigt sind, können sie sich eher in Familie und Partnerschaft behaupten, als wenn sie von ihrem Partner abhängig sind. Deshalb müssen wir unser gesamtes soziales Sicherungssystem so umbauen, daß diese Eigenständigkeit möglich ist.

Instrumente wie Quotierung sind bei der Verteilung von öffentlichen Ressourcen, gerade wenn es denn eng wird, um so wichtiger. Wenn wir alles im Überfluß haben, dann ist das Verteilen leicht, aber wenn z.B. Stellen abge-

baut werden, dann müssen wir die Quotierung nutzen, damit knappe Ressourcen gerecht verteilt werden. Wir haben in Nordrhein-Westfalen beispielsweise im Rahmen eines „Aktionsprogramms Frau und Beruf“ schon 1994 durchgesetzt, alle Arbeitsmarktprogramme des Landes in irgendeiner Form quotieren. Ergebnis ist, daß von den über 850 Mio., die Nordrhein-Westfalen im Bereich Arbeitsmarktpolitik ausgibt, in allen Programmen rund 50 – 60% den Frauen zugute kommen.

Junge Frauen als Maßstab gesellschaftlicher Umgestaltung?

spw: Wir haben immer gesagt, daß Quote nicht nur ein parteipolitisches Prinzip, sondern auch ein gesellschaftliches Prinzip sein muß. Welche Schritte wollt Ihr gehen, um Quote auch wirklich zu einem gesellschaftlichen Prinzip zu machen?

Kristina Augst: Es ist ganz richtig, daß wir über die Quote ein Verteilungsinstrument für gesellschaftlichen Reichtum, Macht und Arbeitsplätze haben. Das müssen wir natürlich ausnutzen und ausbauen. Da können wir eine ganze Menge tun, wenn wir eine SPD-geführte Bundesregierung haben. Und da ist auch unser Versuch, unser Ansatz, den ich eben formuliert habe, den Arbeitsmarkt an den Ansprüchen der jungen Frauen entlang umzubauen und diese Ansprüche, diese Lebenserwartungen und Lebenswünsche von jungen Frauen als Maßstab zu nehmen, um das Normalarbeitszeitverhältnis umzustrukturieren.

Ilse Ridder-Melchers: Hier gibt es einen Kritikpunkt, den ich anbringen muß, wenn ich einige Juso-Papiere lese. Ich finde es sehr wichtig, daß ihr sagt, ihr wollt Eure Forderungen ausrichten an den Lebensansprüchen von jungen Frauen. Aber: Wo bleiben denn die jüngeren Männer, die sich verändern müssen? Vor zehn Jahren haben wir gesagt, daß die Frauenfragen die Kinderfragen sind. Das haben wir jetzt zum Teil aufgearbeitet. Wir merken heute aber immer deutlicher: die Frauenfrage ist die Männerfrage. Heute verweigern sich die Männer immer noch. So wichtig es ist, daß wir Rahmenbedingungen schaffen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich machen, sie müssen dadurch ergänzt werden, daß Männer sich an der Familienarbeit künftig gleichberechtigt beteiligen.

Zur gerechten Verteilung der Arbeit

spw: Eine Forderung der Jusos ist die „Doppelte Umverteilung von Ar-

Instrumente wie Quotierung sind bei der Verteilung von öffentlichen Ressourcen, gerade wenn es denn eng wird, um so wichtiger.
(Ilse Ridder-Melchers)

Und da ist auch unser Versuch, unser Ansatz, den ich eben formuliert habe, den Arbeitsmarkt an den Ansprüchen der jungen Frauen entlang umzubauen und diese Ansprüche, diese Lebenserwartungen und Lebenswünsche von jungen Frauen als Maßstab zu nehmen, um das Normalarbeitszeitverhältnis umzustrukturieren.
(Kristina Augst)

beit, Zeit und Geld". Bei der ASF gibt es eine ähnliche Forderung: gerechte Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Macht...

Ilse Ridder-Melchers: ... und gerechte Verteilung der Familienarbeit.

spw: Ja, und mit welchen Hebeln wäre das möglich? In Österreich ist in der letzten Zeit viel Aufsehen erregt worden mit dem Gesetzentwurf zur Hausarbeit...

Kristina Augst: Ich glaube, daß wir bisher relativ einfallslos waren bei der Überlegung, wo wir die Hebel bei Männern ansetzen. Die Debatten, die wir bei den Jusos führen, sind ausgesprochen unerquicklich, weil dann immer das Schlagwort der Vergesellschaftung von Reproduktionsarbeit kommt. Es ist schwer, deutlich zu machen, daß es auch ein Gewinn für einen Mann ist, wenn er sich in seinem Lebensentwurf nicht nur darauf beschränkt, 40 Stunden die ganze Woche zu arbeiten. Wir versuchen, als Vision positiv für junge Männer eine Veränderung auch der männlichen Lebensentwürfe zu formulieren. Aber es ist mittelfristig wichtig, daß wir auch über Druck auf Männer nachdenken müssen, denn im Moment ist der ganze Druck nur auf der Frauenseite. Die haben Doppel- oder Dreifachbelastung, wollen berufstätig sein und ein Kind und müssen diese Kämpfe individuell mit ihren Männern/Partnern zuhause auskämpfen.

spw: Also eben Quotierung von Arbeit, Zeit und Geld in allen Bereichen.

Ilse Ridder-Melchers: Wie kann man denn Familienarbeit quotieren? Und selbst wenn wir es gesetzlich festlegen würden, könnte es niemand kontrollieren. Wer will schon im privaten Bereich diese Regelungen einführen? Im Prinzip haben wir ja das, was die Österreicher diskutiert haben, in dem Ehe- und Familiengesetz vor 20 Jahren als gesellschaftspolitisches Ziel unter sozialliberaler Koalition verankert. Da ist es fixiert, aber es wird nicht sanktioniert.

Für mich sind insgesamt 3 Punkte ganz wichtig, bei denen wir ansetzen müssen: Zum einen, daß Frauen die gleiche Position im Erwerbsleben bekommen. Das kann ich durch Quotierung und durch entsprechende Fördermaßnahmen auf den Weg bringen. Der zweite Punkt ist, daß wir in unserem sozialen Sicherungssystem die Kindererziehungsarbeit wirklich gleichberechtigt anerkennen, d.h. wenn ich einige Zeit die Kinder zuhause betreue, muß mir diese Zeit bei der Rente zu 100% anerkannt werden. Das dritte ist die Frage nach der Arbeitszeitverkürzung

generell für alle und dazu noch eine Sonderregelung für Eltern mit kleinen Kindern.

Anknüpfungspunkte und Forderungen

spw: In Schweden hat eine Studie festgestellt, daß es noch 100 bis 150 Jahre brauchen würde, bis wirklich Gleichberechtigung erreicht würde. Welche Strategien könnt Ihr für einen Ausblick empfehlen?

Kristina Augst: Ich denke, daß wir nur dann voran kommen, wenn es zu einer Begleitung von Gesetzen und Initiativen durch eine gesellschaftliche, parteienübergreifende Bewegung kommt. Vielleicht ist nicht mehr die Zeit der Bewegungen. Wir brauchen aber schon eine Begleitung, eine Flankierung durch gesellschaftliche Prozesse. Für das nächste Jahr fällt mir ein: es gibt 80 Jahre Frauenwahlrecht, 50 Jahre Grundgesetz, wir befinden uns bald 10 Jahre nach dem Fall der Mauer. Es gibt also jede Menge Anknüpfungspunkte, für Frauen, ein Resümee zu ziehen. Ich fände es sinnvoll, bei den Partizipationsansprüchen von Frauen anzusetzen. Was habt Ihr eigentlich für Vorstellungen von Gesellschaft, von Demokratie, von der Verteilung, von Reichtum, Arbeit usw.. Wie sollen Familien aussehen, wie wollt Ihr Euer Leben planen? Frauen muß die Möglichkeit gegeben werden, ihre Stimme zu erheben. Es gilt also, Orte und Räumlichkeiten für Frauen zu schaffen, wo sie das formulieren können, was sie denken.

Ilse Ridder-Melchers: Auf jeden Fall brauchen wir für Frauen eine andere Mehrheit, weil wir eine andere Politik wollen! Wir wären gut beraten, wenn wir das, was an breiter Frauenbewegung da ist, unterstützen würden. Im Bund wird es zwingend erforderlich sein, andere gesetzliche Grundlagen für Frauen zu schaffen:

- In das Bundesgleichstellungsgesetz eine echte Quote einbauen;
- beim arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetz die Sanktionen verstärken (übrigens eine Aufgabe, die der europäische Gerichtshof der Bundesregierung schon zweimal aufgetragen hat);
- die Beweislast umkehren;
- Anerkennen von Erziehungszeiten und Einbauen in das soziale Sicherungssystem;
- vernünftige Steuergesetze, die nicht den Trauschein vergolden und die Frauenerwerbstätigkeit bestrafen.

Frauenpolitische Klarheit und Aggressivität im Wahlkampf?!

spw: Dafür muß aber auch der Wahlkampf mit etwas mehr Aggressi-

vität mit der Frauenfrage geführt werden.

Ilse Ridder-Melchers: Die Inhalte können wir schon liefern, Wir gehen auch als Frauen über Land, das ist keine Frage. Aber diese Zuspitzung, da sind die Herren z.B. in der Kampa gefragt.

Kristina Augst: Ja, nicht nur die Herren. Die Partei hat eine Menge Ideen, was sie mit ihren jungen Facharbeitern machen will, aber sie weiß überhaupt nichts, was die jungen Frauen angeht. Sie entwickelt keine Strategie. Sie ist nicht bereit, junge Frauen in irgendeiner Form zu berücksichtigen. Das ist aber relevant, wenn man ein solches Klientel ansprechen will.

Ilse Ridder-Melchers: Politisch wird es für uns wichtig sein, Themen inhaltlich zu besetzen und beispielsweise möglichst nahe an die Umsetzung der Quotierung heranzukommen.

Die Beschlußgrundlage ist da. Es ist jetzt wichtig, die Themen auch im öffentlichen Bewußtsein deutlich zu machen. Es kommt außerdem darauf an, daß die gesamte Führungsgruppe der Partei paritätisch besetzt ist. Wir haben über 50% Wählerinnen, und diese gilt es anzusprechen.

spw: Noch ein Nachtrag zu den Beschlüssen, die keiner mehr im Kopf hat: Die Forderung nach Abschaffung des Ehegattensplittings wird von der SPD so leise vertreten, daß man sie fast gar nicht mehr hört...

Ilse Ridder-Melchers: Also für mich ist ganz klar, das gehört mit dazu. Ehegattensplitting führt dazu, daß Frauenerwerbstätigkeit bestraft wird. Es ist durchaus möglich, das Steuersystem dementsprechend umzubauen.

Kristina Augst: Da kann ich mich inhaltlich anschließen. Es ist jetzt die Frage, auf was sich die Lage im Wahlkampf zuspitzt. Ob es nun Ehegattensplitting ist oder 620 DM Jobs oder was auch immer. Ich denke, daß es frauenpolitische Forderungen geben muß, die wirklich knackig vertreten werden. Wo auch Differenzen liegen zur jetzigen Koalition. Ich sehe noch nicht, wo das herkommen soll. Wir haben schon Beschlüsse gefaßt, die gehen dann immer verloren. Im Wahlprogramm müssen wir mal sehen, wie es dann aussieht. Das wird noch eine spannende Frage sein. Was die Partei in Hannover vorgelegt hat, war aus frauenpolitischer Perspektive nicht nur alles golden und wunderbar. Und gerade die Sache, daß ein Niedriglohnssektor diskutiert wurde, war für Frauen katastrophal. **spw**

Ehegattensplitting führt dazu, daß Frauenerwerbstätigkeit bestraft wird. Es ist durchaus möglich, das Steuersystem dementsprechend umzubauen.
(Ilse Ridder-Melchers)

Kurze Bemerkungen zu den 1997 erschienenen Büchern: Wilfried Telkemper, *Deutsche MdEPs Bündnis 90/Die Grünen: Maastricht II am Scheideweg – Reformen für Europa anstacheln*, Verlag die Werkstatt, Göttingen, DM 28,00; und Heiko Glawe/Markus Schröder: *Der Euro und die ‚Idee Europa‘ – Katalysator oder Sprengsatz der Integration?*, VSA, Hamburg, DM 19,80.

Grünes Eurolesebuch

Das anlässlich der Regierungskonferenz zur Überprüfung des Maastrichter Vertrages von den bündnisgrünen Europaabgeordneten herausgegebene ‚Eurolesebuch‘ markiert einen Zwischenstand der grünen Debatte zu Europa. Nachdem lange Jahre die Grünen der westeuropäischen Integration sehr skeptisch bis ablehnend gegenüber gestanden haben, verdeutlicht der Sammelband die inzwischen akzeptierte Prämisse, daß eine europäische Integrationspolitik neben der EU zum Scheitern verurteilt ist und die EU in ihrer derzeitigen Form und Ausprägung daher zum Ausgangspunkt einer sozial und ökologisch orientierten Europapolitik genommen werden muß. Somit muß auch die von den Grünen für dringend notwendig gehaltene politische Kurskorrektur an den bestehenden Institutionen, Strukturen und Politiken ansetzen.

Von dieser Basis aus befassen sich grüne Europapolitiker in fünf Blöcken mit den verschiedenen Politikbereichen und Aspekten der europäischen Integration, analysieren und kritisieren Fehlentwicklungen und unterbreiten Reformvorstellungen. Von der Agrarpolitik über die Außen- und Sicherheitspolitik, die geplante Währungsunion bis hin zu institutionellen Fragen bleibt kein relevanter Bereich unberücksichtigt. Dabei zeigen sich durchaus auch erhebliche politisch-strategische Unterschiede bei den Bündnisgrünen. Während etwa Irene Soltwedel-Schäfer den Euro aus weltwirtschaftlichen Überlegungen grundsätzlich befürwortet, allerdings soziale und ökologische Anliegen stärker verankert sehen will, fordern Klaus Dräger und Frieder Otto Wolf eine grundlegende Korrektur des gesamten Konzeptes der Wirtschafts- und Währungsunion.

Für eine europäische Solidargemeinschaft

Das Buch von Glawe/Schröder setzt sich ausführlich mit den verschiedenen Aspekten der Maastrichter Wirtschafts- und Währungsunion auseinander. Dabei kommen die Autoren zu dem Schluß, daß die derzeitige neoliberale Konzeption regionale und soziale Spaltungstendenzen vertieft. Das in Maastricht verankerte Primat monetärer Stabilität wird von ihnen als zentrales Element einer neoliberalen hegemonialen Kerneuropastrategie Deutschlands in Kooperation mit – aber auch in Konkurrenz zu – Frankreich analysiert. Ihrer Auffassung nach entwickelt sich hier ein Sprengsatz für die Integration, zumindest einer Integration, die auf einem Mindestmaß an Konsens und sozialem Ausgleich zwischen den Mitgliedstaaten beruht. Als Konsequenz fordern sie einen politischen Paradigmenwechsel hin zu einer europäischen Solidargemeinschaft, die sich nicht nur auf die Mitgliedstaaten beziehen soll, sondern auch die anderen europäischen Staaten berücksichtigt.

Unter Bezug auf die europapolitische Debatte in Frankreich, Italien und Schweden diskutieren und benennen sie Handlungsfelder und -optionen für eine alternative Politik – wie etwa die Forderung nach einer europäischen Beschäftigungspolitik oder nach der Stärkung der sozialen Dimension. Sie plädieren dafür, den Euro auf ein kooperatives Politikmodell zu stützen, welches sich sowohl vom konkurrenzfixierten Marktmodell von Maastricht als auch von einem Rückfall in den Nationalismus deutlich abgrenzt. Wichtig ist ihnen in diesem Zusammenhang, daß die europapolitische Debatte nicht mehr wie bisher als Konflikt zwischen den Mitgliedstaaten geführt wird, sondern daß nationale Diskursgrenzen überwunden werden.

Zentrale Fragenkomplexe

Beide Bücher geben einen interessanten Überblick über europapolitische Problemstellungen sowie Reformnotwendigkeiten. Gleichzeitig vermitteln sie einen Eindruck über Diskussionslinien innerhalb der Bündnisgrünen. Neben vielen wichtigen Detailfragen, die im Zuge einer linken Europapolitik beantwortet werden müssen, lenkt die Lektüre der beiden Bücher den Blick auf drei für die weitere Entwicklung zentrale Fragenkomplexe, ohne allerdings

Konturen eines grünen Europas

von Joachim Schuster*

hinreichende Antworten zu geben (was angesichts des Standes der linken europapolitischen Diskussion aber auch nicht verwundert):

1. Es bleibt unklar, welcher politisch-strategische Stellenwert der EU im Verhältnis zu den Nationalstaaten und Regionen zukommt. Es wird sich zwar häufig positiv auf das Subsidiaritätsprinzip bezogen und vor einer übermäßigen Zentralisierung gewarnt. Was darunter aber letztlich zu verstehen ist, wird nur wenig konkretisiert.

2. Zu Recht wird immer wieder das Demokratiedefizit in der EU beklagt. Die entscheidende Frage zur Behebung dieses Defizites, wie nämlich die Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft gefördert werden kann, wird zwar kurz aufgeworfen, aber nicht weiter verfolgt.

3. Insbesondere Glawe/Schröder befassen sich mit der für eine konsequente Reformpolitik jenseits neoliberaler Konzeptionen zentralen Frage, wie eine europäische Beschäftigungspolitik inhaltlich und institutionell ausgestaltet sein muß, die die spezifischen Handlungsmöglichkeiten der unterschiedlichen staatlichen Regulationsebenen – von der Region über den Nationalstaat bis hin zu EU – miteinander produktiv verbindet. Ihre Antworten bieten zwar Ansatzpunkte für weitere Überlegungen, stellen aber noch kein schlüssiges, mobilisierungsfähiges Konzept dar.

Beide hier betrachteten Bücher bieten insgesamt einen interessanten Beitrag zu einer dringend notwendigen Debatte, gerade nachdem die Ergebnisse der Maastrichter Revisionskonferenz selbst aus Sicht der Herrschenden mehr Fragen offen gelassen als beantwortet haben. spw

Wichtig ist, daß die europapolitische Debatte nicht mehr wie bisher als Konflikt zwischen den Mitgliedstaaten geführt wird, sondern daß nationale Diskursgrenzen überwunden werden.

* Dr. Joachim Schuster, Politikwissenschaftler, Institut für angewandte Sozial- und Politikwissenschaft (ispw) in Bremen, Mitglied der spw-Redaktion

Österreich 1998 – europäisch oder „anders“?

von Jürgen Hirsch und Thomas Mann*

Der ehemals von der SPÖ propagierte „Dritte Weg“ droht nun aus dem Bewußtsein der SPÖ-Spitze verdrängt und vergessen zu werden, „überzeugt vom Sieg der Marktwirtschaft“.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Staaten 1989/90 sowie die Auflösung des Warschauer Paktes neben dem geliebten NATO-Militärpakt bewirkten auch für die politische und wirtschaftliche Lage Österreichs maßgebliche Umstrukturierungen. Das – seit dem 26. Oktober 1955 – paktungebundene, neutrale Österreich (verankert als Bundesverfassungsgesetz: „nach Schweizer Vorbild“) hatte, obwohl es sich mit Mehrparteiensystem, parlamentarischer Demokratie, kapitalistischer Marktwirtschaft, etc. immer dem westlichen Wertesystem zuordnete, hervorragende Wirtschaftsbeziehungen mit allen Ländern des östlichen und westlichen Einflßbereichs und betrieb eine international anerkannte und eigenständige Vermittlerrolle zwischen den Militär- und Wirtschaftsblöcken.

Soziale Marktwirtschaft und Neutralität

Die aktive Neutralitätspolitik – von Dr. Bruno Kreisky seit 1955 kontinuierlich aufgebaut – ermöglichte es Österreich und der seit 1945 außer in den Jahren 1966 bis 1970 immer mitregierenden SPÖ, mit Ländern unterschiedlichster Gesellschaftssysteme (z.B. Libyen, SU, Nicaragua, USA, Ungarn, Palästina, Westsahara/Polisario, usw.) politische und wirtschaftliche Beziehungen aufzubauen und friedensichernde Aktivitäten innerhalb und außerhalb der UNO zu setzen, relativ ungehindert von „herrschenden“ (NATO- und Warschauer Pakt-)Interessen.



Das seit 1970 mit unbestreitbarem Erfolg bewältigte umfassende gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Reformprogramm der SPÖ droht nun, nach 1990, aufgrund der globalen und teilweise neoliberalen Veränderungen destabilisiert zu werden. Die innere politische Lage war 1989/90 immer noch einerseits geprägt durch eine „mixed economy“ – d.h. von einem seit 1945 den Staat und die Gesellschaft prägenden verstaatlichten, nationalen Industrie- und Bankensektor, der die private Wirtschaft überragte, sowie einer jahrzehntlang durchgehend praktizierten engen „Sozialpartnerschaft“ zwischen Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und Parteien. Die Unternehmenseite, auf der auch die SPÖ/ÖGB-Vertreter der verstaatlichten Industrie mit „wirkten“, propagierte die soziale Marktwirtschaft (mit einer relativ guten Beteiligung an den Gewinnen und einer entgegenkommenden betrieblichen und staatlichen Sozialpolitik) für die Arbeitnehmer und bekam eine streikfreie Sozialpartnerschaft dafür.

EU-Mitgliedschaft Österreichs

Die Volksabstimmung 1994 über den Beitritt zur Europäischen Union konnte von der Koalitionsregierung sowie den Sozialpartnern erfolgreich – mit einer 2/3-Mehrheit – durchgeführt werden. Als Folge davon scheint heute die Einführung des EURO eine ebenso deutliche Zustimmung zu finden. Das Ende der kommunistischen Regimes und die damit verbundene Aufhebung jeglicher Systemkonkurrenz zur kapitalistischen Marktwirtschaft beschleunigte in Österreich die schon eingeleiteten Privatisierungen vieler ehemaliger staatlicher und halbstaatlicher Berei-

che, in der zeitweise 60% der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt waren. Diese drohen nun, im Jahr 1998, auch bedingt durch die ökonomische Begrenztheit des Landes (konkurrierend auf dem EU- sowie dem globalen Markt), in einen völligen Ausverkauf und – unter dem Deckmantel der „Liberalisierung“ – eine schrittweise Entmachtung nationaler Politik umzuschlagen.

Der ehemals von der SPÖ propagierte „Dritte Weg“ – der austromarxistische Ansatz zu einer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zwischen Kapitalismus und diktatorischer Planwirtschaft – droht nun aus dem Bewußtsein der SPÖ-Spitze verdrängt und vergessen zu werden, „überzeugt vom Sieg der Marktwirtschaft“ (Andreas Rudas, Mitglied der SPÖ-Parteiprogrammkommission, Februar 1998). Der in der Europäischen Union praktizierte sozialdemokratische Krisenlösungsansatz eines Tony Blair oder Gerhard Schröder findet in Österreich seine Fortsetzung; gesenkte Kapitalertragssteuern sind nur ein Teil davon.

Grundsätze der Sozialdemokratie

Die momentan hitzig geführte Diskussion um ein neues SPÖ-Parteiprogramm beinhaltet die grundsätzliche Frage nach einer moralischen oder aber einer kapitalismuskritischen Herangehensweise bei der Forderung nach einer gerechten (klassenlosen) Gesellschaft. Und dies ist eigentlich nur das Spiegelbild des unterschiedlichen Seins und Bewußtseins bzw. der unterschiedlichen Visionsfähigkeit verschiedener Menschen innerhalb der Partei. Die – im EU-Durchschnitt jetzt noch sehr niedrigen – Arbeitslosenzahlen (Januar 98: 4,4%) steigen kontinuier-

* Jürgen Hirsch, Jg. 1945, Werbegestalter, Bildungsreferent der SPÖ; Thomas Mann, Jg. 1968, Student der Soziologie, Bildungsreferent der SPÖ. Beide arbeiten führend in der Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ mit (vgl. spw 5/97, S. 15f.).

lich an, und die Regierung unter Viktor Klima/SPÖ ist eifrigst bemüht, mit Hilfe der Sozialpartner, deren Unternehmerseite fortwährend den Sozial- und Lohnabbau als „logisches Mittel zur Standortsicherung“ propagieren, diesen „normalen“ kapitalistischen Trend zu verhindern.

Aber die Sparpolitik der Regierung SPÖ/ÖVP sowie die oftmals notwendigen Strukturveränderungen im Sozialbereich wie auch in anderen gesellschaftlich relevanten Bereichen und die damit einhergehende Verschlechterung am Arbeitsmarkt bringen große soziale Verunsicherung, Frust und Widerstand mit sich. Zu den Sparmaßnahmen der Regierung kommt noch die diesen entgegenstehende Forderung der konservativen Seite (ÖVP, FPÖ) nach einem Beitritt Österreichs zur NATO. Dies brächte eine deutliche Erhöhung des derzeitigen österreichischen Militärbudgets (0,8%) mit sich.

Die Neutralität, die Paktungebundenheit, die Atomwaffenfreiheit und der Grundsatz „keine ausländischen Soldaten in Österreich“ sind – wie das Verbot von Atomkraftwerken – ein wichtiger Teil der österreichischen Identität. Innerhalb der UNO nimmt Österreichs Militär jedoch seit Jahrzehnten an friedenssichernden Einsätzen teil.

Die österreichische Parteienlandschaft

Die Tatsache, daß in Österreich, wie auch in der EU, die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, die Arbeitslosenzahlen immer höher, die Profite auf den Finanzmärkten jedoch unproduktiv und spekulativ eingesetzt werden und weiter steigen, provoziert Protestverhalten in der Bevölkerung wie auch in den diversen SPÖ-Wählerschichten, von Arbeitern über Angestellte zu Akademikern bis hinein in die „Mittelschicht“.

Genau diese große Verunsicherung greift die rechtspopulistische FPÖ unter Jörg Haider auf und bietet überwiegend alte Krisenlösungskonzepte („Ausländer raus“, „Sozial-schmarotzerdebatte“, „Privilegienabbau“, usw.) an. Sie kann immerhin mehr als eine Million Protest- und Stammwähler auf sich vereinen. Trotzdem kann man von der FPÖ nicht von einer klassischen rechtsextremen Partei sprechen, da für Haider vor allem das zynische Gegeneinanderausspielen der anderen Parteien, der Medien, usw. zählt, die FPÖ aber

bisher keine „großen Zukunftsvisionen“ und insbesondere keine Perspektive für einen politischen Umsturz hat.

In Österreich hätten – zumindest nach Mandaten – die christlich-konservative ÖVP mit der rechtspopulistischen FPÖ die parlamentarische Mehrheit.

Das Liberale Forum (LIF) – eine „linke“ Abspaltung von der FPÖ mit ihrer jetzigen Führungsperson Heide Schmidt – ist zwar gesellschaftspolitisch relativ fortschrittlich, in der Wirtschaftspolitik drängen sie aber zu einer völligen Privatisierung der öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Betriebe (Modell „Nachtwächterstaat“).

Die kommunistische Partei (KPÖ) spielt außer bei kleinen regionalen Wahlerfolgen keine politische Rolle. Sie gehört aber zu den Staatsgründern der „2. Republik“ von 1945 und genießt so – obwohl bis nach der Wende unflexibel SU-treu – politischen Schutz und Anerkennung aller österreichischen Parteien außer der FPÖ.

So verbleiben eigentlich nur die Grünen, die mit ihren sozial- und umweltpolitischen Vorstellungen die größte Nähe zur SPÖ aufweisen, wengleich sie wiederum einige Probleme mit der „Realpolitik“ der SPÖ haben.

Eine wichtige Neuerung in der österreichischen Parteienlandschaft zeigt sich mit der Gründung des Unabhängigen Frauenforums (UFF) 1997 mit ihrer Sprecherin Eva Rossmann, das die Unfähigkeit der jetzigen Funktionsverbände widerspiegelt, geäußerte Bedürfnisse in der Bevölkerung auch als politisch relevant anzuerkennen.

Die nahe Zukunft

Am 19. April 1998 wird in Österreich das Amt des Bundespräsidenten neu gewählt. Der bisher amtierende Bundespräsident Thomas Klestil ist für fortschrittliche Kräfte vor allem wegen seines Mangels an Verfassungstreue nicht wählbar, da er sich bereits mehrmals offen für einen NATO-Beitritt Österreichs ausgesprochen hat und somit gegen das oben beschriebene Neutralitätsgesetz verstoßen hat.

Seine beiden bedeutenden Herausforderinnen sind Heide Schmidt (LIF) und seit dem 27. Feber auch die Superintendentin des Burgenlandes Gertraud Knoll. Die weiteren drei männlichen Kandidaten bewe-

gen sich im statistischen Feld von jeweils 1%. Schmidt versucht, ihre neoliberalen Wirtschaftspositionen hinter liberalen Forderungen betreffend Demokratie, Mitbestimmung, Minderheitenschutz, etc. zu verstecken.

Gertraud Knoll verursachte mit ihrer Kandidatur sofort eine heftige öffentliche Diskussion über das Verhältnis von Kirche und Staat, da sich seit dem katholischen Austrofaschismus (1934 bis 1938) keine kirchlichen Würdenträger mehr in das politische Geschehen einmischen sollten. Entsprechend der evangelischen Verfassung legte jedoch Knoll sogleich ihre kirchlichen Funktionen zurück. Durch ihren engagierten Einsatz für soziale und demokratische Anliegen schaffte sie innerhalb einer Woche den zweiten Platz hinter Klestil in der Hochrechnung und wurde somit zur erklärten Hoffnungsträgerin für das Wählerspektrum von liberal-katholisch über grünalternativ bis sozialdemokratisch. Das erste Ziel für die progressiven Kräfte ist, Klestil unter 50% zu bringen und dadurch einen zweiten Wahlgang zu erzwingen.

Für die anstehenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme hat die SPÖ innerhalb der europäischen Sozialdemokratie die Verpflichtung, zusammen mit allen anderen fortschrittlichen Kräften (zumeist Basisbewegungen in der katholischen und evangelischen Kirche, Grüne, Bürgerbewegungen, Gewerkschaften, etc.) soziale Verantwortung und politische Führungskompetenz zu zeigen und einen „Europäischen Gesellschaftsvertrag“ auszuarbeiten, um eine politische Radikalisierung mit Abschottungsparolen zu verhindern. Das Primat der Politik gegenüber einem Diktat der Ökonomie muß wieder erkämpft werden. Dazu muß sich auch die SPÖ klar von den Positionen des Neoliberalismus abgrenzen.

Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt, wie auch der österreichische Bundeskanzler in einem Grußwort an die Arbeitsgemeinschaft Christen und Sozialdemokratie (ACUS) im April 1997 erklärte: „Der Siegeszug marktwirtschaftlicher Prinzipien kann zu einer gerechteren Welt führen, aber auch in einem Markttotalitarismus enden, in dem Menschen nur mehr als Kostenfaktor fungieren und das Streben nach Gewinnmaximierung den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zerstört.“

spw

Die Neutralität, die Paktungebundenheit, die Atomwaffenfreiheit und der Grundsatz „keine ausländischen Soldaten in Österreich“ sind – wie das Verbot von Atomkraftwerken – ein wichtiger Teil der österreichischen Identität.

MULTIMEDIA MULTIMEDIA MULTIMEDIA MULTIMEDIA MULTIMEDIA



verschenkt

2 Bücher
für 1 neues
spw-Abo

Bitte zwei Kennziffern auf der spw-Abokarte für spw-Buchprämien angeben.



1

Jürgen Ritsert
Gerechtigkeit und Gleichheit
Einstiege, Band 1,
189 S.,
Ladenpreis DM 29,80



4

Jane Knowles
Facetten der Liebe
Eine Reise durch die Welt der Gefühle,
182 S.,
Ladenpreis DM 26,-



2

Eun-Jeung Lee
Konfuzianismus und Kapitalismus
Aktuelle Kontroversen,
Einsprüche Band 6,
159 S.,
Ladenpreis DM 24,80



5

Hermannus Pfeiffer
Der Kapitalismus frißt seine Kinder
Der Standort Deutschland, seine Gegner und seine glorreiche Zukunft,
218 S.,
Ladenpreis DM 28,-



3

Reinhard Köbler
Entwicklung
Einstiege, Band 3,
190 S.,
Ladenpreis DM 29,80



6

Hrsg.: Johannes Klotz und Ulrich Schneider
Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild
Faschismus, Holocaust, Wehrmacht,
182 S.,
Ladenpreis DM 28,-